

60. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Juni 2002

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	4303	6. Berliner Modellversuch zur Erzieher-/Erzieherinnenausbildung	
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	4303	Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2002	4311
Abg. Strohmann (CDU) zur Geschäftsordnung	4303		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	4304		
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung....	4304		
Fragestunde			
1. Präsenz Bremens im Wirtschaftsinformationssystem RegIS-Online			
Anfrage der Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 31. Mai 2002	4305		
2. Auswirkungen der B 212 auf die Weserquerung A 281			
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 31. Mai 2002	4306		
3. PCB-Untersuchungen in Schulen			
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Hoch, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2002	4307		
4. Kosten für die Unterbringung von „Kampfhunden“			
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juni 2002	4308		
5. Evaluation des Bremer Mammographie-Projektes			
Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 4. Juni 2002	4310		
		Aktuelle Stunde	
		Space-Park-Finanzierungen unsicher – Prüfung der EU-Konformität steht vor der Tür, Ankermieter noch nicht	
		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4312
		Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	4314
		Abg. Focke (CDU)	4316
		Senator Hattig	4319
		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4320
		Abg. Eckhoff (CDU)	4321
		Organspende im Lande Bremen	
		Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2002 (Drucksache 15/1103)	
		Abg. Frau Hammerström (SPD)	4322
		Abg. Frau Dreyer (CDU)	4324
		Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	4325
		Senatorin Röpke	4326
		Abstimmung	4327
		Private Sicherheitsdienste	
		Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. April 2002 (Drucksache 15/1118)	
		D a z u	

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 2002

(Drucksache 15/1160)

Abg. Frau Marken (SPD)	4327
Abg. Herderhorst (CDU)	4329
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4331
Staatsrat Dr. Färber	4333

Prävention und GesundheitsförderungGroße Anfrage der Fraktionen der SPD
und der CDU

vom 25. April 2002

(Drucksache 15/1124)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002

(Drucksache 15/1173)

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	4334
Abg. Frau Dreyer (CDU)	4336
Abg. Frau Ziegert (SPD)	4337
Senatorin Röpke	4339

Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 30. April 2002

(Drucksache 15/1137)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	4341
Abg. Tittmann (DVU)	4343
Abg. Frau Ziegert (SPD)	4344
Abg. Focke (CDU)	4345
Staatsrat Dr. Färber	4346
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	4347
Abg. Focke (CDU)	4347
Abstimmung	4348

Bildungsinitiative Jugendnetz.Bremen.deAntrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2002

(Drucksache 15/1148)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	4348
Abg. Pietrzok (SPD)	4350
Abg. Rohmeyer (CDU)	4351
Senatorin Röpke	4352
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	4353
Senatorin Röpke	4353
Abstimmung	4353

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1139)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002

(Drucksache 15/1174)

Abg. Focke (CDU)	4354
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	4360
Abg. Tittmann (DVU)	4364
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4364
Abg. Focke (CDU)	4367
Senator Hattig	4369

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002

(Drucksache 15/1141)

2. Lesung

Abg. Herderhorst (CDU)	4372
Abg. Kleen (SPD)	4373
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4374
Staatsrat Dr. vom Bruch	4375
Abstimmung	4376

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Dr. Kuhn, Frau Mull, Dr. Schrörs.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 60. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Seniorengruppe des ASB, eine Gruppe des Berufsbildungswerkes Bremen, eine zehnte Klasse der Gesamtschule Ost, eine Gruppe vom Verein „Blitz-Blank-Buntentor“, eine zehnte Klasse des Ökumenischen Gymnasiums in Bremen mit Gästen aus Tacoma, USA, eine Gruppe der Lebenshilfe Bremerhaven sowie Gäste des CDU-Landesverbandes Bremen-Stadt und eine zehnte Klasse des Schulzentrums Rockwinkel.

Meine Damen und Herren, seien Sie ganz herzlich willkommen! Ich freue mich über das Interesse an unserer Sitzung.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften, Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002, Drucksache 15/1169.

(B) Da der Senat um Behandlung während dieser Sitzung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zunächst über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer Behandlung während dieser Sitzung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Gesetzesantrag mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 16 bis 19 zu verbinden.

Das Wort zur Geschäftsordnung erhält die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden hier im Haus im Laufe der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) über verschiedene medienrechtliche Fragen debattieren. Für die grüne Bürgerschaftsfraktion sage ich: Wir lehnen die Verbindung des Tagesordnungspunktes, der jetzt hier

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

vorgelegt wird, das Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften, mit dem Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und mit dem Mediendienste-Staatsvertrag sowie dem Bericht des Medienausschusses des Landtags ab.

(C)

Wir meinen, wir haben hier zwei eigenständige Rechtsbereiche. Die Änderungen, die mit dem Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften vorgelegt werden, betreffen im Wesentlichen das Radio-Bremen-Gesetz und das Landesmediengesetz. Das sind andere Rechtsbereiche als die, die der Rundfunkänderungsstaatsvertrag betrifft. Wir haben nichts gegen die Dringlichkeit einzuwenden, sprechen uns aber gegen eine gemeinsame Beratung unter einem Tagesordnungspunkt aus. Darüber möchten wir abstimmen lassen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abg. **Strohmann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem Antrag der Grünen: Wir lehnen diesen Antrag ab, denn wir sind der Meinung, dass man das sehr wohl gemeinsam behandeln kann. Gerade im Zusammenhang mit der Dringlichkeit dieser beiden Vorhaben, die ja nun nicht von einem Tag auf den anderen auf uns zugekommen sind,

(D)

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

sind wir der Meinung, dass wir das ruhig gemeinsam behandeln können, weil das zwei sehr wichtige Gesetze sind, die wir auch in diesem Zusammenhang präferieren und vor der Sommerpause auch noch beschließen können, weil das auch für den Standort Bremen sehr wichtig ist.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Zwei Paar Schuhe, Herr Strohmann!)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Stimmenthaltungen?
(Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich stelle fest, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ist damit abgelehnt.
- Damit bleibt es für den heutigen Sitzungstag so wie von mir vorgetragen.
- Meine Damen und Herren, die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.
- I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**
1. Bremer Beteiligung an EU-geförderten Forschungsprojekten
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2002 (Drucksache 15/1161)
 2. Lebenspartnerschaftsgesetz und Verfassungsänderung umsetzen: Gesetz zur Anpassung des Landesrechts aufgrund der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft und der Änderung der Landesverfassung
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 31. Mai 2002 (Drucksache 15/1163)
 3. Musik in den Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 3. Juni 2002 (Drucksache 15/1164)
 4. Zukunft der Städtepartnerschaften
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1170)
 5. Entwicklung eines Modells für ein integratives und international einsetzbares Bonussystem „Quality Shipping“
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1171)
 6. Regionalisierte Gewerbeflächenübersicht
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1176)
- Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der August-Sitzung.
- II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**
1. Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter – Auswirkungen des Bundesgesetzes im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Mai 2002
D a z u
- Antwort des Senats vom 11. Juni 2002 (Drucksache 15/1176)
- (C)
2. Situation von Mukoviszidose-Erkrankten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Mai 2002
 3. Katastrophenschutz in Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. Mai 2002
D a z u
Antwort des Senats vom 4. Juni 2002 (Drucksache 15/1167)
 4. Schulsituation schwangerer Schülerinnen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. Juni 2002
 5. Zwischenbilanz Science Center Universum
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. Juni 2002
 6. Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Landesmitteln in Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. Juni 2002
- III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung**
- Resolution gegen die Einstufung der Kurdischen Arbeiterpartei als terroristische Organisation.
- (D)
- Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.
- Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar erstens zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes fünf, Das Vertrauen in die Justiz stärken – Für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Justiz, und des Tagesordnungspunktes 14, Förderung des Ehrenamtes im Sport.
- Zweitens wurden Absprachen getroffen zur Verbindung des Tagesordnungspunktes sieben, Finanzcontrolling – Jahresbericht 2001, und des Tagesordnungspunktes 26, Sanierung der bremischen Haushalte – Jahresbericht 2001, des Tagesordnungspunktes 15 und außerhalb der Tagesordnung, es handelt sich hier um die Petitionsberichte Nummer 44 und Nummer 45, sowie der Tagesordnungspunkte 16 bis 19, hier geht es um den Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, und der Tagesordnungspunkte 20 und 21, Interregio erhalten und modernisieren, sowie drittens zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.
- Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute Nachmittag gegen 16 Uhr der Tagesordnungspunkt neun, Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen, aufgerufen wird.

(A) Zu Beginn der Landtagssitzung morgen Nachmittag werden die miteinander verbundenen Punkte Tagesordnungspunkt sieben, Finanz-Controlling – Jahresbericht 2001, und Tagesordnungspunkt 26, Sanierung der bremischen Haushalte – Jahresbericht 2001, behandelt.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Jens Böhrnsen zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Hauses aussprechen. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag!

(B) (Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Präsenz Bremens im Wirtschaftsinformationssystem RegIS-Online**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich die Beteiligung des Landes Bremen am Wirtschaftsinformationssystem für Weser-Ems und den Nordwesten RegIS-Online qualitativ und quantitativ auf die Akquisition privater Investoren in Bremen und Bremerhaven ausgewirkt?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Präsentation des Standortes Land Bremen unter

der entsprechenden Adresse so zu optimieren, dass dieses Angebot auf den ersten Blick als niedersächsisch-bremische Kooperation zu erkennen ist und nicht, wie beispielsweise im Bereich der Hochschulen, in der Eingangsseite ausschließlich auf niedersächsische Einrichtungen verwiesen wird? (C)

Drittens: Warum wurden Bremen und Bremerhaven trotz der Beteiligung des Landes Bremen an RegIS-Online bei der Einrichtung des unter RegIS-Online angesiedelten Kommunalen Standort-Information-Systems KomSIS nicht berücksichtigt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: RegIS-Online wurde als kommunales Wirtschaftsinformationssystem konzipiert. Partner sind nicht die Länder Bremen und Niedersachsen, sondern die Städte, Landkreise und Wirtschaftsinstitutionen in der Region.

Zu Frage eins: Zielsetzungen des RegIS-Online-Systems sind: die Präsentation des Wirtschaftspotentials im Nordwesten und der Ausbau der Informationsinfrastruktur im Internet, die Förderung innerregionaler Kooperationen zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Region sowie eine Stärkung des Netzwerkes der kommunalen Wirtschaftsförderung. Die Akquisition privater Investoren bildet keine primäre Zielsetzung. Denkbar ist aber eine mittelbare Wirkung über die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Imageprofilierung Bremens und Bremerhavens durch dieses Instrument. (D)

Zu Frage zwei: Die Vermarktung von RegIS-Online erfolgt unter der Marke „Ihr Wirtschaftsstandort im Nordwesten“. Auf die Nennung der beiden Bundesländer Bremen und Niedersachsen wird an dieser Stelle bewusst verzichtet, um den länderübergreifenden Charakter dieses Informationssystems zu betonen.

Die Darstellung des Moduls „Forschung“ ist zurzeit allerdings in der Tat noch sehr einseitig auf Niedersachsen ausgerichtet. Hier besteht, ebenso wie bei der Präsentation der Kammern, weiterer Handlungsbedarf. Aktuell wird unter anderem in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen geprüft, wie die Angebote der Bremer und Bremerhavener Hochschul- und Transfereinrichtungen im Modul „Forschung“ weiter ausgebaut werden können. Die Adressen der Universität Bremen, der Hochschule Bremen, der Hochschule Bremerhaven und der IUB sind bereits benannt und verlinkt.

Zu Frage drei: KomSIS ist ein vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, den Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens gefördertes und von RegIS-Online

- (A) unabhängiges Standortinformationssystem für die Kommunen des Landes Niedersachsen. Bremen und Bremerhaven sind dementsprechend nicht beteiligt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Frau Staatsrätin, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass mich diese Antwort nicht so richtig zufrieden stellt? Insbesondere auch bei dem, was Sie zu Punkt zwei geantwortet haben im Bereich der Hochschulen, bin ich der Ansicht, dass da von Ihrem Ressort nachgearbeitet werden muss. Wir zahlen dafür ja auch schließlich Lizenzgebühren und haben entsprechend Mittel dafür zur Verfügung gestellt.

In der Antwort zu Frage eins führen Sie aus, dass das primäre Ziel nicht die Akquisition privater Investoren ist, aber genau mit dieser Zielsetzung haben wir entsprechend beschlossen, uns daran zu beteiligen. Das verwundert mich doch jetzt etwas. Wie kann man das nachbessern und ändern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

- (B) **Staatsrätin Winther:** Zu Punkt eins Ihrer Frage, wie gut wir in dem Internetauftritt präsent sind: Da gibt es in der Tat Nachholbedarf. Ich darf aber noch einmal auf den Zeitablauf hinweisen. Wir haben die Vorlage im September vergangenen Jahres beschlossen, und der entsprechende Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BIG ist Ende des vergangenen Jahres abgeschlossen worden. Die BIG hat Anfang dieses Jahres eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter eingestellt. Insofern ist die Zeit noch zu kurz gewesen, um hier wirklich aktiv zu werden.

Ihre zweite Frage: Ich denke auch, dass mit größeren Aktivitäten und einem besseren Einbringen Bremerhavens auch der zweite Erfolg, nämlich ein Forum zu schaffen, das gerade auch für Investoren hier in Bremen interessant ist, erreicht wird. Wir arbeiten daran, das Problem ist erkannt!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage bezieht sich auf die **Auswirkungen der B 212 auf die Weserquerung A 281**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Imhoff, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung für die Weserquerung A 281 hat die Verlegung der B 212?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Anfra-

ge vom 7. März 2002: „Niedersachsen hat dem Drängen Bremens daher nicht nachgegeben, die Linienplanung – veranlasst durch die niedersächsische Straßenbauverwaltung – zum aktuellen Zeitpunkt wieder aufzunehmen“ .?

(C)

Drittens: Wie bewertet der Senat die weitere Aussage in dieser Antwort: „In Abstimmung mit der Landesregierung hat die entsprechende Region in Niedersachsen gegenüber der Freien Hansestadt Bremen ein klares Votum dahin gehend zum Ausdruck gebracht, dass der in Bremen bauleitplanerisch festgelegte Übergabepunkt ‚Mühlenhaus‘ auch weiterhin Bestand haben wird“ .?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die geplante B 212 führt der Weserquerung der A 281 Verkehre vor allem aus der Unterweserregion zu. Darum ist die Verknüpfung A 281/B 212 von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grund hat die Baudeputation am 26. Januar 2001 die Einleitung eines Flächennutzungsplanänderungsverfahrens beschlossen. In diesem Verfahren werden alternative Trassenführungen der B 212 zwischen Mühlenhaus und Stromer Landstraße ge-

(D)

prüft. Zu Frage zwei: Das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr hat in mehreren Gesprächen mit der bremischen Straßenbauverwaltung Anfang des Jahres 2002 dargestellt, dass eine Fortführung der Planung der B 212 auf niedersächsischem Gebiet zwischen Altenesch und Landesgrenze Niedersachsen/Bremen erst in Betracht kommt, wenn abzusehen ist, dass der Trassenabschnitt der B 212 von Harmenhausen bis zur geplanten Verknüpfung mit der A 281 im Rahmen der Überprüfung des Bedarfsplanes zum Bundesverkehrswegeplan aus dem weiteren in den vordringlichen Bedarf hochgestuft wird. Die Hochstufung ist Grundlage für einen notwendigen Planungsauftrag und die Bereitstellung der entsprechenden Finanzmittel bei der niedersächsischen Straßenbauverwaltung.

Eine denkbare Vor- oder Mitfinanzierung von Bundesfernstraßen durch das Land Niedersachsen wurde durch einen Landtagsbeschluss ausgeschlossen. Trotzdem hat das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Anfang dieses Jahres bekräftigt, dass länderübergreifend die Hochstufung der B 212 weiterhin angestrebt wird. Vom Landkreis Wesermarsch, der Stadt Delmenhorst sowie den Gemeinden Lemwerder und Ganderkesee wurde bei gemeinsamen Gesprächen in Bremen in den letzten Monaten das gemeinsame vordringliche Interesse an einer möglichst zeitnahen Lösung der

- (A) Verkehrsproblematik A 281/B 212 und der Trassenfindung betont.

Zu Frage drei: Diese Aussage ist dem Senat durch Stellungnahmen, Gespräche und sonstigen Schriftwechsel bekannt. Sie wird im Flächennutzungsplanänderungsverfahren mit in die Abwägung eingestellt. Die Trassenvariante mit dem Übergabepunkt Stromer Landstraße ist in Niedersachsen 1996 landesplanerisch festgestellt worden und ebenfalls Bestandteil der Abwägung. Seit April 2002 liegen die Ergebnisse einer Verträglichkeitsstudie gemäß Paragraph 34 Bundesnaturschutzgesetz über die Auswirkungen der Trassenvarianten der geplanten B 212 vor. Die Ergebnisse werden gegenwärtig ausgewertet. Die Münchener Rechtskanzlei Gassner ist zusätzlich mit der Überprüfung der rechtlichen Auswirkungen der Trassenvarianten beauftragt.

Eine abschließende planerische Abwägung wird im Rahmen des Flächennutzungsplanänderungsverfahrens vorgenommen. Diese hat die verschiedenen verkehrlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte zu berücksichtigen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

- (B) Abg. **Imhoff** (CDU): Es gibt ja nun drei verschiedene Trassenvarianten oder Übergabepunkte zu Niedersachsen. Mich würde doch noch einmal interessieren, welche Variante Sie denn favorisieren!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wir haben uns darauf verständigt, insofern komme ich wieder auf die Antwort zurück, dass wir uns gemeinsam, insbesondere auch mit Blick auf die begonnene und doch sehr hervorragende Zusammenarbeit in der Region und da mit Blick auf Intra, die Variante erarbeiten wollen, die unter all den genannten Kriterien wirklich die günstigste ist, das heißt auch aus meiner Sicht unter Einschluss ökologischer Fragestellungen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**PCB-Untersuchungen in Schulen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Hoch, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Schulen wurde der Grenzwert von 3000 Nanogramm PCB pro Kubikmeter überschritten?

- (C) Zweitens: Wurden sofortige Maßnahmen wie zum Beispiel die Schließung von Räumen eingeleitet, und welche Planungen gibt es für die Räume, in denen die Werte zwischen 300 und 3000 Nanogramm PCB pro Kubikmeter liegen?

Drittens: In welcher Weise werden die Nutzer und Nutzerinnen der Gebäude über die gemessenen Werte informiert und an den geplanten Maßnahmen beteiligt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Es liegt nur für einen Raum im Schulzentrum Im Ellener Feld ein Messergebnis von knapp über 3000 Nanogramm PCB pro Kubikmeter vor.

Zu zwei: Der vorgenannte Raum im Schulzentrum Im Ellener Feld wurde nach Vorliegen des Messergebnisses seitens der Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH, GBI, sofort aus der Nutzung genommen und wird erst nach Abschluss der bereits eingeleiteten Sanierung des Schulgebäudes wieder zur Nutzung freigegeben.

- (D) Bei Räumen mit einem Messergebnis über 300 Nanogramm PCB pro Kubikmeter werden Nachuntersuchungen durchgeführt mit dem Ziel, die Primär- und Sekundärquellen der Raumluftverunreinigung festzustellen und eine Sanierungsplanung vorzunehmen. Bis dahin wird den Nutzerinnen und Nutzern empfohlen, durch ein gezieltes Nutzungsverhalten wie konsequentes Lüftungsverhalten und gründliche Reinigung die PCB-Belastung weitmöglichst zu verringern.

Zu drei: Die Nutzer werden zum einen über die einzelnen Messergebnisse informiert, zum anderen erhalten sie eine Bewertung der Ergebnisse durch das Gesundheitsamt. Die Bewertung enthält, sofern PCB-Belastungen über 300 Nanogramm PCB pro Kubikmeter festgestellt worden sind, Handlungsempfehlungen für die weitere Nutzung der Räume. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben gesagt, dass in einem Fall der Grenzwert überschritten worden sei. Mein Frage ist: Wie weit ist denn das Untersuchungsprogramm vorangeschritten? Sind sämtliche in Betracht kommenden Gebäude, bei denen man noch PCB-Belastungen vermuten kann, bereits entsprechend analysiert worden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Lemke:** Wir haben ein Programm mit den entsprechenden Bereichen abgestimmt und zunächst die neun Schulen, die wir im laufenden Modernisierungsprogramm haben, alle überprüft, um dort keine Fehler zu begehen, also im Nachhinein dann zu testen. Wir haben gesagt, das machen wir im Vorgriff. In diesem Programm sind zehn Schulen überprüft worden. Dann haben wir weitere vier Schulen im Rahmen der Feststellungen im Telekomgebäude Horn überprüft, das waren die Schulen Vorkampsweg, Uphuser Straße, Drebberstraße und Lerchenstraße. Das waren die, bei denen wir vermuteten, dass dort eventuell etwas vorliegen könnte. Wir haben also jetzt einen ersten größeren Schritt vollzogen. Es gibt ein Programm, das ab Juli 2002 durch die entsprechenden Institute schrittweise abgearbeitet wird.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe erst einmal eine Anmerkung: Wir begrüßen es natürlich sehr, dass das jetzt endlich passiert. PCB ist seit dem Jahr 1989 verboten, und seit 1995 liegt eine einschlägige Richtlinie vor, wie hinsichtlich der Erhebung und Sanierung damit zu verfahren ist. Finden Sie es nicht auch unverantwortlich, dass es hier sieben Jahre gedauert hat, bis endlich die entsprechenden Schritte eingeleitet werden?

(B)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass wir die Probleme so angepackt haben, wie wir sie jetzt erfahren haben, gerade auch im Vorgriff, so wie ich es eben geschildert habe. Beim großen Sanierungsprogramm haben wir uns, denke ich, völlig korrekt verhalten, auch was den Bereich des Telekomgebäudes Horn anging. Wir haben sofort die betroffenen Schulen, die in diesem Zeitraum gebaut worden sind, bei denen wir befürchteten, dass entsprechende Materialien zum Einsatz gekommen sind, überprüft. Wir arbeiten das Stück für Stück ab. Ich denke, da sind wir auf einem guten, vernünftigen Weg. Was in den letzten sieben Jahren ansonsten geschehen ist, darüber vermag ich nicht zu teilen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben ja schon mehrfach eingebracht, dass wir es auch wichtig finden, dass im Rahmen dieses Untersuchungsprogramms ebenfalls Dioxine gemessen werden, weil sie ja als Verunreinigung von PCB auftreten, und dass auch gleichzeitig die Schimmelbelastung, wo sie vorhanden ist, angegangen wird, dass

das wirklich auch als Problem für die Gesundheitsbeeinträchtigung von Schülerinnen und Schülern ernst genommen werden muss. Hiermit ist noch einmal meine Aufforderung verbunden, das doch bitte auch gleichzeitig mit zu erheben und entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen!

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Frau Dr. Mathes, Sie haben mich an Ihrer Seite, wenn es darum geht, diese gesundheitlichen Gefahren, wo sie möglicherweise schlummern könnten, sofort aufzudecken und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Ich denke, wir sind gerade mit dem Modernisierungsprogramm, das wir jetzt ja sehr intensiv angegangen sind oder angehen, zurzeit auf dem richtigen Weg.

(Abg. Frau **Dr. Mathes** [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft die **Kosten für die Unterbringung von Kampfhunden**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

(D)

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Kampfhunde sind außerhalb von Bremen in privaten Einrichtungen untergebracht, und welche Kosten entstehen dadurch dem Land Bremen?

Zweitens: Welche Kosten hätte Bremen zu tragen, wenn die Kampfhunde vom Bremer Tierschutzverein e. V. betreut würden?

Drittens: Wann will der Senat über die bereits im Herbst 2001 verabredete Umsiedlung der Kampfhunde zum Tierheim an der Hemmstraße entscheiden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zunächst etwas vorausgeschickt: Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit ist die Sicherstellung von so genannten Kampfhunden nach Paragraph 23 des Bremischen Polizeigesetzes unumgänglich, wenn von ihnen konkrete Gefährdungen für Menschen oder Tiere ausgehen und wenn gra-

- (A) vierende Verstöße gegen die Regelungen des Gesetzes über das Halten von Hunden vorliegen.

Zu Frage eins: Für die Unterbringung von so genannten Kampfhunden nach Paragraph 1 Absatz 3 des Gesetzes über das Halten von Hunden in privaten Einrichtungen außerhalb Bremens sind im Jahr 2001 Kosten von rund 202 000 Euro entstanden. Diese Kosten enthalten Unterbringungs-, Tierarzt- und sonstige Kosten. Im Durchschnitt des Jahres 2001 sind 44 so genannte Kampfhunde außerhalb Bremens untergebracht worden. Die Zahl der Hunde entwickelte sich im Jahr 2001 kontinuierlich ansteigend. Aktuell sind für den Monat Mai 2002 insgesamt Kosten von 21 350 Euro für die Unterbringung von 57 Hunden entstanden. In der Stadt Bremerhaven sind keine Hunde außerhalb des Tierheims untergebracht.

- (B) Zu Frage zwei: Die räumlichen Kapazitäten des Tierheims in der Hemmstraße lassen nach Angaben des Bremer Tierschutzvereins eine Betreuung von so genannten Kampfhunden derzeit nicht zu. Für die dringend notwendige Erweiterung des Tierheims, die auch zur Unterbringung anderer Tiere erforderlich ist, müssen zunächst zusätzliche Grundstücksflächen angekauft werden. Für den Grunderwerb werden Kosten in Höhe von zirka 315 000 Euro veranschlagt, die anteilig durch die Bereiche Gesundheit und Inneres getragen werden sollen. Für die Unterbringung und tierärztliche Versorgung von 50 Hunden würden an laufenden Kosten nach einer überschlägigen Schätzung des Bremer Tierschutzvereins 150 000 bis 180 000 Euro pro Jahr aufzuwenden sein.

Zu Frage drei: Eine Betreuung von so genannten Kampfhunden durch den Bremer Tierschutzverein kann erst nach abgeschlossener Erweiterung des Tierheims Hemmstraße erfolgen. Neben dem Ankauf der zusätzlichen Grundstücksflächen ist die Errichtung neuer Häuser und Außenanlagen zur Unterbringung der Tiere erforderlich. Der Bremer Tierschutzverein hat sich bereit erklärt, diese baulichen Maßnahmen durchzuführen und zu finanzieren. Ein zeitlicher Rahmen für die Fertigstellung ist noch nicht absehbar. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist Ihnen denn bekannt, dass der Bremer Tierschutzverein auf die Entscheidung wartet, ob man bereit ist, die entsprechenden Finanzmittel von Seiten Bremens zur Verfügung zu stellen, um die Schritte für die notwendige Erweiterung endlich einzuleiten, und dass dieser Antrag des Bremer Tierschutzvereins bereits seit Juli 2001 vorliegt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, das ist mir bekannt! Es hat eine Besprechung im letzten Jahr in unserem Hause gegeben, in der auf diese Tatsache hingewiesen wurde. Wir, die beiden Häuser Inneres und Gesundheit, sind im Moment dabei, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Es liegt aber noch keine definitive Entscheidung hierüber vor.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bewusst, dass, je länger man letztendlich diese Entscheidung hinauszögert, umso mehr unnötige Kosten für den Bremer Haushalt entstehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Das ist so! Auf der anderen Seite, muss ich sagen, haben wir das auch gewusst, als wir das neue Gesetz eingebracht und Sie es verabschiedet haben, als es darum ging, wie gefährliche Hunde denn hier in Betreuung gebracht werden müssen. Die Kosten sind nicht unerheblich für den Ankauf der Flächen, und die Mittel hierfür müssen bereitgestellt werden. Das ist kein sehr einfaches Unterfangen. Für mein Ressort kann ich sagen, dass wir hier einen Vorschlag erarbeitet haben. Wir müssen dies auf Haushaltsebene eben auch mit dem anderen beteiligten Ressort absprechen.

Im Übrigen bemühen wir uns, wenn ich das sagen darf, um eine Reduzierung der Kosten, weil das neue Gesetz ja auch zulässt, dass durch die Wesenstests die Hunde, die bei einem solchen Wesenstest positiv abschneiden, dann auch wieder über den Tierschutzverein, über Tierheime für mögliche neue Halter angeboten werden können, um die Zahl der Hunde zu reduzieren. Das machen wir auch in erheblichem Umfang.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist klar, dass mit der Verabschiedung dieses Gesetzes dieses Haus letztendlich auch die Folgen zu tragen hat. Mir ging es darum, die Kosten gering zu halten. Da braucht man, glaube ich, kein Wirtschaftsfachmann zu sein, um ausrechnen zu können, dass es, wenn man das in die Hände des Tierheims gibt, bedeutend billiger wird. Da bitten wir Grünen einfach um eine zügige Entscheidung.

Sie haben ja auch die Wesenstests angesprochen. Man kann davon ausgehen, dass, wenn eine Betreuung durch das Tierheim erfolgt, auch die Vermittlungschancen solcher Hunde, die in der Tat nach Beleg durch den Wesenstest ungefährlich sind, bedeutend zunehmen werden, so dass auch hier noch einmal eine zusätzliche Entlastung entsteht. Ich kann

(C)

(D)

(A) nur den Appell an Sie richten, das endlich zu entscheiden.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Vielen Dank! Ich glaube, das wird wohl so sein, wenn das Tierheim die Hunde hat, auch was die Vermittlung betrifft. Ich darf Ihnen noch einmal versichern, dass der Senat anstrebt, dass schnellstmöglich die Mittel zum Ankauf der notwendigen Grundstücke bereitstehen, damit dann das Tierheim bauen kann.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Görtz!

Abg. **Görtz** (SPD): Ich wollte fragen, ob es dem Senator eigentlich bewusst ist, dass das 400 Euro im Monat pro Unterbringung sind. Ich sage das nur einmal ganz locker, 400 Euro im Monat!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, ich habe das nicht nachgerechnet. Wenn Sie das berechnet haben, wird das wohl stimmen!

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Görtz** (SPD): Erst einmal meine Frage, ob es Ihnen bewusst war!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Ich habe doch gesagt, dass ich es nicht umgerechnet habe, aber ich habe die Summen genannt. Das sind natürlich ziemlich hohe Summen, das ist schon klar.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Bis wann gedenken Sie diese Summen zu reduzieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Ich entscheide das nicht allein, das ist aus der Antwort auch deutlich geworden, sondern hier sind mehrere Verwaltungen betroffen, und wir müssen uns abstimmen. Ich kann noch einmal sagen, dass mein Ressort einen Finanzierungsvorschlag gemacht hat. Auf Haushaltsebene müssen die Abstimmungen noch laufen, ob dies denn so akzeptiert wird.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Also einen Zeitraum können Sie mir noch nicht benennen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(C)

Senator Dr. Böse: Nein, der zeitliche Rahmen, so habe ich geantwortet, ist noch nicht absehbar.

(Abg. **Görtz** [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Evaluation des Bremer Mammographie-Projektes**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Warum hat das Bremer Brustkrebs-Screening-Programm, BBSP, relevante Prozeduren, Dokumente und Anträge nicht mit dem Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin, BIPS, ausgetauscht und somit den Grundstein für eine wissenschaftliche Evaluierung des BBSP gelegt?

Inwieweit hält der Senat es für verantwortlich, eine Früherkennungsmaßnahme, die in Bremen für die gesamte weibliche Bevölkerung zwischen 50 und 69 Jahren angeboten wird und demnächst auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden soll, ohne eine sachgerechte Dokumentation und Evaluation durchzuführen?

(D)

Wie bewertet der Senat den Ausstieg des BIPS im Mai 2002 aus dem BBSP, und wie wird der Senat gewährleisten, dass eine wissenschaftlich fundierte Evaluation für Bremen sichergestellt werden kann?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Nach Auffassung der Planungsstelle Mammographie-Screening, beauftragt vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen, liegt die Dokumentation der Screeningabläufe in der Verantwortung der jeweiligen Projektleitung. Diese interne Dokumentation wird durch externe Experten daraufhin bewertet, ob die Ergebnisse des BBSP den europäischen Anforderungen entsprechen. Eine erste Bewertung des BBSP hat durch Herrn Dr. Hendriks, Nijmegen, als ausgewiesenem Experten des niederländischen Mammographie-Screening-Programms stattgefunden. Insofern hält weder die Planungsstelle noch die Projektleitung die Einbeziehung des Sachverständigen des BIPS für notwendig, um eine wissenschaftliche Bewertung vornehmen zu können.

Daneben wird nach Auskunft der Planungsstelle weiterhin an der Entwicklung eines Konzeptes für

- (A) die Bewertung der durch die Einführung des Screenings erwarteten Reduktion der Sterblichkeit gearbeitet, an der das BIPS beteiligt werden soll. Damit verbunden ist jedoch eine Absage an eine Auswertung der Daten der jetzigen Modellprojekte auf diese Fragestellung hin.
- Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hält eine epidemiologische Evaluation in Deutschland weiter für gesundheitspolitisch geboten und verweist insoweit auf die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. März 2002 „Umsetzung des Modellprojektes Mammographie-Screening in Bremen“. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bedauert den Ausstieg des BIPS.
- Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, teilen Sie meine Auffassung, dass diese aktuelle Debatte um das Bremer Brustkrebs-Screening das Vertrauen der Frauen in die Reihenuntersuchung nicht unbedingt positiv beeinflussen wird?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- (B) **Senatorin Röpke:** Ich teile Ihre Auffassung. Ich bedauere es auch, dass es jetzt durch diese aktuelle Situation wieder in die Presse gelangt ist und dass dadurch möglicherweise eine Verunsicherung der Frauen eintritt, was ich allerdings nicht hoffe. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, die Untersuchung des Herrn Dr. Hendriks, der das Projekt sehr gründlich unter die Lupe genommen hat, hat ein hervorragendes Ergebnis gebracht, und von daher können die Frauen auch diesen Untersuchungen durchaus vertrauen, was die Qualität betrifft.
- Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, sind Ihnen die Studien aus Österreich und der Schweiz bekannt, dass dort ohne Screening-Programme – die beiden Länder verzichten ja auf das Screening – die Sterblichkeitsrate aufgrund von Brustkrebskrankungen ebenfalls deutlich gesunken ist?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Röpke:** Ich habe mir diese Studien von unseren Experten vortragen lassen, habe mir aber auch sagen lassen, dass es diverse Studien mit unterschiedlichen Einschätzungen gibt. Die letzte Studie, die aktuell in der Wissenschaft diskutiert wird, ist die WHO-Studie, die zu gegensätzlichen Ergebnissen kommt, also zu dem Ergebnis, dass ein Screening-Verfahren durchaus positive Ergebnisse bringt. (C)
- Insofern ist es auch gerade deswegen, weil wir so unterschiedliche Ergebnisse der Sachverständigenbegutachtung haben, aus meiner Sicht nach wie vor wichtig, dass wir eine epidemiologische Evaluation auf der gesamten Ebene, also von der Planungsstelle in Köln, auch weiter einfordern. Unser Ressort hat sich ja nach wie vor dafür stark gemacht.
- Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Berliner Modellversuch zur Erzieher-/Erzieherinnenausbildung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!
- Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:
- Welche Position nimmt der Senat in der Bund-Länder-Konferenz bezüglich des Modellversuchs zur Erzieher-/Erzieherinnenausbildung mit dem Abschluss „Bachelor of Education“ an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin, ein?
- Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke. (D)
- Senator Lemke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kultur hat im November 2000 einen Antrag zur Durchführung eines Modellversuchs „Bachelor of Education“ bei der Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, BLK, eingereicht. Dieser Antrag hat nicht die Zustimmung des zuständigen BLK-Ausschusses gefunden.
- Ein überarbeiteter Antrag ist der zuständigen Projektgruppe bislang nicht vorgelegt worden. Der Senat vertritt die Position, dass der Durchführung eines Modellversuchs nur zugestimmt werden sollte, sofern sichergestellt ist, dass die Zielgruppe des Fachhochschulstudiums sich auf Leiterinnen und Leiter von Kindertagesstätten und auf Ausbilderinnen und Ausbilder beschränkt.
- Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Plant der Senat eigenständige Modellversuche zur Reformierung der Erzieherinnenausbildung?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Lemke:** Nein, zurzeit nicht!

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Lemke, die Berliner haben ja ausdrücklich nachgewiesen, dass damit keine höheren Kosten verbunden sind. Das war ja ein Argument einiger Länder, dass aufgrund dessen der gesamte Modellversuch abgelehnt werden sollte. Wie schätzen Sie die Realisierungschancen ein vor dem Hintergrund, dass keine nachträglichen Kostensteigerungen zu erwarten sind? Würden Sie das dann positiv bescheiden mit dem Modellversuch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Lemke:** Ich hätte da bei Ihrer Analyse angesichts der zurzeit laufenden Auseinandersetzungen in der bremischen Lehrerschaft erhebliche Zweifel. Zum anderen möchte ich Ihnen diesbezüglich antworten, dass wir zurzeit am runden Tisch arbeiten wegen der Pisa-Ergebnisse für das Land, die Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Vorbereitung auf die Pisa-E-Ergebnisse, und da, in der Tat, spielt auch der Elementarbereich eine sehr wichtige Rolle. In Skandinavien, wie Sie wissen, werden Erzieherinnen, die in Kindertagesstätten arbeiten, auf universitärer Basis ausgebildet. Insofern ist das am runden Tisch ein Thema. Wir sind aber noch nicht so weit, dass ich Ihnen sagen könnte, dass das eine Forderung sein könnte. Unter dem Strich glaube ich nicht, dass eine Veränderung der Ausbildung der Erzieherinnen zu keinen Kostensteigerungen in diesem Bereich führt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Was halten Sie, Herr Senator Lemke, von dem Vorschlag der Bremischen Evangelischen Kirche, gemeinsam Erzieherinnen und Grundschulpädagogen in einzelnen Modulen für eine beschränkte Zeit zusammen auszubilden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist auf jeden Fall ein sehr beachtenswerter Vorschlag. Da eine Vertreterin der von Ihnen genannten Organisation am runden Tisch beteiligt ist, wird dies auch in die Beratung des runden Tisches Eingang finden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

(C)

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

Space-Park-Finanzierungen unsicher – Prüfung der EU-Konformität steht vor der Tür, Ankermieter noch nicht

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig. Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde zum Space-Park vor der Sommerpause angemeldet, weil wir noch einmal eine öffentliche Auseinandersetzung um den Stand des Projekts wollen und weil in den letzten Tagen wieder viele und auch widersprüchliche Informationen in der Presse standen. Ich betone, ich möchte eine öffentliche Auseinandersetzung, ein öffentliches Argumentieren.

Von Anfang an haben wir Grünen unsere Bedenken öffentlich gemacht. Es gibt keine Heimlichtuererei, keine klandestinen Informationswege. Ich, meine Damen und Herren, kämpfe mit offenem Visier, vielleicht anders als manche anderen hier, die es hintenherum versuchen oder gar einmal wieder versuchen, die EU auszutricksen, wie wir die Praxis im Vulkan-Untersuchungsausschuss wiederholt erfahren mussten. Ich betone also, von meiner Seite aus hat es keine geheime Information der EU-Kommission gegeben. Das sind gezielte Falschinformationen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stehe für einen offenen politischen Streit, und damit sind wir beim Thema. Wir möchten, dass der Senat heute hier im Parlament Stellung zum Stand des Projekts nimmt und zu den offenen und ungeklärten Fragen. Es hat in den letzten Tagen und Wochen viele Gerüchte und Informationen gegeben. Das Parlament und auch die Bremer Öffentlichkeit haben ein Anrecht darauf, informiert zu werden, wie es um dieses große und teure Prestigeprojekt der großen Koalition steht. Wir wollen wissen, wohin die Reise gehen soll, und es ist, wie ich gestern hier noch einmal gehört und gelernt habe, ja auch Aufgabe von uns Parlamentariern, die Regierung zu kontrollieren. Dann müssen wir auch in den Stand versetzt werden, die entsprechenden Informationen zu haben, damit wir auch die Taten der Regierung kontrollieren können.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) Kurze Rekapitulation der Probleme: Schon im Jahr 2000 hatte die EU-Kommission abgelehnt, dass das Space-Center, also der Entertainmentteil dieser ganzen Veranstaltung, mit der Höchsthilfe der GRW-Mittel, also Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung, finanziert werden konnte. Ich darf Sie erinnern, dass ich damals gesagt habe, dass es so kommen würde. Man machte sich über mich lustig. Der Wirtschaftssenator Hattig sagte immer wieder, alles kein Problem, die Kommission wird das gutheißen. Nein, das hat sie nicht getan! Sie hat diese Art der Finanzierung abgelehnt und hat dem Bremer Senat, nachdem man in Brüssel vorstellig geworden war, eine Beteiligungslösung angedacht. Die soll, wie man hört, auch das alles seit Monaten in der Mache, über die Bremer Investitionsgesellschaft erfolgen, und zwar in einer Höhe der Beteiligung von 13 Millionen Euro. Das ist nämlich in der Größenordnung exakt die Summe – damals noch 26 Millionen DM – eines zinslosen Darlehens an die Köllmann-Firmen, die dann nie zurückgezahlt worden sind, obwohl der Senat das verlangt hatte. Ich behaupte, dieses zinslose Darlehen war eine klare Liquiditätshilfe für die Köllmann-Firmen, die es wohl nötig gehabt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Der Senat, meine Damen und Herren, auch das haben wir wiederholt gesagt, hat sich von den Köllmann-Firmen abhängig gemacht, und dafür zahlt Bremen und zahlen die Steuerzahler jetzt einen hohen Preis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Hattig, ich fordere Sie hier heute auf: Klären Sie das Parlament über die Finanzsituation der Köllmann-Firmen auf! Man hört, dass die Finanzsituation prekärer und unsicherer ist als je zuvor. Wir haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was los ist.

Dann gab es, auch das ist nicht neu, schon seit ein paar Jahren eine Klage von Herrn Flebbe, dem Cinemaxx-Betreiber, wegen Wettbewerbsverzerrung, weil er verständlicherweise nicht wollte, dass der Bremer Staat darüber nachdenkt, ein Großkino im Space-Park zu subventionieren, wenn er sich mit vollem Risiko auf dem Markt bewegen muss. Das ist ja wohl klar, dass das solche privaten Unternehmer auf die Palme bringt.

Genauso ist es, dass die Einzelhändler, auch das konnten Sie in den letzten Tagen in der Bremer Presse lesen, nicht wollen, dass der Senat jetzt über Subventionen, Rettungsbeihilfen, Darlehen oder wie das Kind auch immer heißen wird, nachdenkt, dem Space-Park einen roten Teppich auszurollen, um dort den Einzelhandel hineinzubekommen. Wenn die Einzelhändler im Moment mit den Umsatzrückgängen eine so schwere Marktposition haben, ist doch

klar, dass das eine Wettbewerbsverzerrung ist und man nicht wollen kann, dass der Space-Park subventioniert wird, wenn die anderen so herumkriechen. Aus Prinzip aber auch nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nächstes Problem! Der Senat hatte damals in einem so genannten Kompromiss mit der Handelskammer und den Einzelhändlern dargelegt, es sollten im Space-Park keine Artikel des täglichen Gebrauchs verkauft werden, weil man ja angeblich der City und dem Einzelhandel in Walle und Gröpelingen keine Konkurrenz machen wollte. Jetzt gibt es auf einmal die Gerüchte um Wal-Mart oder aber ein Möbelgeschäft, das Sander Wohnwelt direkt Konkurrenz machen würde. Ich weiß nicht, ob alles das zutrifft. Darum fordere ich Sie auf, hier und heute dazu Stellung zu nehmen! Sie müssen das hier nicht tun, was die privaten Investoren angeht, aber Sie müssen als der politisch Verantwortliche das Parlament und die Öffentlichkeit und auch die Einzelhändler darüber in Kenntnis setzen, was hier eigentlich los ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wurde über die Presse angekündigt, man müsste wohl diese ganzen Abmachungen, die ja auch schriftlich festgehalten worden sind, wie das Einzelhandelssortiment aussehen soll und der Branchenmix, noch einmal überarbeiten. Was heißt das denn? Herr Hattig, auch hier die zweite Aufforderung: Nehmen Sie hier und heute Stellung dazu, ob Sie dieses Konzept und den Kompromiss mit dem Einzelhandel aufkündigen wollen und was Sie hier eigentlich vorhaben!

Nächstes Problem! Seit ein paar Wochen ist klar, dass der Eröffnungstermin, der für Oktober 2002 vorgesehen war – er hatte ja eigentlich schon zur Expo sein soll, das aber nur am Rande –, nun nicht eingehalten werden kann, weil es keinen Ankermieter gibt. Der Senatspressesprecher nennt das die kleine Atempause. Ich nenne das, ehrlich gesagt, aus Ihrer Sicht eine ziemliche Bauchlandung.

Ich möchte jetzt kurz zitieren, weil ich das in dem Zusammenhang doch brisant finde, die SPD-Fraktion ließ am 25. April dieses Jahres durch ihren Pressesprecher erklären: Wir wollen keinen VEB Mondfahrt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Schlimm für Bremen sei das, wenn der Space-Park scheitere, sagt Fraktionssprecher Werner Alfke, aber staatliches Geld für den Betrieb dürfe es nicht geben. Wir wollen keinen Volkseigenen Betrieb Mondfahrt.“ Diese Position finde ich richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So, Herr Böhrnsen, und darum möchte ich Sie auffordern, hier und heute dazu Stellung zu nehmen,

(C)

(D)

(A) ob diese Position denn noch stimmt! Man kann hier nur den Eindruck gewinnen, dass hinter den Kulissen längst etwas ganz anderes verhandelt wird und hier zwar öffentlich noch so etwas behauptet wird, aber hinten herum längst über Rettungsbeihilfen in einer Größenordnung von 45 bis 50 Millionen Euro verhandelt wird. Das wäre de facto der Einstieg in das Betreiberrisiko. Egal, wie Sie das dann juristisch hinbekommen, politisch wäre das der Einstieg in das Betreiberrisiko und der Abfall von der reinen Lehre, es handele sich um ein rein privat finanziertes Projekt. Diese Unschuld, meine Damen und Herren, haben Sie längst verloren.

Legen Sie also dar, wie die Finanzsituation ist! Auch dazu möchte ich noch einmal kurz aus der SPD-Presseerklärung zitieren, wie schwierig sich nämlich die Finanzsituation für die Promoter des Projekts darstellt: „Da bis heute unklar ist, wer die Ladenflächen mieten wird, steht auch die Eröffnung der Gastronomiebetriebe und der Space-Attraktionen in den Sternen. Für letztere muss laut Vertrag die Space-Park-Development sorgen, eine Tochtergesellschaft des Projektentwicklers Köllmann und der Münchner Anlegerrfirma KanAm.“ Jetzt kommt es! „Die Banken geben den Kredit für die Entertainment-Attraktionen nur, wenn es einen soliden Bürgen gibt, bestätigte der Space-Park-Sprecher gestern gegenüber der ‚taz‘.“ Offenbar wollen weder die Hausbank von Köllmann, die Dresdner Bank, noch der Investor für die Rohbauten, die Fondsgesellschaft DEGI, für das Space-Entertainment bürgen.

(B)

Wenn das aber so ist, meine Damen und Herren, ist Ihre ganze öffentliche Kampagne, wie wunderbar die 700 Millionen Euro des Fonds der DEGI für diesen Space-Park sind, so natürlich nicht mehr richtig. Wenn nämlich jetzt der Ankermieter nicht kommt, die anderen kleinen Mieter, mit denen man schon Vorverträge gemacht hatte, alle aussteigen können, wenn es den Ankermieter nicht gibt, und die sich dann auch nicht mehr verpflichtet fühlen, den Entertainmentteil finanziell zu verbürgen, dann stehen Sie allerdings vor einem ganz großen Problem.

Jetzt möchte ich wissen, was Sie, sowohl das Ressort als auch die SPD, heute dazu sagen. Ich darf noch einmal daran erinnern, auch nach dem Koalitionsausschuss von Sonntag, wenn man sieht, welche anderen Finanzierungserfordernisse, ich nenne nur das Stichwort Pisa, anliegen wie die Frühförderung in den Schulen und Kindergärten, dann frage ich mich doch, Herr Lemke – oh, jetzt ist er nicht mehr da –, ob sich Herr Lemke in die Senatsdisziplin einbinden lassen will, oder auch der Kultursektor Dr. Böse, der kulturpolitisch noch einiges vorhat. Da sind doch die Gelder, um die es geht, für das, was man hier in den nächsten Jahren machen kann.

Man hat auch aus dem SPD-Landesvorstand gehört, dass Sie wirklich überlegen, auch die Rüge der EU-Kommission in Kauf zu nehmen, um über den Wahltermin zu kommen und Rettungsbeihilfen zu

geben, um dieses Riesenprojekt eröffnen zu können, egal, was dann nach einem halben Jahr ist. Wenn Sie das ernsthaft überlegen, werden Sie einen schweren Fehler machen. Sie retten vielleicht kurzfristig Ihr öffentliches Gesicht, aber Sie werden Bremen und den Steuerzahlern einen schweren Schaden zufügen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen ganz klar, Herr Perschau und Herr Hatig haben mit diesem Großprojekt, das völlig überdimensioniert ist, auf das falsche Pferd gesetzt. Sie tragen die politische Verantwortung dafür. Aus meiner Sicht hat die SPD-Fraktion in den letzten Jahren, seitdem über die Konditionen dieses Projektes diskutiert wird, nur sehr vorsichtig mit ihrer Kritik agiert. Wenn ich mir anschau, wie der Stand dieses Projektes ist nach dem, was wir hier in den letzten Wochen an Schwierigkeiten hatten, ob das nun das Weserstadion oder die Finanzierungsprobleme des Space-Parks sind, sieht das für die große Koalition alles nicht gut aus.

Wie gesagt, ich hoffe, wir erfahren heute noch einiges von Ihrer Seite, wie der Stand der Dinge ist. Unsere Haltung ist glasklar: Entweder es geht privat, oder es geht nicht. Werfen Sie wirtschaftspolitischen Fehlern nicht noch teures Geld hinterher!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ihnen, Frau Dr. Trüpel, ist also, wie ich eben vernommen habe, hauptsächlich an der öffentlichen Debatte gelegen,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: An der anderen sind wir nicht beteiligt!)

daneben dann an der entsprechenden Aufklärung von Seiten der Verantwortlichen des Ressorts. Der zweiten Forderung kann ich mich nur anschließen, gerade auch vor dem Hintergrund der Debatte, die wir gestern um das Weserstadion geführt haben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme später noch darauf zurück, keine Sorge! Die Schlüsse, die Sie daraus ziehen, und insbesondere, dass Sie gern wissen möchten, wie die SPD-Fraktion dazu steht, das ehrt uns, auch darauf komme ich zurück.

Ich möchte aber einmal wissen, was Sie eigentlich antworten, wenn Sie von der Öffentlichkeit ge-

- (A) fragt werden, welche Alternative Sie sehen. Was haben Sie eigentlich mit dem vor, was da bisher schon auf dem ehemaligen AG-„Weser“-Gelände errichtet worden ist? Es ist nicht zu übersehen, welche Investitionen dort hineingeflossen sind. Die Frage stelle ich mir, und die stellt sich sicherlich auch die Öffentlichkeit. Was haben die Grünen eigentlich mit diesem Projekt vor?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Merzen Sie Ihre Fehler erst einmal selbst aus! Die Koalition ist ja groß genug!)

Meine Damen und Herren, der Space-Park ist eines der zentralen Projekte des Investitions Sonderprogramms –

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

ja, das ist so! – und soll damit auch der Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzsituation des Landes Bremen dienen. Das Vorhaben ist nach meinem Dafürhalten zugleich ein gutes Beispiel für den erfolgreich verfolgten Ansatz, mit staatlichen Geldern privates Investment zu initiieren. Dass nämlich Private sich beim Space-Park mit wesentlich höheren Summen als die öffentliche Hand engagieren, ist unbestritten. Das müsste auch bei Ihnen endlich einmal nach der x-ten Debatte um den Space-Park unbestritten sein.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Aufbereitung von Flächen und die Herstellung funktionsfähiger Infrastruktur gehört insofern zum kleinen Einmaleins der Ansiedlungspolitik. So etwas erfordert angemessene Verkehrskonzepte, und dafür ist der Staat zum Beispiel verantwortlich. Ein Grundstück muss sich in bebaubarem Zustand befinden. All dies gilt zum Beispiel auch im Technologiepark oder im Gewerbepark Hansalinie ebenso wie hier bei diesem Projekt in Gröpelingen. Der vereinbarte Grundstückspreis von zirka 100 DM pro Quadratmeter, jetzt 50 Euro, kann kaum als wettbewerbsverzerrend gelten.

Ein 26-Millionen-DM-Darlehen, Sie haben das angesprochen, jetzt 13 Millionen Euro, das die BIG den privaten Investoren im Kontext des Grundstücksgeschäftes gewährte, überbrückt bis zur Auszahlung der vorgesehenen Fördergelder eine ohne diese vorhandene Finanzierungslücke. Da die Verzögerung dieser Subventionszahlungen seitens der öffentlichen Hand zu verantworten ist und der Kredit nach Angaben des Wirtschaftsressorts zurückgeführt werden soll, das wird heute sicher noch einmal bestätigt, sobald die vereinbarte öffentliche Förderung fließt, sehe ich das nicht als ungewöhnlichen oder gar unerlaubten Vorgang an. Investitionskostenzu-

schüsse der öffentlichen Hand sind ein von der EU akzeptiertes, allorts praktiziertes Instrument der Wirtschaftsförderung. Nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Bereitstellung von GRW-Mitteln für das Projekt Space-Park ist insofern eigentlich wirklich unspektakulär. Den Space-Park-Investoren wurde daher eine feste Zuwendungssumme, damals 77,5 Millionen DM, vertraglich zugesichert. Im Gegenzug verpflichteten sich die privaten Partner unter anderem zur Schaffung von 540 Arbeitsplätzen. Allerdings wurden die notwendigen Notifizierungsunterlagen Brüssel vom Senat über die Bundesregierung erst in letzter Minute zugeleitet. Da Bremen seinen Status als Gebiet der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung im Jahr 2000 verloren hat, entstanden Zweifel an der Zulässigkeit der insgesamt zugesagten GRW-Mittel.

Als möglichen Ausweg aus dieser Situation sei aus Brüssel die Prüfung einer Beteiligungslösung angeregt worden, erläuterte das Wirtschaftsressort auch mehrfach in den parlamentarischen Gremien. Diese Lösung steht seit zweieinhalb Jahren im Raum, ohne dass es bislang trotz positiver Begutachtungen durch das Bundeswirtschaftsministerium eine abschließende Bewertung der EU-Kommission gibt. Auf unsere wiederholten Nachfragen haben wir vom Wirtschafts-senator regelmäßig beruhigende, allerdings, das ist leider so, wenig konkrete Antworten erhalten.

(D)

Inzwischen hat sich die Lage verändert. Offenbar aufgrund von Konkurrentenbeschwerden, Sie haben das selbst gesagt, hat die EU-Kommission beschlossen, ein offizielles Prüfverfahren einzuleiten. Das finde ich weder besorgniserregend noch ungewöhnlich, da Prüfungen eingeleitet werden können, selbst wenn nur leiser, später möglichst widerlegbarer Verdacht auf Wettbewerbsverstoß besteht. Für die EU-Kommission spielt es verständlicherweise zunächst keine Rolle, wer Zweifel anmeldet oder Beschwerden äußert. Da es sich im konkreten Fall aber offenbar um einen potentiellen Wettbewerber handelt, der sich an Brüssel gewandt hat, kann ich aus Bremer Sicht dies wirklich nur zur Kenntnis nehmen.

Nach allem, was ich bis jetzt weiß, meine Damen und Herren, droht aus Brüssel also keine wirkliche Gefahr. Die Einleitung, ich wiederhole es, eines formellen Prüfverfahrens ist klimatisch wenig spektakulär, aber dennoch belastend. Dies gilt umso mehr, da der Eröffnungstermin des Space-Parks inzwischen verschoben wurde und die privaten Investoren mit Bremen über knifflige Finanzierungsfragen beraten. Es ist klar, das ist bekannt, dass das Geld nicht ausreichen wird.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hätte es dem Wirtschafts-senator, Herrn Senator Hattig, gut angestanden, die zuständigen Parlamentsgremien und

- (A) das Parlament von sich aus und bevor die Medien darüber berichten, über die Entwicklung in Brüssel zu informieren. Ich fordere das nach wie vor ein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diesen wiederholt geübten schlechten Stil des Wirtschaftssenators missbillige ich ausdrücklich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dass die privaten Space-Park-Investoren den geplanten Eröffnungstermin um rund ein halbes Jahr verschieben mussten, weil sie den gewünschten Ankermieter bislang nicht gewinnen konnten, ist aber zunächst einmal nicht das Problem der öffentlichen Hand und damit eigentlich kein Thema für eine parlamentarische Debatte. Das ist das Thema der Privaten, und das soll es auch bitte bleiben. Zum neuen EU-Prüfungsverfahren besteht schon gar kein inhaltlicher Zusammenhang. Der Umstand aber passt den Grünen offenbar so hervorragend in ihr Krisenszenario, dass sie auf diesen Aspekt nicht verzichten mochten.

Ich betone nochmals, das Vermietungsrisiko liegt bei den Privaten, konkret bei Köllmann und DEGI. Was Sie zu DEGI gesagt haben, Frau Kollegin Dr. Trüpel: Ich habe von DEGI die Information, dass sie an gemeinsamen Lösungen mit der Politik arbeitet.

- (B)

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Was heißt das denn?)

Es wird verhandelt, das wissen Sie! Wahrscheinlich werden den ganzen Sommer über Gespräche geführt. Wir werden beteiligt werden. Es wird nicht vor August ein Ergebnis vorliegen. Das erwarte ich auch, das sage ich hier für das Parlament, dass hier während der Sommerpause nicht Überraschendes passiert.

(Beifall bei der SPD)

Weil der Space-Park ein Schlüsselprojekt der bremischen Sanierungspolitik ist, verfolgen wir natürlich die Bemühungen mit hohem Interesse. Deshalb begrüßen wir, dass die Investoren für die Akquisition eines großen Handelsunternehmens inzwischen die renommierte Mills-Gruppe gewonnen haben. Ihr Engagement stützt unsere Einschätzung, dass ein Hauptmieter des Handelsbereichs rechtzeitig gefunden wird, obwohl sich die Situation des deutschen Einzelhandels seit dem Space-Park-Vertragsschluss erheblich verändert hat und leider nicht zum Besten. Das ist zu berücksichtigen.

Dass der Wirtschaftssenator den Discountmarkt Wal-Mart dem Vernehmen nach nicht als Ankermie-

ter akzeptieren wollte, werte ich als positives Signal. Wir wollen nicht, dass dort Brötchen, Milch oder andere Artikel des täglichen Bedarfs verkauft werden. Es bleibt bei der Festlegung: hochwertiger Einzelhandel, keine Billigkonkurrenz für die City oder für den Bremer Westen. Das ist wichtig. Dazu gibt es im Übrigen auch baurechtliche Festlegungen, Frau Dr. Trüpel. Zu dem, was Sie zitiert haben, was Herr Böhrnsen im April geäußert hat: Wir wollen keine staatlichen Betreiber sein, wir wollen keine werden. Das ist unsere Position, und dabei bleiben wir! Das als Antwort auf Ihre Fragen!

- (C)

(Beifall bei der SPD)

Für die kleineren Läden im Space-Park, Herr Senator, scheint es im Übrigen reges Interesse zu geben. Wenn sich das geändert haben sollte, informieren Sie uns bitte hier und heute! Schon vor Monaten haben Köllmann-Vertreter versichert, dass die verfügbare Fläche bereits zu 150 Prozent überbucht sei. Das war wirklich die Aussage! Mehrere Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion haben das gehört. Das stimmt mich eigentlich zuversichtlich. Was mich auch zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache, dass auf der Baustelle intensiv und zügig weitergearbeitet wird.

Noch einmal zur Klarstellung: Ich will zu lösende Probleme keinesfalls wegreden. Das ist auch überhaupt nicht mein Stil. Da halte ich es wie Sie, ich diskutiere gern öffentlich. Ich diskutiere und kämpfe immer mit offenem Visier, das werde ich auch künftig tun, dafür bin ich bekannt. Ich will mich aber nicht auf den Pessimismuskurs der Grünen bringen lassen, wenn er nicht zielführend ist. Das ist meine abschließende Bemerkung dazu, meine Damen und Herren, hoffen wir alle, dass das Projekt gelingt und dass es zum Erfolg geführt wird!

- (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Lemke-Schulte hat ja die meisten Fakten alle aufgezählt, so dass die nicht von mir noch einmal wiederholt werden müssen. Eines muss ich aber deutlich sagen, auch an Frau Lemke-Schulte: Das Wirtschaftsressort hat sich in Sachen Space-Park nun wirklich nichts vorzuwerfen, was die Informationspolitik anbetrifft!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]:
Doch!)

Dafür sorgt ja schon Frau Dr. Trüpel, die ja in jeder Wirtschaftsdeputation oder in jeder Wirtschaftsför-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) derungsausschusssitzung danach fragt, dass dieses Problem ausführlich behandelt wird.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja auch ihre Aufgabe!)

Frau Dr. Trüpel, das ist eben der große Unterschied, wenn Sie mit privaten Investoren sprechen. Es ist vielen Unternehmen, die hier privates Geld investieren, nicht zuzumuten, dass Sie von diesem Pult hier öffentlich über diese Leute richten. So kann es nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das ist genau der Punkt, der dazu führt, dass Leute abgeschreckt werden und auch abspringen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie müssen sich daran gewöhnen, dass ein Mindestmaß an Transparenz erforderlich ist!)

Nein, Sie müssen sich daran gewöhnen, dass es nicht unsere Aufgabe ist, diese Läden zu vermieten, weil wir nicht die Betreiber dieses Projektes sind,

(Beifall bei der CDU)

(B) sondern das sind die Leute, die fast 800 Millionen DM dort investiert haben. Wir haben unsere Zusagen gegeben, wie es Frau Lemke-Schulte gesagt hat.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Reden Sie doch einmal über die aktuellen Probleme, Herr Focke!)

Was heißt hier aktuelle Probleme? Natürlich sind diese Probleme vorhanden. Es gibt aktuelle Probleme, das hat auch der Wirtschaftssenator in einer gemeinsamen Erklärung mit den privaten Betreibern am 29. April ganz deutlich zur Kenntnis gegeben. Darin ist aber auch deutlich geworden, dass alle Beteiligten an einer Lösung arbeiten und sie auch der Meinung sind, dass diese Lösung zustande kommt, aber gerade dieses Problem, Frau Dr. Trüpel, kann nicht öffentlich auf dem Markt ausgetragen werden. Solche Verhandlungen müssen in Ruhe geführt werden, und danach, wenn es ein Ergebnis gibt, wird natürlich auch berichtet werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie zum wiederholten Mal, weil Ihnen nichts anderes mehr einfiel, eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Space-Park-Finanzierungen unsicher – Prüfung der EU-Konformität steht vor der Tür, Ankermieter noch nicht“. In abgewandelter Form bringen Sie das hier immer einmal wie-

der hier vor. Das nützt dem ganzen Projekt überhaupt nichts, meine Damen und Herren! Das Projekt arbeitet, Sie sehen, dass weiter gebaut wird. Es gibt keine aktuellen finanziellen Probleme. Die privaten Betreiber scheinen momentan noch über genügend freie Mittel zu verfügen, denn sonst würde ja nichts passieren. Der Entertainmentbereich wird ja auch gebaut. (C)

Es gibt erhebliches Interesse an den Gewerbeflächen und an den Einzelhandelsflächen, aber es ist auch seit Monaten klar, und das ist ein Problem, dass der Ankermieter fehlt. Nun werden viele Gerüchte und Namen durch die Stadt getrieben. Wal-Mart ist, glaube ich, der größte Einzelhandelskonzern der Welt. Er vertreibt alles, was auf dieser Welt produziert wird, in dieser Konzernkette können Sie alles von A bis Z kaufen. Kaum taucht nun das Gerücht auf, heißt es, die wollen da Milch verkaufen. Das muss ja gar nicht unbedingt sein!

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines ist doch auch ganz deutlich: Wir haben ein Konzept, das auch Bestandteil des Bebauungsplans ist, wonach nicht alles verkauft werden soll. Das ist ganz eindeutig, und von diesem Konzept soll auch nicht abgewichen werden.

Diese Mietverträge werden nicht von uns oder vom Wirtschaftsressort oder von Herrn Timm oder von der BIG geschlossen! Diese Verträge werden mit der Betreibergesellschaft beziehungsweise mit der Mills-Gruppe, die sich jetzt ja besonders eingeschaltet hat, um die Vermarktung dieser Flächen zu übernehmen, verhandelt. Wenn Wal-Mart mit diesen Leuten verhandelt, dann kann auch dabei herauskommen, dass das, was im Bebauungsplan gefordert wird, nämlich hochwertiger Einzelhandel, dass es auch durchaus sein kann, dass Wal-Mart sich dort ansiedelt ganz im Benehmen mit unseren Bebauungsplänen. Diese Möglichkeit gibt es auch. Es kommt immer nur darauf an, meine Damen und Herren, dass man in der Öffentlichkeit nicht etwas zerredet, bevor es einen Abschluss gegeben hat. Das schreckt die Leute ab, und das können wir uns nicht leisten. (D)

(Beifall bei der CDU)

Wir können es uns auch deswegen nicht leisten, weil wir auch ganz genau wissen, dass wir auch im Einzelhandel in den letzten Monaten eine prekäre Situation haben. Es ist doch nicht zu leugnen, dass der Einzelhandel große Schwierigkeiten hat, und dass das uns und den Betreibern nicht gerade in das Konzept passt, ist doch auch ganz selbstverständlich. Deswegen muss man meines Erachtens noch sensibler mit dieser Sache umgehen, als Sie das hier machen, und nicht gleich die privaten Betreiber, die nun eine ganze Menge Geld in die Hand genommen haben, dann hier pauschal vorführen und dann hier

(A) von einem Flop oder einem Projekt, in dem viel Geld versenkt wird, sprechen. Das ist ja überhaupt nicht der Fall!

In Bremen haben wir bisher noch gar nicht, das ist auch klar gesagt worden, viel Geld in die Hand genommen. Wir haben Geld dafür in die Hand genommen, dass das Grundstück auf dem AG-„Weser“-Gelände wieder hergerichtet wird. Wenn darauf der Space-Park nicht gebaut worden wäre, sondern ein anderes Gewerbe, hätten wir dieses Geld auch in die Hand nehmen müssen! Diese 100 Millionen DM oder 50 Millionen Euro hätten wir sowieso ausgeben müssen. Wir hätten auch Verkehrsinfrastruktur schaffen müssen. Das hätten wir ausgeben müssen. Deswegen sage ich Ihnen, diese 200 Millionen DM, die für die Aufbereitung des Geländes und die Verkehrsinfrastruktur investiert worden sind, hätten immer investiert werden müssen, ganz egal, was dort gebaut worden wäre.

Jetzt kommen die 77 Millionen Euro Fördermittel, die wir zugesagt haben, die wir aber noch gar nicht alle ausgegeben haben! Wir haben ja bisher nur die 13 Millionen Euro ausgegeben, und es ist auch klar, dass die im Rahmen des Darlehens unter Verrechnung und nachher bei dieser eventuellen Beteiligungsmöglichkeit, oder was dabei nachher immer verhandelt werden wird, verrechnet werden müssen. Die Privaten aber haben schon 400 Millionen Euro in die Hand genommen. Das steht da schon, und das sieht man auch!

(B) Wollen Sie mit Ihrem öffentlichen Gerede dazu beitragen, dass die privaten Investoren morgen sagen, jetzt haben wir aber wirklich keine Lust mehr, uns das anzuhören, weil alle Öffentlichkeit denkt, der Staat hätte dieses ganze Geld bezahlt? So sieht es doch aus! Sie tun doch so, als ob wir das Geld da hineingeworfen hätten, dabei ist es ein privates Investment mit etwas Beteiligung und Infrastrukturmaßnahmen durch das Land Bremen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Dass es nun Prüfungen der EU gibt und insbesondere Prüfungen, was die Art der Finanzierung von Freizeitparks und anderen Einrichtungen in diesem Genre betrifft, das ist im Übrigen ganz normal und wird von der EU in den letzten Jahren auch verstärkt gemacht. Überall, wo große Freizeitanlagen entstehen, wo es Förderungen gegeben hat, ob das nun in Deutschland, Spanien, Frankreich oder sonstwo ist, wird überprüft. Das ist ein Usus in den letzten Jahren bei der EU geworden. Insofern ist das gar nichts Besonderes. Es gibt ja auch überhaupt gar kein Anzeichen dafür, dass hier irgendetwas nicht in Ordnung ist, vor allem deshalb, weil alles, was bisher gelaufen ist, mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Finanzministerium und mit der EU besprochen worden ist, denn sonst hätte uns die EU auch

nicht diese Tipps geben können, die hat sie auch gegeben, wie wir den Rest der Finanzierungen abwickeln sollen. Insofern würde ich das nicht dramatisieren.

Gut, da hat das vielleicht jemand ein bisschen forciert in Brüssel, weil er sich vielleicht bedroht fühlt in seiner Existenz hier in Bremen! Das kann man niemandem verwehren. Allerdings ist mir auch bekannt, dass im Dezember 2001 dieser besagte Jemand der EU mitgeteilt hat, dass sie auf keinen Fall etwas unternehmen soll und alles auf sich beruhen lassen soll. Wie die Wendung jetzt plötzlich kommt, das weiß kein Mensch! Über das Finanzministerium ist uns auch mitgeteilt worden, dass es eine Bürgerinitiative, vermutlich Bündnis 90/Die Grünen, gewesen ist, die da durch interne Weitergabe von Vermerken – –.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie bitte?)

Ja, es wird hier zitiert! Sie müssen sich zumindest das zitieren lassen! Wenn Sie dauernd aus der Zeitung zitieren, dann darf ich auch aus der Zeitung zitieren,

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Zitieren Sie einmal!)

ob das nun „Weser-Kurier“, „taz“ oder sonstwo ist. Ich muss es einmal eben hier suchen. Wo ist das denn noch?

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ach ja, hier! „Laut Finanzministerium hat eine Bürgerinitiative (vermutlich sind damit die Bremer Grünen gemeint) die EU über angebliche oder tatsächliche wettbewerbsverzerrende Hilfen der Stadt und des Landes Bremen informiert.“ Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, ich kenne keine Bürgerinitiative, die sich damit befasst, außer Ihnen,

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

die Sie sich seit Jahren damit befassen. Daher gehe ich davon aus, dass Sie über Ihre guten Kanäle und auch Abgeordnete, die Sie schließlich auch im Parlament haben,

(Heiterkeit)

natürlich ein gerüttelt Maß mitgeholfen haben, diese Sache auf den Weg zu bringen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin da ganz beruhigt. Ich habe überhaupt gar kein Problem, die sollen das prüfen. Keiner will etwas tun, was nicht gesetzeskonform ist, deswegen habe ich davor gar keine Angst.

(C)

(D)

(A) Was den Ankermieter betrifft, möchte ich Sie doch sehr herzlich bitten, jetzt nicht weiterhin öffentlich dauernd auf irgendwelchen Gerüchten herumzuschlagen und auf vermeintliche Investoren einzuschlagen, denn es nützt uns allen nichts, wir brauchen diesen Erfolg! Das ist eine wesentliche Verstärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen, wenn wir im Frühjahr 2003 diesen Park eröffnen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um noch einmal in Erinnerung zu rufen, was hier vielfach erörtert worden ist: Es handelt sich um eine strukturorientierte Investition – ich darf es noch in DM ausdrücken –, die in etwa gut eine Milliarde DM Umfang hat! Davon werden weit über 700 Millionen DM privat aufgebracht. Von dem Anteil, der auf Bremen entfällt und ungefähr 200 Millionen DM ausmacht, sind zwei Drittel infrastrukturell, also genereller Natur, und etwa ein Drittel diesem konkreten Projekt zugewandt.

Wenn ich mir überlege, wie oft wir hier schon zu diesem Thema gesprochen haben, dann glaube ich, eher zurückhaltend zu formulieren, wenn ich sage, alle Informationen sind entweder bekannt gegeben, in Vorlagen dargelegt oder in Pressemitteilungen behandelt worden, wobei ich, Frau Abgeordnete Trüpel, Ihr hohes Interesse an Akteneinsicht auch rein formal erwähnen darf.

(B)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir machen nämlich unsere Arbeit!)

Ich darf es doch erwähnen!

Wir haben im Dezember 2001 einen ausführlichen Sachstandsbericht in der Deputation für Wirtschaft und Häfen vorgelegt. Dort haben wir auch die Gründe dargelegt und vertreten. Ende April 2002 haben wir in einer Pressemitteilung über den aktuellen Stand zu Finanzierungsfragen informiert und im Übrigen alle Informationen, soweit sie – und das ist eine Einschränkung, die ich so zu machen habe, wie ich sie jetzt mache – der Öffentlichkeit zu dem Zeitpunkt mitgeteilt werden konnten, auch mitgeteilt. Manchmal frage ich mich, Frau Trüpel, ob Ihr Interesse sachorientiert ist oder auch andere Beweggründe hat, wobei ich die Fähigkeit einer Oppositionspartei, kritisch zu fragen, ja durchaus zur Kenntnis nehme und gelegentlich auch applaudiere, aber die Wechselwirkung zwischen Ursache und Wirkung ist in Bremen sehr eigenartig. Vom Bereden kann es relativ schnell zum Zerreden kommen!

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie beim Weserstadion!)

Dass wir an diesem Standort die Pflanze Investitionsklima sorgfältig zu pflegen haben,

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht nur durch Transparenz!)

kann ich an dieser Stelle und auch sonst nicht oft genug wiederholen!

(Beifall bei der CDU)

Auch das kann ich ohne jede Einschränkung anmerken: Die Realisierung des Projektes trifft auf veränderte Marktbedingungen, die sich auch auf Finanzierung und Vermarktung auswirken. Wir leben nicht mehr in dem Marktzustand, den wir vor etwa fünf Jahren zur Grundlage dieser Investition gemacht haben, sondern wir leben in und unter veränderten Marktbedingungen, die vor allen Dingen den Einzelhandel in einer strukturellen Schwierigkeit treffen, die die Einzelhändler selbst als Krise bezeichnen.

Die Beteiligten stimmen in der Analyse überein, dass diese Fragen, nämlich Finanzierungsfragen und konzeptionelle Fragen, lösbar sind und bemühen sich dazu auf der Grundlage der am 7. Mai 1999 geschlossenen Rahmenvereinbarung. Ein Konzept wird von den Partnern konstruktiv und sachorientiert erarbeitet. Für die Freie Hansestadt Bremen werden diese Lösungsvorschläge in enger Abstimmung zwischen dem Senator für Wirtschaft und Häfen und der Senatskanzlei einvernehmlich mitgestaltet. Auf Grundlage dieser Gespräche sind alle Beteiligten bemüht, alsbald eine tragfähige und wirtschaftlich vertretbare Konzeption vorlegen zu können, die auch allen zu beachtenden beihilferechtlichen Fragen Rechnung trägt.

(D)

Eine erfolgreiche Lösung der Sachprobleme ist für die Beteiligten vorrangig, hat also höchste Priorität, und die Beteiligten haben sich deshalb darauf verständigt, Details der angestrebten Lösung nicht öffentlich zu diskutieren. Ich kann mir nicht vorstellen, Frau Trüpel und meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie Vertragsverhandlungen, so sie einmal in die Lage kämen, sie selbst führen zu müssen, so führen werden, wie Sie sie heute darstellen. Sie wären sehr schnell k. o. bei ihren denkbaren Partnern. Auch das ist doch ein Selbstläufer, Vertragsverhandlungen in schwieriger Willensbildung so zu konstruieren, dass ich nicht jede einzelne Phase so dokumentiere, dass nachher die Öffentlichkeitswirkung wichtiger wird als der eigentliche Vertragsinhalt. Soweit zu diesem Thema!

Die Bauarbeiten sind im Plan und werden zügig fortgesetzt. Um die Einzelhandelsorganisation bemüht sich ein renommierter Partner, Mills-Corporation, sehr innovativ, sehr kontaktfähig und von großem Einfluss, so dass ich glaube sagen zu können, wir sind da in besten Händen. Wir bemühen uns bereits seit dem Jahre 2001, die internationalen Mar-

(A) kenrechte zu garantieren. Auch das ist zwischenzeitlich erledigt. Paramount und Metro-Goldwyn-Mayer sind ja schließlich und endlich keine Namen, die Sie in Bremen an jeder Ecke abrufen können.

Nun zum Einzelhandelskonzept, Frau Dr. Trüpel! Auch da sage ich Ihnen, und insoweit nehme ich Ihre Frage aufgeschlossen auf: Ob wir die Konzepte, die wir vor fünf Jahren festgelegt haben, heute unter zum Teil dramatisch veränderten Bedingungen noch so werden durchführen können, ist zumindest eine offene Frage. Ich stehe nicht an zu sagen, dass ich mich permanent bemühe, auch in Alternativen zu denken, damit das Projekt im Ganzen eine erfolgreiche Struktur erhält. Verhandlungen und Investitionen sind kein statischer Vorgang, sonst wäre die Bundesrepublik Deutschland in einer gesamtwirtschaftlichen Verfassung anderer Qualität. Auch das muss man doch einmal sagen dürfen, ohne gleich bezichtigt zu werden, Geheimniskrämerei zu betreiben.

Nun beschäftigen wir uns mit der Frage, was denn die EU dazu sagt! Zunächst ist es zutreffend, dass die EU beihilferechtliche Fragen prüft und eventuell zu einzelnen Punkten ein Prüfverfahren einleiten wird. Das Land Bremen geht davon aus, dass es sich bisher beihilfekonform verhalten hat, und wird auch bei weiteren Finanzierungsfragen wie bisher alle Richtlinien, die dazu einzuhalten sind, einhalten.

(B) Auch das darf ich sagen: Ein Prüfverfahren ist kein Ausweis für unsoliden Verhalten, sondern es ist bei dieser Konstruktion des Projektes, seiner Umfanglichkeit und den damit verbundenen komplizierten Finanzierungsfragen, fast hätte ich gesagt, eine Normalität! Ein Prüfverfahren, ich wiederhole mich, ist ein normales Verfahren, das seitens der EU in zwei Fällen eingeleitet werden kann, zum einen wenn die Kommission selbst Kenntnis bekommt und Zweifel hat und zum anderen wenn Dritte einen Vorbehalt gegenüber der EU äußern. Der Senat, und das sage ich mit allem Nachdruck, schließt aus, dass die EU im vorliegenden Fall das Verfahren aus eigenem Antrieb einleitet, denn bereits von Anfang an wurden der EU die wesentlichen Vorgänge und Details gemeldet. Trotz dieser informativen Darlegung hat die EU bisher keine Beanstandungen gehabt.

Erst jetzt – und das lässt ja Rückschlüsse zu, die ich so formuliere, offenbar nach Kritik von Dritten – wird die Kommission tätig. Wenn private Konkurrenten ihre Interessen auf diesem Weg suchen, ist das völlig legitim. Alle anderen müssen sich aber fragen lassen, ob sie für Bremen oder zum eigenen persönlichen und parteilichen Interesse und Vorteil aktiv werden. Ich wiederhole mich und drücke das sehr zurückhaltend aus: Ursache und Wirkung sind hier in einer seltsamen Wechselwirkung, so dass meine Unschuld nicht ausreicht, an Zufälle zu glauben.

Eventuell unterschiedliche Auffassungen werden wir im Dialog mit der EU klären. Hierzu haben wir

am vergangenen Donnerstag ein erstes Gespräch mit der EU-Kommission geführt. Es findet auch hier ein zielorientierter, konstruktiver Dialog zwischen der EU-Kommission und Bremen statt. Wir haben ein gutes Ansehen bei der EU, weil wir uns eben offen und informativ und in den Fragen der Fördermittel auch erfolgreich verhalten. Insofern sehe ich der weiteren Entwicklung gelassen entgegen, womit ich nicht das Ergebnis vorwegnehmen, aber zumindest sagen kann, dass die EU mit uns in einer konstruktiven Phase der Diskussion ist.

Öffentliche Debatten über einzelne Details, besonders bei Verträgen, schaden auch dem Standort oder sind zumindest, lassen Sie es mich zurückhaltender ausdrücken, immer wieder darauf abzufragen: Dienen sie der Sache? Sind sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig, oder könnte man vielleicht auch den Satz sagen: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold?

Ich gehe, ich wiederhole mich jetzt, bei den EU-Verhandlungen davon aus, dass wir zu einer konstruktiven Lösung kommen werden, und, Frau Dr. Trüpel, ich bin sicher, bei Ihrem Engagement drücken Sie mir dafür die Daumen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens möchte ich mich beim Senator und auch bei Herrn Focke bedanken, dass sie meine parlamentarische Arbeit, dass ich in jeder Sitzung nachfrage, dass ich Akteneinsicht nehme, hier so besonders hervorheben. Normalerweise wird man dafür, dass man seine Arbeit tut, ja nicht getadelt.

Zweite Bemerkung zu meinem Interesse! Herr Hattig, Sie sagen: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Es gibt in der Tat Lebenssituationen, vor allem private, für die das zutrifft. Hier im Parlament, finde ich, macht sich das nicht so gut. Eine schweigende Versammlung, um die öffentlichen Angelegenheiten zu verhandeln, das müssen Sie mir erst einmal vormachen, auch wenn Sie doch zu einem betont kurzen Stil neigen, aber allein mit Schweigen kommen Sie als Wirtschaftssenator auch nicht durch!

Dritte Bemerkung, um die es eigentlich geht, und ehrlich gesagt, Herr Focke, es ist ein bisschen mühsam mit Ihnen!

(Abg. F o c k e [CDU]: Was glauben Sie, wie es mir geht? – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Mühsam mit sich selbst! Das kann natürlich auch sein!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das beruht oft auf Gegenseitigkeit, das ist mir schon klar!

Jetzt zu der Frage, worum es eigentlich geht! Ich möchte noch einmal betonen, dass ich in keiner Weise die privaten Investoren oder deren Engagement beschimpft habe. Darum geht es mir gar nicht. Wissen Sie, was ich heute erfahren wollte? Wenn Sie jetzt, was Sie angekündigt haben, die Finanzierungsgrundlage und auch die konzeptionelle Frage, was der Space-Park wirklich sein soll, neu überdenken müssen, weil sich die Verhältnisse geändert haben, und das hat der Wirtschaftssenator ja nun in wünschenswerter Deutlichkeit gesagt, dann möchte ich wissen, was der staatliche Anteil ist. Darum geht es mir! Es geht mir überhaupt nicht darum, das DEGI-Engagement zu kritisieren, kein bisschen!

Nein, meine Damen und Herren, es geht mir um folgendes Problem: Ich nenne es die Analogie zum Musical. Wie oft ist hier und in den parlamentarischen Gremien von Wirtschaftssenator Hattig, von Herrn Eckhoff, von Frau Lemke-Schulte gesagt worden, es handelt sich um eine rein private Veranstaltung,

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Von mir nicht! Das ist Geschichtsklitterung!
Dagegen verwahre ich mich!)

(B) es handelt sich um ein privates Musical, nur die Investoren und die Betreiber sind zuständig, und dann mussten wir in den Wirtschaftsförderungsausschüssen Rettungsbeihilfen genehmigen. Das ist das, was ich meine, und deswegen, wenn Sie jetzt in den Sommerferien Verhandlungen führen mit der DEGI und mit Mills und mit den Köllmann-Firmen, sind ja die staatlichen Vertreter dabei und sozusagen die Speerspitzen der beliebten Gesellschaften. Die gehen doch mit Haltungen in diese Verhandlungen. Ich möchte wissen, und da möchte ich keine Details der Verhandlungen erfahren, das weiß ich auch, dass man die nicht auf dem Marktplatz austragen soll, aber wir als Parlamentarier haben doch ein Anrecht darauf zu erfahren, in welcher Größenordnung die staatlichen Angebote hier sein werden. Wir müssen sie doch hinterher beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben mir die ganze Zeit die alte Litanei von Standortschädigung und Investorenschelte vorgeworfen. Nein, kein Investor wird hier gescholten. Sie werden kritisiert, die große Koalition, das Wirtschaftsressort und die Entscheidungsträger. Ehrlich gesagt, Entscheidungsträger nach der Debatte von gestern, da kann ich ja nur hoffen, dass die Entscheidungsträger wissen, was sie hier entscheiden, und dass Sie sich nicht hinterher wieder hier hinstellen müssen und sagen, Sie fühlten sich getäuscht, und Sie hätten einmal wieder von nichts gewusst. Ich lege

Wert darauf, dass Sie wissen, was hier verhandelt wird. Wer soll es denn sonst wissen, wenn nicht Sie, und wir müssen es kontrollieren! (C)

Noch einmal: Es geht mir, wie gesagt, nicht um private Verhandlungen, es geht mir darum, welchen staatlichen Anteil es hier gibt, und um die politische Verantwortung. Da das Projekt so groß und so wichtig ist und der zentrale Teil des Sonderinvestitionsprogramms ist, deswegen gibt es de facto eine politische Verantwortung. Das fällt nicht in erster Linie nur Herrn Köllmann auf die Füße, sondern der Bremer Regierung, und das ist dann allerdings das gemeinsame Problem von SPD und CDU. Ich finde, und das betone ich noch einmal, da haben wir ein Anrecht zu erfahren, was los ist.

Es geht auch nicht darum, dass die EU das hier überprüft. Das ist ja in Ordnung. Ich betone noch einmal, auch wenn Sie sich weigern, das zur Kenntnis zu nehmen, auch das ist ja nicht neu, dass ich hier keine geheimen Wege beschritten habe. Das habe ich gar nicht nötig. Ich suche nämlich die öffentliche Auseinandersetzung, wie Sie hier und heute ja auch gesehen haben.

Also, wir werden ja dann nach den Sommerferien sehen, was Sie da verhandeln, was das für den staatlichen Anteil heißt. Ich verspreche Ihnen, die Debatte geht weiter, sie ist noch nicht zu Ende!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff. (D)

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, Sie bauen hier schon einen Popanz auf, das will ich an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen. Es gibt Beschlüsse von parlamentarischen Gremien, die sich sehr hinreichend mit dem Thema Space-Park beschäftigen. Im Rahmen dieser parlamentarischen Beschlüsse zum Thema Space-Park hat sich die Exekutive zu bewegen.

Wenn durch Verschlechterungen von Situationen im Einzelhandel, durch Veränderungen im Entertainmentbereich, durch Probleme, die vielleicht Beteiligte dort haben, eine Veränderung der Situation eintritt, ist es zunächst einmal die Aufgabe der Exekutive, diese Verhandlungen zu führen. Dann ist es Aufgabe der Exekutive, wenn nämlich parlamentarische Beschlüsse tangiert sind, sich mit den Parlamentariern in Verbindung zu setzen und mögliche neue Rahmenbedingungen für dieses Projekt, ob finanzieller Art oder baurechtlicher Art, dann dem Parlament oder den parlamentarischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Dr. Trüpel, und daran wird sich auch gehalten werden, davon bin ich fest überzeugt. Dazu müssen aber die Verhandlungen weitestgehend abge-

(A) schlossen sein. Das ist doch der Eindruck: Indem Sie in jeder zweiten Bürgerschaftssitzung hier über das Thema Space-Park diskutieren wollen, jedes Gerücht, das es in der Öffentlichkeit gibt, aufnehmen, ins Parlament tragen, senden Sie doch das Signal nach außen, liebe Freunde, wir wollen das Problem nicht be-
reden, sondern wir wollen das Problem zerreden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt wird schon einmal vorbereitet, wer schuld ist, wenn das schief geht!)

Darüber hinaus machen Sie vom Bündnis 90/Die Grünen den Eindruck, sehr geehrte Frau Linnert, als wenn es Ihnen gar nicht um einen positiven Abschluss des Gesamtprojektes Space-Park geht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihnen geht es doch nur darum, Ihre Haut zu retten!)

Liebe Frau Linnert, dieser Zwischenruf ist doch der größte Quatsch! Uns geht es darum, dieses Projekt erfolgreich zum Abschluss zu bringen, und Ihnen geht es darum, dass es nicht gelingt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Liebe Frau Linnert, wir haben hier doch gerade noch einmal die Rahmenbedingungen charakterisiert. Darum geht es nämlich genau, unter möglichst guten Begleitumständen, unter möglichst guten Rahmenbedingungen für Bremen dieses Projekt erfolgreich zu gestalten. Bei Ihnen hat man den Eindruck, dass Sie sich klammheimlich freuen über jede negative Mitteilung, die über den Space-Park in den Medien steht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unbremisch, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, das ist unbremisch!

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein Unterschied, Frau Linnert, ob man als Opposition die Arbeit macht und Fragen stellt oder ob man den Eindruck vermittelt, dass man sich über jedes Projekt, das nicht klappt, heimlich freut. Das ist ein qualitativer Unterschied von Oppositonsarbeit, und ich sage nur, der Eindruck entsteht in der Öffentlichkeit, dass Sie diese Freude entsprechend haben.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das könntet Ihr mit einer anderen Informationspolitik leicht ändern!)

(C) Zusammengefasst: Wir gehen davon aus, dass bis zur Neubefassung der parlamentarischen Gremien die Rahmenbedingungen, die wir diesem Projekt zugestanden haben, eingehalten werden. Wenn sich eine Veränderung der Situation ergibt, werden das die zuständigen Ressorts, nämlich der Senator für Wirtschaft und die Senatskanzlei, die bei den Verhandlungen beteiligt sind, sicherlich den parlamentarischen Gremien rechtzeitig mitteilen.

Wir wollen, dass nicht nur dieses Projekt, sondern auch andere Projekte positiv umgesetzt werden. Ich kann nur davor warnen, wir befinden uns mit solchen Projekten in einem Wettbewerb von Regionen, nicht nur in einem Wettbewerb von Städten. Dieser Wettbewerb ist mittlerweile nicht nur bundesrepublikanisch, sondern europäisch. Vor diesem Hintergrund, Frau Dr. Trüpel, achten Investoren auch sehr wohl sehr genau darauf, welches Klima sie in den einzelnen Regionen vorfinden. Das Klima in Bremen hat sich deutlich verbessert. Das wird heute Nachmittag noch eine Rolle spielen. Wir haben als Parlamentarier die gemeinsame Verantwortung, dass dieses positive Klima auch in den nächsten Jahren erhalten bleibt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir auch unsere Parlamentsarbeit verstehen, und ich fordere die Grünen auf, dies auch immer als Grundlage ihrer parlamentarischen Arbeit zu machen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Organspende im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2002
(Drucksache 15/1103)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Transplantationsmedizin hat längst den Nimbus medizinischer Großtaten verloren. Wer erinnert sich noch daran, dass vor fast 50 Jahren die erste Niere verpflanzt wurde! Auch die erste Herzverpflanzung, die den Namen Chris-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) tiaan Barnard bekannt gemacht hat, liegt bereits 35 Jahre zurück. Inzwischen gehören Transplantationen zu den anerkannten Verfahren in der Medizin.

In Deutschland gibt es derzeit 50 Kliniken, die regelmäßig Organverpflanzungen vornehmen. Fast 4000 Transplantationen waren es beispielsweise 1999, und insgesamt übertrugen Ärzte in Deutschland bis heute mehr als 50 000 Organe. In Bremen hat sich das Transplantationszentrum im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße mit seinem Chef Professor Dr. Dreikorn einen ausgezeichneten Ruf erworben.

Während einerseits Lebensrettung durch Organübertragung beinahe zum medizinischen Alltag wurde, bewirken andererseits internationale Horrormeldungen über Nierenklau in Indien, Transplantations-tourismus und Organentnahme bei toten Kindern ohne Einwilligung der Eltern, dass dieser Zweig der Medizin in einen zwiespältigen Ruf gerät. Aber auch von vereinzelt Fachleuten werden immer wieder Unsicherheiten geschürt. Dieser Tage war in der „Bild“-Zeitung zu lesen, dass einige deutsche Transplantationschirurgen einen freien Handel mit Organen im Rahmen der Lebendspende befürworten. Derartige Vorstöße sind ethisch inakzeptabel, verunsichern die Bevölkerung und hebeln den mit dem Transplantationsgesetz mühsam erreichten Konsens aus.

(B) Meine Damen und Herren, mit dem In-Kraft-Treten des Transplantationsgesetzes im November 1997 glaubten wir, die Transplantationsmedizin durch die Beseitigung von Grauzonen und durch Aufklärung ein gutes Stück vorangebracht zu haben. Dies ist leider nicht in dem von uns erhofften Maße gelungen. Was wir erreicht haben, ist ein Gesetz, das erstmals eine klare Rechtsgrundlage und für die zentralen Fragen der Transplantationsmedizin Rechtssicherheit schafft. Beide großen Kirchen haben im Laufe der Gesetzesdebatte drängende Fragen im Zusammenhang mit der Organtransplantation beantwortet. Die Bundesärztekammer hat Richtlinien erlassen, die klar festlegen, welche Patienten in die Warteliste eines Transplantationszentrums aufgenommen werden.

Weniger erfolgreich waren wir aber in der Berücksichtigung von Ängsten und Unsicherheiten, die nicht zuletzt im Laufe der langen, zähen Diskussion dieses Gesetzes verstärkt wurden. Diesen Punkt hätten wir womöglich mehr berücksichtigen müssen. Die im Umfeld der Gesetzgebung sehr emotional geführte Debatte um Leben und Tod, um Überleben und Hirntod hat bewirkt, dass das Transplantationsgesetz sein eigentliches Ziel bislang verfehlt hat. Trotz der mit dem Transplantationsgesetz erreichten größeren Rechtssicherheit ist die Spenderbereitschaft rückläufig. Im Ergebnis öffnet sich die Schere zwischen der Zahl der auf Organspenden angewiesenen Patienten und der Zahl der tatsächlich möglichen Transplantationen immer weiter.

Eine von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Auftrag gegebene Untersuchung zeigt

(C) auch für Bremen Defizite auf. Wir hoffen nun, dieses Thema auch mit dieser Debatte heute wieder stärker in die gesundheitspolitische und gesellschaftliche Diskussion zu bringen.

Worum geht es in dieser Studie im Einzelnen? Die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Organspende ist positiv. Lediglich neun Prozent äußern sich eher negativ. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind gering. Doch schon bei der Frage, wo Organspenderausweise erhältlich sind, gibt es Wissenslücken, und diese sind in Bremen größer als anderswo. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung könnte sagen, wo diese Ausweise erhältlich sind. Wenn es darum geht, wer überhaupt einen Spenderausweis besitzt, liegt Bremen mit acht Prozent deutlich unter dem westdeutschen Schnitt. Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind nicht dramatisch, aber im Sinne der vielen Menschen, die auf Spenderorgane warten, lohnt es sich, hier nachzuhaken und Defizite zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt braucht sich Bremen ohnehin nicht zu verstecken. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Transplantationszentrum und den übrigen Krankenhäusern des Landes wird seit Jahren gerade im ärztlichen Bereich intensiv Aufklärung und Fortbildung betrieben. Mit Chefärzten und Chefärztinnen, leitenden Pflegekräften und Verwaltungsleitern wurden Gespräche geführt, um den vom Transplantationsgesetz begründeten Mitwirkungsauftrag der Krankenhäuser effizient zu erfüllen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Transplantationszentrum, der Deutschen Stiftung Organspende und Eurotransplant sind ausgezeichnet. Wir können stolz darauf sein, dass Bremen bei der Zahl der Organspenden pro Einwohner weit an der Spitze liegt. Auf eine Million Einwohner gibt es in Bremen und umzu 38 Organspenden, in Nordrhein-Westfalen hingegen nur neun, in Baden-Württemberg elf, in Bayern 14.

(D) Unser gemeinsamer Antrag, und insofern bin ich froh, dass das vom ganzen Hause hier getragen wird, richtet sich daher nicht primär darauf, in Bremen Initiativen zur Steigerung der Spenderbereitschaft zu ergreifen, sondern er richtet sich vielmehr auch an die anderen Länder. Wir hoffen, dass Bremen im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz aktiv wird, um für eine Erhöhung der Organspendebereitschaft zu werben. Vor allem Nordrhein-Westfalen, welches aufgrund seiner großen Bevölkerungszahl über den Eurotransplant-Verteilerschlüssel die meisten Spenderorgane erhält, hat hier erheblichen Nachholbedarf.

Was kann aber Bremen tun? Mit unserer gemeinsamen Initiative möchten wir dazu beitragen, dass sich die Öffentlichkeit dieses Themas weiter verstärkt annimmt. Zielsetzung ist die Steigerung des Bekanntheitsgrades von Organspenden sowie die

(A) grundsätzliche Bereitschaft hierzu. Durch die Erhöhung der Anzahl von Menschen, die einen Spenderausweis besitzen, wird sich auch die Zahl derer verringern, die ihre Zustimmung zur Organspende bisher verweigern.

Meine Damen und Herren, um das Ausmaß der Problematik bewusst zu machen, nenne ich einige Daten. Auf der Warteliste für Organtransplantationen stehen bundesweit 12 000 Dialysepatienten, aber nur 2219 Nieren konnten im vergangenen Jahr transplantiert werden. Aktuell beträgt die durchschnittliche Wartezeit auf eine Niere fünf Jahre. Wir sind aufgerufen, diese Zahl deutlich zu verkürzen. Jeder kann sich vorstellen, wie schwierig es für Angehörige ist, in eine Organspende einzuwilligen, wenn sie die Einstellung der Verstorbenen zur Organspende nicht genau kennen. Solche wichtigen Fragen werden leider auch unter engen Angehörigen oft nicht besprochen, weil das Thema Tod verdrängt wird.

(B) Meine Damen und Herren, ein Tag der Organspende reicht längst nicht aus, um diesem Thema einen angemessenen Raum zu verschaffen. Wir schlagen daher ein Konzept vor, welches auf die Ansprache und Einbeziehung der verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft in diese Diskussion zielt. In den Schulen sollte verstärkt über Organspende gesprochen werden. Gute Beispiele hierfür gibt es bereits auch in Bremen. Mitarbeiter des Transplantationszentrums gehen in die Schulen und beantworten vor Ort die Fragen der Schüler. Besonders häufig fragen junge Leute: Wann ist der Mensch tot? Wird vor meinem Tod auch wirklich alles getan, um mein Leben zu erhalten? Was passiert mit mir, wenn ich einen Spenderausweis ausfülle? Muss ich meine Daten freigeben, mich untersuchen lassen, werde ich registriert?

Wir stellen uns vor, dass mit dem Senator für Bildung eine Arbeitshilfe zum Thema Organspende und Organtransplantation erarbeitet wird, um Schulen und Lehrern didaktisch-methodische Hinweise und Anregungen zu curricularen Zuordnungen, zu Fächern und Lehrplänen zu geben. Das Thema könnte fächerübergreifend Eingang in den Unterricht der berufsbildenden Schulen und der gymnasialen Oberstufe finden.

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur für junge Menschen wichtig, sich mit der Organspende zu beschäftigen. Für viele Menschen ist dieses Thema ein bedrohliches Tabu, weil es die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tod erfordert. Die Gedanken werden verdrängt, Gespräche darüber vermieden.

In Sportvereinen könnten ebenfalls viele Menschen erreicht werden. Gute Beispiele für gelungene Öffentlichkeitsarbeit sind Sportler, die ihre Organspendebereitschaft bekunden und so für mehr Spendebereitschaft werben. Spendeausweisformulare und Informationen hierzu müssen wieder ver-

(C) mehrt in Apotheken und Arztpraxen ausgelegt werden. Eingebunden werden müssen aber auch die Melde- und Ortsämter.

Schließlich sind die Krankenkassen gefordert. Es reicht nicht, wenn sie ihren eigenen Mitgliedern Informationsmaterial zur Verfügung stellen, sie sollten ihrer besonderen Verantwortung vielmehr dadurch gerecht werden, dass sie sich in einer bundesweiten gemeinsamen Kampagne engagieren.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dass die heutige Debatte der Auftakt eines gesellschaftspolitischen runden Tisches ist, an dem möglichst viele Akteure sitzen und ihre jeweilige Kompetenz wie Mosaiksteine zusammentragen. Dieser runde Tisch soll dafür sorgen, dass sich in Bremen mehr Menschen mit dem Thema Organspende befassen, dass sie besser aufgeklärt werden und schließlich die für betroffene Patienten unerträglich langen Wartezeiten spürbar verkürzen.

(D) Wenn der eine oder andere heute Nachmittag vielleicht Interesse hat, wir machen ein Expertenhearing im Börsenhof A mit Professor Dr. Dreikorn, Herrn Professor Dr. Gundolf Gubernatis von der Deutschen Stiftung Organspende, mit Vertretern von Selbsthilfegruppen und Krankenkassen. Wir haben Studenten der Hochschule aus dem Bereich Marketing dafür gewonnen, aus der Sicht von jungen Leuten, von Studenten, ein Konzept zu entwickeln, wie man dieses Thema gerade jungen Leuten auch näher bringen kann, die natürlich noch weit weg von dem Thema Tod und Organspende sind. Ich glaube, das wird eine ganz spannende Diskussion werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor knapp zwei Wochen fand der zwanzigste Tag der Organspende in Deutschland statt. So lange gibt es diesen Organspendetag bereits, und trotzdem gibt es noch viele offene Fragen zum Thema. Fragen beantworten, Ängste ernst nehmen und vor allen Dingen Ängste abbauen, vor allem aber aufmerksam machen auf die Möglichkeiten, Leben zu retten, dazu soll die heutige Debatte einen Beitrag leisten.

Die CDU-Fraktion freut sich besonders über den interfraktionellen Antrag, dem ja auch Bündnis 90/Die Grünen beigetreten ist. Das war 1997 im Bundestag noch ganz anders. Die Grünen mochten dem interfraktionellen Antrag, der damals von CDU/CSU, FDP und SPD eingebracht wurde, nicht beitreten. Sie hatten massive Bedenken gegen die Feststellung des Todes durch das so genannte Hirntodkonzept. Doch das Transplantationsgesetz wurde dann be-

(A) schlossen. So verfügt Deutschland heute über ein Gesetz, das von der breiten Mehrheit der Menschen, natürlich von der Politik, den Kirchen, den Ärzten und vielen weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen, getragen wird, jetzt auch vom Bündnis 90/Die Grünen, und das begrüßen wir, die CDU-Fraktion, besonders! Herzlichen Dank dafür!

Meine Damen und Herren, dies ist mein Organ-spenderausweis, den ich normalerweise in meiner Tasche trage. Sie finden diesen Ausweis in der Broschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die ich Ihnen ebenfalls mitgebracht und in der Lobby zu hundert Exemplaren ausgelegt habe. Heute Nachmittag kann also jeder seinen Organ-spenderausweis hochhalten. Diese Broschüre gibt Antworten auf alle wichtigen Fragen und wurde gemeinsam mit der Deutschen Stiftung für Organtransplantation entwickelt. Die zentrale Telefonnummer der Stiftung ist ebenfalls verzeichnet, denn falls es noch Fragen geben sollte, werden diese individuell, umfangreich und ausgesprochen kompetent unter dieser zentralen Rufnummer beantwortet. Ich habe Ihnen diese Broschüren mitgebracht einschließlich der Organ-spenderausweise, meine Damen und Herren, weil es eventuell möglich sein kann, dass irgend ein Mitglied hier im Hause noch keinen Spenderausweis besitzt.

(B) Meine Damen und Herren, wir können heute in diesem Hause die Appellebene für die Menschen in Bremen und Bremerhaven verlassen. Wir können ganz konkret und sofort tätig werden. Darum bitte ich Sie, werden Sie Spender und Spenderin, geben Sie als Parlamentarierin und Parlamentarier ein positives Signal für die Menschen in unseren beiden Städten! Entscheiden wir uns gemeinsam für das Leben! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Hammerström hat schon in ihrer Rede darauf hingewiesen, seit dem 1. Dezember 1997 ist das Transplantationsgesetz in Kraft. Vor dieser Gesetzgebung hat es eine heftige Diskussion und Debatten gegeben, Diskussion über die Definition des Hirntodes und auch über die Feststellungsmerkmale des Todes. Ich fand diese konstruktiven Auseinandersetzungen um das Transplantationsgesetz damals sehr wichtig und auch sehr richtig, Diskussion nicht nur innerhalb politischer Gruppen, nein, es hat eine breite Diskussion in der Gesellschaft über das Transplantationsgesetz gegeben! Es ging nicht nur darum, klare Regeln für die Organspende und für

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) die Transplantation aufzustellen, auch der Zeitpunkt der Feststellung des Hirntodes wurde problematisiert. Informative Aufklärung, gesellschaftlicher Diskurs und Entscheidungsfindung, das sind die demokratischen Bausteine, die wir Grünen für ein solches Gesetz für unerlässlich halten.

Ziel ist es auch, die Bürgerinnen und Bürger über die Inhalte und Fragen zum Thema Organspende zu informieren und zu motivieren, eine persönliche Entscheidung im Vorfeld zu treffen. Es ist für Angehörige sehr hilfreich, wenn die Entscheidung für oder auch gegen eine Organspende sich nach dem Willen des Angehörigen richtet, denn es sieht in der Realität doch immer noch häufig so aus, dass viele Angehörige, die im Krankenhaus von den Ärzten um eine Einwilligung zur Organspende des Verstorbenen gebeten werden, sehr unsicher sind. Sie wissen oft nicht, mit welcher Entscheidung sie dem Willen des Verstorbenen wirklich entsprechen. Häufig wird deshalb auch aus Unsicherheit eine Entscheidung gegen eine Organspende getroffen.

(Vizepräsident **R a v e n s** übernimmt den Vorsitz.)

(D) Meine Damen und Herren, jede Kampagne zum Thema Organspende muss zum Ziel haben, dass die Menschen sich mit dem Thema auseinandersetzen, dass sie motiviert werden, ihr Persönlichkeitsrecht zu Lebzeiten wahrzunehmen. Ziel ist es, dass eine persönliche Entscheidung für oder gegen eine Organspende getroffen und dokumentiert wird. Außerdem muss deutlich gemacht werden, dass jeder Entscheidung, ob zustimmend oder ablehnend, der gleiche Respekt entgegengebracht wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch einen Punkt anzusprechen, der für die Aufklärung sehr wichtig ist. Dazu erst einmal eine Tatsache: Die Entscheidung über eine tatsächliche Organentnahme oder Organspende fällt in fast allen europäischen Ländern, so auch in Deutschland, im Krankenhaus. Das heißt, wird bei Patienten der Hirntod festgestellt, werden die Angehörigen gefragt, ob es einen Spenderausweis gibt oder ob sie wissen, wie sich der Verstorbene zu Lebzeiten zu einer Organentnahme geäußert hat. Das ist eine äußerst schwierige und belastende Gesprächssituation. Ärzte und Pflegepersonal, besonders im Bereich der Intensivstation, müssen für diese Situation besonders geschult werden. Kommunikationsstrategien und die Gesprächssituation dürfen nicht dem Zufall überlassen werden. Ein hohes Maß an Fachlichkeit ist hier gefragt, um einen würdigen Umgang mit den Trauernden zu finden und die emotionale Belastung aller dadurch zu reduzieren. Die Überbringung der Todesnachricht und die Frage nach der Organspende müssen bearbeitet und vermindert werden.

(A) Ein weiterer Inhalt solcher Fortbildung muss es sein, das grundsätzliche Wissen über die Organspende und alle damit zusammenhängenden Aspekte zu vermitteln. Ärzten und Pflegepersonal wird bei diesem Thema eine wichtige Multiplikatorenfunktion zugeschrieben. Sie macht es erforderlich, dass Ärzte und Pflegepersonal frühzeitig mit den Inhalten und Zielen öffentlicher Aufklärungskampagnen vertraut gemacht werden.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf die Rolle der Selbsthilfegruppen eingehen. Auch die Selbsthilfegruppen müssen in eine Kampagne der Aufklärungsarbeit einbezogen werden. Das steht ja auch so in unserem gemeinsamen Antrag. Die Selbsthilfegruppen leisten oft nicht nur Hilfe bei einer aktuellen Entscheidung, nein, ihre Arbeit wirkt langfristig und auch über aktuelle Zeitpunkte hinaus. 1999 hat es einen bundesweiten Tag der Organspende gegeben. Im Raum Nürnberg stand er unter dem Titel „Organspende – selbst entscheiden und darüber reden“. Ich finde, das war eine gute Zielrichtung, empfehlenswert und auch nachahmenswert.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass in dem Bericht, den der Senat uns hier Ende des Jahres vorlegen wird, die Aspekte, die ich hier für die Fraktion der Grünen vorgetragen habe, berücksichtigt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße es ausdrücklich, dass alle drei Fraktionen hier heute diesen Antrag zu diesem wichtigen Thema Organspende eingebracht haben. Wir haben ja schon von allen dreien gehört, dass noch sehr viel zu leisten ist, um die Spendebereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen. Es ist vielleicht auch nicht allen bekannt, dass durch das Transplantationsgesetz ganz klargestellt ist, dass Festlegungen zum Hirntod getroffen worden sind, dass Organhandel unter Strafe gestellt ist und von daher vielleicht bestimmte Ängste in der Bevölkerung, da es gesetzliche Regelungen gibt, nicht berechtigt sind. Trotzdem haben wir mit diesen Emotionen zu kämpfen, und wir sollten sie auch ernst nehmen. Deswegen sind wir auf eine Informationspolitik angewiesen, die diese Ängste zerstreuen wird.

In der Fachöffentlichkeit ist Transplantation schon lange ein Thema, und diese Fachöffentlichkeit hat auch mittlerweile schon sehr viel erreicht, gerade auch in Bremen. Die Bremer Krankenhäuser sind hoch motiviert, sind sensibilisiert und haben von sich aus, aus freien Stücken, jeweils auch einen Transplantationskoordinator in ihrem Krankenhaus eingestellt, der dieses Thema dort bearbeitet. In ande-

ren Bundesländern war dazu häufig ein Erlass notwendig. Das zeigt mir, dass die Motivation in den Bremer Krankenhäusern sehr ausgeprägt ist. Das begrüße ich als Gesundheitssenatorin außerordentlich, und ich möchte mich da auch bei den Bremer Krankenhäusern bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch schon gesagt worden, dass wir hier in der Organspendenregion Nord gut aufgestellt sind. Wir haben eine hohe Spendebereitschaft im Vergleich zur bundesweiten Situation. Das sollten wir auf jeden Fall auch weiter betreiben, da bin ich auch ganz optimistisch, wenn ich mir das ansehe, was unsere Krankenhäuser leisten.

Leider, das ist hier auch schon mehrfach angesprochen worden, ist das wichtigste Ziel des Transplantationsgesetzes noch nicht erreicht worden, nämlich dass wir eine hohe Spendebereitschaft erreichen, also viele Menschen dafür gewinnen, Organe nach ihrem Tod zur Verfügung zu stellen und den erforderlichen Spenderausweis bei sich zu tragen. Das ist der sicherste Weg, wenn man sich dazu bereit erklärt hat, dass man in dieser Situation dann auch ein Organ tatsächlich spendet.

Es ist auch schon von Frau Hammerström gesagt worden, wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel auf eine Spenderniere warten. Es sind 12 000. Wenn ich mir vorstelle, wie wenig Spendernieren wir haben, nämlich die von Ihnen auch schon genannten 2219, dann heißt das, dass rund 10 000 Menschen, nur allein Dialysepatienten, mit einem schweren Schicksal leben müssen. Wer von uns Dialysepatienten kennt, ich habe lange Zeit mit einem Kollegen zusammengearbeitet, der Dialysepatient war, der weiß, wie schwer belastend ein solches Schicksal ist. Sie sind häufig aus ihrem normalen Leben hinausgeworfen und können nicht mehr arbeiten. Ich denke, es ist unglaublich wichtig, dass wir uns alle gemeinsam anstrengen und dafür sorgen, dass wir diesen Menschen helfen und sie in die Situation versetzen, wieder Lebensqualität zu gewinnen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, gerade auch in Bremen, das ist schon gesagt worden, dafür zu werben, dass Menschen Spenderausweise mit sich führen. Für den Fall ihres Todes sind die Angehörigen dann nämlich nicht mehr in dieser schwierigen Situation, dass sie eine Entscheidung treffen müssen, auf die sie sich unter Umständen gar nicht mit dem Verstorbenen vorbereitet haben, dazu sind Gespräche und Vorkehrungen erforderlich. Das ist ja ein ausgesprochen sensibles Thema, und dann neigen die Angehörigen in der Regel doch eher dazu, lieber den vorsichtigen Weg zu gehen und das Spenderorgan nicht freizugeben. Insofern ist es unglaublich wichtig, dass wir

(C)

(D)

(A) uns noch einmal sehr intensiv bemühen, für den Spenderausweis zu werben.

Wir arbeiten da auch sehr gut mit den Krankenkassen zusammen, auch sie sind verpflichtet, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Nicht nur die Behörden, aber auch die Krankenkassen machen jeweils für sich entsprechende Informationsarbeit. Wir haben es, noch einmal herausgehoben, mit einer hohen Emotionalität zu tun. Das können wir nur mit der notwendigen Behutsamkeit, aber auch mit der nötigen Beharrlichkeit bewältigen. Wir müssen uns also auch weiterhin diesem Thema sehr intensiv widmen. Wir in Bremen arbeiten da sehr gut mit starken Partnern zusammen. Neben den Krankenkassen sind es eben die Ärzte, Apotheker, aber auch die Selbsthilfegruppen, die Deutsche Stiftung Organspende und auch die eben schon von mir genannten Bremer Krankenhäuser.

Was werden wir tun, um dieses Thema weiter in der Öffentlichkeit zu besetzen und die Menschen zu überzeugen? Der Antrag hat ja bestimmte Anregungen schon gegeben. Wir werden die Verteilung der Organspenderausweise und der Informationen in den Einwohnermeldeämtern wieder aufnehmen. Das ist in Vorbereitung. Wir werden uns auch darum bemühen, insgesamt Informationsmaterial weiterzuentwickeln, also die Menschen anzusprechen und die Öffentlichkeit zu unterrichten. Wir werden auch mit dem Bildungsressort noch einmal Kontakt aufnehmen, um dafür zu werben, dass in den Schulen dieses Thema schon aufgegriffen wird, um auch junge Menschen zu sensibilisieren.

(B)

Nächste Woche ist in Düsseldorf die Gesundheitsministerkonferenz, das trifft sich dann ja ganz gut, wenn die Lage in Nordrhein-Westfalen so dramatisch ist. Wir haben vom Ressort einen Antrag vorbereitet. Bremen wird einen Antrag in die Gesundheitsministerkonferenz einbringen, in dem wir insgesamt dieses Thema noch einmal aufgreifen, dafür eintreten, dass alle Länder und der Bund sich dieses Themas annehmen, Informationen aufbereiten und in die Öffentlichkeit bringen und dafür in der Öffentlichkeit werben. Das ist Gegenstand dieses Antrags. Ich bin zuversichtlich, dass die Gesundheitsministerkonferenz diesen Antrag entsprechend beschließen wird. Alles Weitere werden wir dann am Ende des Jahres, wenn wir den Bericht vorlegen, sicherlich noch einmal hier im Hause diskutieren, wie wir uns dann gemeinsam weiter dieses Themas annehmen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 15/1103 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Private Sicherheitsdienste

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 17. April 2002
(Drucksache 15/1118)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 2002

(Drucksache 15/1160)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

Aufgrund unserer Geschäftsordnung können die Antworten auf die Großen Anfragen mündlich wiederholt werden. Ich gehe davon aus, Herr Dr. Färber, dass das nicht gewollt ist. (D)

(Staatsrat D r . F ä r b e r : Nein!)

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Marken.

Abg. Frau **Marken** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über das Thema private Sicherheitsdienste hat dieses Haus zuletzt am 15. Mai 1997, also fast exakt vor fünf Jahren, debattiert, und man muss sich die Frage stellen: Was hat sich jetzt eigentlich verändert? Eines kann man schon einmal feststellen, beim letzten Mal ist die Große Anfrage der SPD und der CDU vom Innenressort bearbeitet worden, diesmal antwortet der Senator für Wirtschaft und Häfen. Beide Antworten, ich habe sie noch einmal verglichen, zeigen – freundlich ausgedrückt – ein gewisses Desinteresse am Thema, was wir als SPD-Fraktion nicht so ganz nachvollziehen können.

Vor ein paar Wochen war in der Presse zu lesen, dass die Sicherheitsbranche in Deutschland boomt. Nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft haben sich die privaten Wach- und Sicherheitsunternehmen in Deutschland zu Jobmaschinen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) entwickelt. Es gibt inzwischen 2700 Unternehmen mit rund 145 000 Beschäftigten, die einen Umsatz von zirka 3,6 Milliarden Euro erzielen. Im Vergleich dazu die Zahlen von 1997, da waren es noch 1400 Unternehmen mit 110 000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 4,5 Milliarden DM. Diese Zahlen muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, denn sie dokumentieren noch etwas anderes: Sie hat inzwischen mehr Arbeitsplätze als der Bergbau oder die Stahlindustrie.

In Bremen gibt es inzwischen 52 Bewachungsunternehmen mit zirka 2500 Beschäftigten und in Bremerhaven zehn Bewachungsunternehmen mit zirka 340 Beschäftigten. Es gibt aber noch eine andere Vergleichszahl, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 260 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die Anzahl der Beschäftigten im Bewachungsgewerbe beträgt jetzt also schon über die Hälfte dieser Zahl. Im Land Bremen mit zirka 2900 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten sind schon fast genau so viele Beschäftigte im privaten Sicherheitsgewerbe zu verzeichnen.

Was sagt uns das? Es gibt zwar ein staatliches Gewalt-, aber kein staatliches Sicherheitsmonopol. Das ist einerseits selbstverständlich, natürlich muss jeder selbst zur eigenen Sicherheit beitragen. Um es etwas polemisch zu sagen, es ist nicht die Aufgabe der Polizei, die Haustüren zuzuschließen. Es ist aus unserer Sicht relativ unproblematisch, dass nicht die Polizei, sondern private Unternehmen für die Sicherheit beispielsweise in Fußballstadien sorgen.

(B) Es gibt andererseits aber auch eine Grauzone, wo es durchaus ein Problem ist, wenn die Abgrenzung von privater zu öffentlicher Sicherheit nicht sehr trennscharf ist. Stichworte dafür sind schwarze Sheriffs, Bürgerwehren und Ähnliches. Überall dort, wo Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen dem Bürger unmittelbar gegenüberstehen und auf diesen einwirken, ist es unerlässlich, dass beide genau wissen, wer was darf. Deshalb sind wir mit der Gewerkschaft der Polizei der Auffassung, dass klare gesetzliche Regelungen für die Zulassung privater Wach- und Sicherheitsunternehmen unerlässlich sind. Ebenso besteht erheblicher gesetzgeberischer Bedarf für die Regelung der Aus- und Fortbildung sowie der fachlichen Prüfung der Beschäftigten solcher Unternehmen. Es darf keinen Zweifel geben bei der Rollenverteilung zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben endlich diese Forderung aufgegriffen und eine Gesetzesnovelle zur Neuregelung des Bewachungsgewerberechts auf den Weg gebracht. Inhalt dieser Novelle sind in erster Linie vier Punkte.

Erstens: Angesichts der Sicherheitsbedürfnisse im öffentlichen Raum muss es eine Sachkundeprüfung geben. Als Beispiel möchte ich hier die so genannte

Türsteherszene nennen, bei der es auch in Bremen in Einzelfällen zu schwerwiegenden Vorfällen, sprich Straftaten, wie Körperverletzung und Ähnlichem gekommen ist. Hier hat man manchmal den Eindruck, dass die Türsteher nicht die Lösung des Problems sind, sondern selbst ein Problem darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Die erforderliche Zuverlässigkeit beim Zugang zum Gewerbe muss verlässlich geprüft werden. Drittens: Es darf keine Sonderbefugnisse gegenüber Dritten, sondern nur Selbsthilferechte geben. Viertens: Das Führen von Schusswaffen ist nur bei unmittelbarer Notwendigkeit erlaubt.

Der Bundesrat hat auf Empfehlung seines Wirtschaftsausschusses Ende Mai den Vermittlungsausschuss wegen einer Detailfrage, die das Vorhaben wohl insgesamt nicht in Frage stellen dürfte, angefragt. Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist die Ausbildung der Beschäftigten in den privaten Sicherheitsdiensten Dreh- und Angelpunkt. Bei der überwiegenden Zahl der Beschäftigten kann von einer Ausbildung leider keine Rede sein. Wenn man einmal vergleicht, welche umfangreiche Ausbildung beispielsweise ein Bäcker durchläuft, dann müsste es doch eigentlich selbstverständlich sein, dass für Beschäftigte, die für die Sicherheit von Menschen und deren Vermögenswerten eingesetzt werden, der gleiche Anspruch formuliert wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wer den Umgang mit Menschen, insbesondere das Verhalten in Gefahrensituationen und Deeskalationstechniken in Konfliktsituationen, erlernen soll, braucht eine umfassende Ausbildung. Ich will nicht verschweigen, dass ich schon meine Zweifel habe, ob eine Erhöhung des Ansatzes der Unterrichtsstunden von 24 auf 32 Stunden, wie jetzt vorgesehen, wirklich ausreichen kann, wenn für die Vermittlung solcher Kompetenzen im Fachhochschulstudium ganze Semester vorgesehen sind. Ich sage aber auch ausdrücklich, es fordert hier niemand, dass nur noch Akademiker diese Tätigkeiten ausüben sollten.

Es ist aber auch im Interesse der Sicherheitsunternehmen selbst, wie wir auf einer Veranstaltung der SPD-Fraktion von einem Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen erleichtert vernehmen durften, dass die Qualität ihrer Mitarbeiter unbestreitbar ist. Die SPD-Fraktion hält in diesem Zusammenhang den Studiengang Sicherheitsmanager/Sicherheitsfachwirt der Verwaltungsfachhochschule in Kiel-Altenholz für ein nachahmenswertes Modell und bittet den Senat, seinen Beschluss vom 23. Mai 2000 nunmehr auch umzusetzen und zu prüfen, ob und wie auch in Bremen ein solcher externer Studiengang mit dem Ar-

(C)

(D)

- (A) beistitel Sicherheitsmanagement eingerichtet werden kann.

(Abg. K l e e n [SPD]: An der Hochschule für Öffentliche Verwaltung!)

So ist das! Dabei möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, uns geht es nicht um die Verhinderung oder gar den Abbau von Arbeitsplätzen, nein, es geht um besser qualifizierte und somit auch besser bezahlte Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss: Es ist uns wichtig, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht das Kriterium, wer der billigste Anbieter ist, im Mittelpunkt steht, sondern dass bestimmte Qualitätsmerkmale eingehalten werden. Wir begrüßen sehr, dass dies nach der Antwort des Senats offenbar in Bremen der Fall zu sein scheint. Im Übrigen gilt als generelle Feststellung: Zu einer Ökonomisierung der inneren Sicherheit darf es nicht kommen, Sicherheit darf nicht käuflich sein! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit wird dieses Thema seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten diskutiert, insbesondere auch unter dem Eindruck, dass auf der einen Seite das Monopol bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit bei der Polizei angesiedelt ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Branche, nämlich das Sicherheitsgewerbe, das hier zum Teil in Kooperation, aber auch zum großen Teil in Eigenverantwortung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit schlechthin tätig wird.

Dabei sind, wie gesagt, die Sichtweisen und Lösungsansätze teilweise unterschiedlich. Nur in einem Punkt ist man sich sicherlich einig, nämlich im Punkt des Artikels 33 Absatz 4 des Grundgesetzes. Darin ist die Abgrenzungsgrundlage zu sehen, die deutlich macht, dass die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe nur dem öffentlichen Dienst, hier also der Polizei, zusteht. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols müssen den staatlichen Behörden, hier insbesondere der Polizei, vorbehalten bleiben. Auch da, wo Private Aufgaben wahrnehmen, bleibt die Verantwortung des Staates für die Gefahrenabwehr bestehen. So

*) Vom Redner nicht überprüft.

- weit erst einmal zum Grundsatz, meine Damen und Herren! (C)

Nun zur Antwort des Senats auf die Große Anfrage! Die privaten Sicherheitsunternehmen befinden sich immer noch, die Kollegin Marken hat es gesagt, im wirtschaftlichen Aufwind, auch wenn die Konkurrenz unter den Unternehmen dieser Branche größer geworden ist. Bundesweit sind mehr Beschäftigte im Sicherheitsgewerbe zu unterstellen, als es Polizeivollzugsbeamte gibt. Bremen zeigt diese Situation fast spiegelbildlich. Gewerbe- und Bewachungsverordnung bilden den Rechtsrahmen für die Zulassung solcher Betriebe und die Seriosität der dort Beschäftigten. Dazu darf man, glaube ich, feststellen, dass diese Vorgaben noch konkreter und verbindlicher geregelt werden sollten, um einen möglichst hohen Qualitätsstandard zu erreichen, was Zulassung und Ausübung dieses Gewerbes anbelangt. Auch dies hat die Kollegin Marken bereits ausgeführt.

Auch wenn ein Widerruf der Zulassung in Bremen nur in einem Fall stattgefunden hat, so erscheint die Realität etwas anders, nicht zuletzt ist dies sicher eine Frage der Qualifikation der Beschäftigten dieses Gewerbes. Ich komme darauf noch kurz zu sprechen.

- Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch dem Umgang von Bewachungspersonal mit Schusswaffen zu. Da ist es erfreulich, dass mit der zu erwartenden Verabschiedung des neuen Waffenrechts konkrete Regelungen getroffen werden sollen, die weitestgehend den Missbrauch durch Sicherheitspersonal der Unternehmen ausschließen können. Damit wird also eine spezielle Regelung in das Waffenrecht Eingang finden, die für dieses Personal konkrete Vorgaben machen wird. (D)

Meine Damen und Herren, dass Sicherheitsunternehmen auch vom öffentlichen Dienst in Anspruch genommen werden, kann durchaus sinnvoll sein. Ein Beispiel: Das Areal der Bereitschaftspolizei wurde Jahrzehnte rund um die Uhr von Beamten des Polizeivollzugs bewacht. Also, die Polizei bewachte sich selbst, die elf bis 15 Polizeibeamten an der Unterkunftswache wurden durch ihre Bindung an die Unterkunftswache der Bereitschaftspolizei dem täglichen Einzeldienst entzogen. Dies war eine teure Regelung. Seit 1992 hat unsere Fraktion darum gerungen, dass hier eine Änderung eintritt. Erst dem jetzigen Innensenator ist es glücklicherweise, aber auch leider, was den zeitlichen Vollzug anbelangt, gelungen, anstelle der voll ausgebildeten Beamtinnen und Beamten der Polizei private Sicherheitskräfte einzusetzen, die die Unterkunft genauso gut bewachen wie die Polizeivollzugsbeamten, allerdings wesentlich kostengünstiger.

Meine Damen und Herren, mit Verlaub, die Darstellung des Senats, höhere Entlohnung der Sicherheitsbeschäftigten sichere einen höheren Qualitäts-

(A) standard, halte ich für abwegig, schon deswegen, weil ich bezweifle, dass beurteilt werden kann, welche Kräfte besser und welche schlechter sind. Preisgünstigere Unternehmen müssen nicht zwangsläufig schlechtere Qualität bieten.

Meine Damen und Herren, private Sicherheitsunternehmen sind privatrechtlich auf Gewinnerzielung arbeitende und ausgerichtete Unternehmen. Von daher ist mir zunächst nicht klar, warum die öffentliche Hand ein Interesse daran haben könnte, dass, wie in diesem Fall, eine gemeinsame Ausbildung mit öffentlichem Dienst, hier der Polizei, angestrebt wird. Das Qualifizierungsbedürfnis der Interessenten aus dem Sicherheitsgewerbe ist sicherlich gering, wie das Beispiel Schleswig-Holstein zeigt. Es sind 20 Teilnehmer in drei Jahren zu verzeichnen.

Die Masse der 2500 Beschäftigten dieser Branche in Bremen würde mit einer solchen Ausbildung sicherlich überqualifiziert. Die Gehaltsforderungen wären dann von den Unternehmen nicht zu bewältigen, und Jedermannsrechte zu vermitteln bedarf es meines Erachtens keines Studiums. Die Führungskräfte des Sicherheitsgewerbes können sich bei den heutigen Studienangeboten sicher zielorientierter weiterqualifizieren. Wer glaubt, meine Damen und Herren, dass die Hochschulen dadurch erhebliche Mehreinnahmen erzielen, geht, glaube ich, an der Realität vorbei. Für die CDU-Fraktion ist der Sinn zurzeit nicht erkennbar, für Sicherheitspersonal Hochschulausbildung vorzusehen. Dessen unbenommen kann der Senat ja weiterhin prüfen und unter Umständen an der Hochschule Bremen einen Studiengang einrichten lassen.

(B)

Es bleibt als Ergebnis aus der Antwort des Senats festzustellen, dass die Rechtsgrundlagen über Zulassung der Betriebe, Zuverlässigkeitsprüfungen der Beschäftigten und Prüfung der Qualitätsstandards aktuell auf Änderungs- oder Ergänzungsnotwendigkeit überprüft werden müssen, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung auch im privaten Sektor der bezahlten Sicherheit Rechnung tragen zu können. Überprüfungen sollten darüber hinaus auch in bestimmten Intervallen wiederholt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, der Aufgabenkatalog für private Sicherheitsdienste, nämlich Werkschutz, Personen-, Objektschutz, Wach-, Kontroll-, Schließdienste, Alarmzentralen, Begleitung von Geld- und Werttransporten, Begleitung von Schwertransporten, Einlass- und Zugangskontrollen, Nachtwachen, Ordnungsdienst bei Großveranstaltungen wie zum Beispiel Fußballspielen innerhalb der Stadien und so weiter, macht deutlich, wo die Grenzen zum polizeilichen Handeln, das sich an Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtsgrundlagen wie Polizeigesetz, Strafprozessordnung, Ordnungswidrigkeitengesetz und anderen Nebengesetzen orientiert, liegen. Auch der Katalog der Auftraggeber wie Industrie, Handel und Gewerbe, Banken, Versicherungen und Privatpersonen,

Fußballvereine, Flughäfen und so weiter verdeutlicht den privaten, internen Sicherheitscharakter dieser Unternehmen.

(C)

Dabei muss es und gibt es durchaus Kooperationen zwischen Polizei und Sicherheitsunternehmen, zum Beispiel während Bundesligafußballspielen. Die Polizei muss immer dann eingreifen, wenn ein Rechtsanspruch auf polizeiliches Einschreiten besteht. Meine Damen und Herren, die derzeitige Kriminalitätsbelastung fordert die Polizei nach wie vor stark heraus. Neben der Notwendigkeit, eine personell und materiell adäquat ausgestattete Polizei vorzuhalten, können private Sicherheitsunternehmen Polizei nicht ersetzen, allenfalls quantitative Belastungen der Polizei mindern. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass die Sicherheit von Leib und Leben und Eigentum eine Frage des Geldbeutels wird.

Meine Damen und Herren, eine ganz andere Frage ist, wie man öffentlich-rechtliche Aufgabenbelastungen der Polizei mildert. Ohne an dieser Stelle tiefer in diese Frage einsteigen zu wollen, ist doch die Antwort zu finden, ob freiwillige Sicherheitswachtern, die bei Anstellung und Bezahlung im öffentlichen Dienst bestimmte Aufgaben im polizeilichen Bereich erfüllen dürfen, auch eingerichtet werden sollten. Eine Reihe von anderen Bundesländern hat damit gute Erfahrungen gemacht. Das „Hamburger Abendblatt“ berichtete im Mai 2002, dass die Hamburger Sozialdemokraten einen Ordnungsdienst fordern, der die Zusammenfassung aller Ordnungsdienste in Hamburg zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten zum Ziel hat. Auch darüber sollte man einmal nachdenken.

(D)

Ferner muss meines Erachtens gerade auch unter dem Eindruck des 11. September darauf hingewirkt werden, dass Bundeswehr in Katastrophenfällen und Spezialisten und Spezialgerät herangezogen werden können. Private Sicherheitsunternehmen werden jedenfalls über die nach BGB, StGB und Strafprozessordnung vorgesehenen Not- und Jedermannsrechte nicht hinauskommen, sonst wäre das sicherlich verfassungswidrig. Auch deshalb sollte über eine der oben genannten Möglichkeiten nachgedacht werden.

Die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist im Grundsatz eine staatliche Aufgabe. Der Staat kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen, wenn er seine Verpflichtung zur Sicherung des inneren Friedens und zum Schutz seiner Bürger zur Verwirklichung der Grundrechte nicht vernachlässigen und damit seine Legitimation in Frage stellen will. Nicht jede Maßnahme der Gefahrenabwehr dient der Sicherung des inneren Friedens und dem notwendigen grundrechtlich gewährleisteten Schutz der Bürger. Wenn Maßnahmen zur Gefahrenabwehr aufgrund eines vorwiegend privaten Interesses am Schutz eigener Rechte erforderlich erscheinen, kann das Interesse des Gemeinwohls so weit zurücktreten, dass dem Inhaber des priva-

(A) ten Rechts die Wahrnehmung der Gefahrenabwehr selbst zuzumuten ist.

Soweit private Wachdienste im ausschließlich privaten Rechtskreis, etwa zum Schutz des umfriedeten Besitztums oder der Geschäftsräume, eingesetzt werden, sind sie als sinnvolle Ergänzung staatlicher Maßnahmen im öffentlichen Bereich anzusehen. Andererseits müssen die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols im öffentlichen Bereich den staatlichen Behörden, insbesondere den hierfür besonders ausgebildeten legitimierten Polizeibeamten, vorbehalten bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorrednerinnen und Vorredner haben schon sehr ausführlich zu diesem Themenkomplex Stellung genommen, und da ich Sie nicht langweilen möchte, möchte ich nur einige wenige Punkte hinzufügen und mich kurz fassen.

(B) Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die beiden Fraktionen SPD und CDU loben und mich für diese Große Anfrage bedanken, weil ich glaube, dass sie doch, und das machen die Fragen deutlich, eine ganze Menge Fachwissen und auch Herzblut in diese Anfrage gesteckt haben. Was sehr schade ist, man hat immer den Eindruck, je mehr Fachwissen und Herzblut in so eine Anfrage gesteckt wird, desto sparsamer fällt die Antwort des Senats aus. Auch hier ist das wieder der Fall. Die meisten Antworten, so deutlich muss man das, glaube ich, sagen, sind eigentlich nur als lapidar und doch sehr sparsam zu bezeichnen. Das ist schade, ich werde darauf im Einzelnen noch zurückkommen.

Ich glaube, auch hierin haben wir einen absoluten Konsens, dass es an so einer Stelle weder darum geht, die privaten Sicherheitsdienste als etwas ganz Schreckliches zu verteufeln, noch ihnen sozusagen von vornherein die Absolution zu erteilen, dass alles, was sie machen, okay ist, sondern dass man an bestimmten Schwachpunkten und bestimmten Fragen genau hinsieht und dies hier diskutiert. Wie gesagt, die Anfrage enthält dazu im Grunde genommen mehr Informationen als die Antwort, auch das muss man, glaube ich, bedauern.

Es ist von meinen Vorrednern auch gesagt worden, dass wir allein in Bremen zirka 3000 Beschäftigte in diesem Gewerbe haben, und wenn wir trotz der bestehenden Zielzahlen beim Senator für Inneres mit einer weiter schrumpfenden Beamtschaft bei der Polizei rechnen, sind wir ja jetzt schon etwa

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) pari und dürften demnächst einen leichten Überhang bei den privaten Sicherheitskräften haben gegenüber den staatlichen Polizeibeamten.

Nun muss man sich den Unterschied, einiges ist ja schon gesagt worden, ich muss das nicht wiederholen, in puncto Aufgabenstellung deutlich machen. Aber die Frage ist, ob die unterschiedliche Aufgabenstellung, die der Kollege Herderhorst und die Kollegin Marken angesprochen haben, wirklich diesen großen Unterschied in der Ausbildung rechtfertigt. Meine Antwort für meine Fraktion wäre, ich glaube nicht. Natürlich haben wir unterschiedliche Aufgaben auf beiden Seiten, private Sicherheitsdienste und Polizei, aber wenn man nun davon ausgeht, dass wir auf der einen Seite die Anforderung der Fachhochschulreife plus in Zukunft bei der zweigeteilten Laufbahn, die wir ja auch alle gewollt haben, ein Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung haben, und auf der anderen Seite ein Tag ein Schnellkurs sozusagen in der Ausbildung ausreicht, dann muss man ganz deutlich sagen, und ich glaube, das ist auch der zentrale Punkt, dass die unterschiedliche Aufgabenstellung diese krassen Unterschiede bei der Ausbildung nicht rechtfertigt. Hier muss bei der Ausbildung der im privaten Sicherheitsgewerbe Beschäftigten deutlich nachgebessert werden.

(D) Es ist schon etwas gesagt worden zu den verschiedenen Einsatzorten der privaten Sicherheitskräfte, dass ja selbst die Polizei heute dazu gehört, nicht nur bei der Bereitschaftspolizei in Huckelriede, sondern auch das Polizeipräsidium in der Vahr wird von einem privaten Sicherheitsdienst bewacht. Dies, glaube ich, wird in Zukunft mehr zur Normalität gehören und gehört ja auch eher zu den Bereichen, die unproblematisch sind.

In der Frage sind allerdings doch mehrere Problembereiche angeschnitten, bei denen ich mir gewünscht hätte – Staatsrat Färber wird nachher dazu reden, ich bin mir nicht ganz sicher, ob er darauf eingehen wird –, dass wir hier eine bessere und ausführlichere Antwort des Senats bekommen hätten. Der erste Punkt war ja, dass zwischen Polizei und privatem Sicherheitsgewerbe immer im Verhältnis austariert werden muss, dass man prüft, welche Aufgaben, welche Rechte, welche Möglichkeiten hat der eine und welche der andere, und die Frage impliziert meines Erachtens zu Recht, dass es hier immer noch nicht unerhebliche Meinungs- und Interessenunterschiede gibt.

Wenn man die Antwort liest, sofern da überhaupt etwas zu den einzelnen Fragen steht, dann hat man den Eindruck, das gibt es alles nicht, diese Probleme sind irgendwie von den Fragestellern herbeigeredet. Wenn man aber dann wieder auf Versammlungen der Polizei, der GdP und anderer Organisationen ist, dann wird deutlich, dass es da schon ein Thema gibt, das immer wieder angesprochen wird.

(A) Insofern, finde ich, macht der Senat es sich etwas einfach, wenn er das insgesamt pauschal dementiert.

Ich hatte schon gesagt, die Ausbildungsfrage ist natürlich ein großes Problem. Man darf nicht vergessen, es wurde auch von meinen Vorrednern angesprochen, immerhin haben wir es hier teilweise mit waffentragenden Sicherheitskräften zu tun, die doch ein gewisses Eingriffsrecht haben, und man kann fast gar nichts, heutzutage schon gar nicht in Deutschland, machen, indem man nur 24 Stunden oder einen Tag daraufhin ausgebildet wird. Kann es wirklich sein, dass wir in dem sensiblen Bereich, gerade bei denen, die nun auch Waffen tragen und hier in bestimmten Situationen eingreifen, so eine Schmalspurausbildung haben? Ich würde sagen, hier muss man zu deutlichen Verbesserungen kommen.

Der dritte Punkt, der hier eine Rolle spielt, ist die Vergabep Praxis der öffentlichen Hand. Auch hier ist interessant, dass im Grunde genommen die Fragesteller Probleme ansprechen, die dann in der Antwort des Senats gar nicht mehr auftauchen. Nun kann man sich fragen, ob sich die Fragesteller das denn nun so vollständig aus den Fingern gesogen und ausgedacht haben, oder ob der Senat sich schlichtweg geweigert hat, auf die berechtigten Fragen der Großen Anfrage einzugehen. Hier wäre schon noch einmal interessant, und vielleicht müssen wir das dann an anderer Stelle, in der Innendeputation oder wo auch immer, vielleicht auch noch einmal durch eine andere Form hier in diesem Hause, ansprechen, wie der Senat sich zu diesen Punkten verhält.

(B)

Ich glaube, wenn wir jetzt einmal auf einzelne Punkte in dieser Anfrage eingehen, dass die Antwort des Senats sicherlich sehr unzufriedenstellend ist in den Punkten, welche Standards, welche Kriterien eigentlich angelegt werden. Hier wird zwar pauschal gesagt, es gibt Handbücher, und danach richten wir uns, wenn dann aber von den Fragestellern konkret nachgefragt wird, dann kommt im Prinzip die Auskunft, alles keine Probleme, alles ist in Ordnung. Irgendwie muss das mit dem Ressort Wirtschaft und Häfen, glaube ich, zu tun haben, dass man so eine Art Standardantwort schon hat: Alles keine Probleme, alles ist in Ordnung.

Ich glaube, wenn wir hier federführend den Senator für Inneres gehabt hätten, hätte man sich doch etwas qualifizierter mit diesen Punkten auseinandersetzen können. Deswegen ist das an dieser Stelle wirklich schwer, sich mit der Antwort auseinander zu setzen, auch wenn bei den Ausschreibungen zum Beispiel gesagt wird, ganz überwiegend wird auf Ausschreibungen zurückgegriffen, und es wird nur auf diese Frage billigster Anbieter oder qualitativstes Angebot eingegangen. Es wird in der Antwort letztendlich nicht deutlich, nach welchen Kriterien der Senat beziehungsweise die dafür zuständigen Gesellschaften, vor allen Dingen die FMB, die Facility Management Bremen, nun diese Auf-

träge vergeben. Auch da hätte man sich gewünscht, dass die Fragesteller hier eine entsprechende Antwort erhalten.

(C)

(Abg. Kleen [SPD]: So ist es!)

Wenn wir vielleicht noch einen Punkt ansprechen können, weil es hier offensichtlich doch größere Meinungsverschiedenheiten gibt, dann ist das die Frage der Ausbildung an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass der Senat uns in dieser Frage damit zufrieden stellen will, dass er sagt, wir haben einen Beschluss gefasst, dass wir so etwas im Prinzip machen wollen. Es scheint irgendwie doch gang und gäbe zu sein, dass man solche Beschlüsse fasst und dann über Jahrzehnte nie wieder etwas davon hört.

Hier hätte ich mir auch gewünscht, und wir haben ja gestern bei der Debatte um die Laufbahn auch gelernt, dass klare Worte zur rechten Zeit immer hilfreich sind, um zukünftige Schwierigkeiten zu vermeiden, dass man rechtzeitig sagt, man will das nicht, und man bläst das ab, oder man möchte das, und dann bereitet man es auch konkret vor. Der Hinweis, wir haben es zwar beschlossen, wir machen es aber nicht, hat mich doch an gestern erinnert. Ich finde, hier ist diesem Thema ein Bärendienst erwiesen worden. Ich möchte gern vom Senat wissen, ob dieser Beschluss denn auch umgesetzt wird, ob daran gedacht wird, ihn umzusetzen, oder ob man ihn in der Zwischenzeit verworfen hat.

(D)

Zur Änderung des Waffenrechts kann ich mich Herrn Herderhorst voll und ganz anschließen. Ich glaube, dass wir durch das Vermittlungsverfahren im Bundesrat/Bundestag da zu einer guten Lösung kommen werden, die von einer übergroßen Mehrheit im Bundestag und auch einer Mehrheit der Länder mitgetragen wird. Ich hatte es eingangs gesagt, es kann eigentlich nicht sein, dass man auf Schützenvereine und alle möglichen Leute schaut, aber dass man auf Leute, die im Dienst eine Waffe tragen, die sie eventuell benutzen könnten, nicht schaut. Nein, es ist vollkommen richtig und muss auch überlegt werden, ob im Vermittlungsverfahren vielleicht hier noch etwas nachzubessern ist, dass in das Waffenrecht jetzt auch ein solcher Passus aufgenommen wird. Wenn das im breiten Konsens aller auf der Bundesebene kommt, dann ist es umso besser.

Abschließend kann man vielleicht nicht viel mehr sagen als: Vorhang zu und viele Fragen offen! Die Anfrage war sehr berechtigt, die Diskussion ist qualitativ, es gibt sowohl in der Bevölkerung als auch vor allem bei der Polizei genug Fragen, die hier gestellt werden, genug Bedenken auch. Ich glaube, wir tun gerade dem privaten Sicherheitsgewerbe einen außerordentlichen Gefallen, wenn wir diese Fragen zügig beantworten, wenn wir sie nicht einfach negieren, sondern wenn wir die Problembereiche, die

(A) wir drei jetzt hier skizziert haben für unsere Fraktionen, auch tatsächlich angehen.

Eine weitergehende Privatisierung von Sicherheit, meine Damen und Herren, kann es nach meiner Auffassung nur sehr schwer geben. Sicherheit ist etwas anderes als Post, Bahn oder Strom, wo man vielleicht sagen kann, das kann der Staat zur Verfügung stellen, das können aber auch Private zur Verfügung stellen. Wir haben nicht umsonst das staatliche Gewaltmonopol sehr klar verankert. Ich glaube, dass man auch nicht Ecken aus diesem Gewaltmonopol herausbrechen sollte, um sie Privaten zu übertragen, dafür sind Leib, Leben und Gesundheit der Bevölkerung viel zu wichtig, um hier von diesem Grundsatz, der sich sehr bewährt hat in dieser Republik, abzuweichen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Herr Staatsrat Dr. Färber, Sie haben das Wort!

(B) **Staatsrat Dr. Färber:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Private Sicherheitsdienste stehen hier im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dabei hat sich das Augenmerk von den negativen Aspekten wie dem Begriff schwarzer Sheriff, die damit verbunden waren, denke ich, verlagert auf den Aspekt eines insgesamt gewachsenen Sicherheitsbedürfnisses, woraus sich wiederum ein deutlich wachsender Markt ergeben hat. Ich denke, das war der Hauptgrund für die Antwort, die Ihnen hier weder der Senator für Wirtschaft noch der Senator für Inneres gegeben hat, sondern der Senat, die aber federführend vom Senator für Wirtschaft erarbeitet wurde, weshalb ich auch hier heute stehe.

Ich betone noch einmal, dass konkrete Fragen gestellt wurden, die auch konkret und sachlich beantwortet wurden. Um das vorzuschicken: Missstände, denke ich, sind ganz deutlich hier nicht festzustellen. Das Gewaltmonopol des Staates ist nach wie vor außerhalb jeder Diskussion, dennoch sind Sicherheitsdienste oder, wie es gewerberechtlich heißt, das Bewachungsgewerbe wichtig und interessant genug, um sich auch in diesem Hause damit zu beschäftigen.

Vorweg möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass zeitgleich im Bund ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung, nämlich das Gesetz zur Änderung des Bewachungsgewerberechts, diskutiert wird. Dieser Gesetzesentwurf erhöht die Anforderungen für die Ausübung dieses Gewerbes in Teilbereichen, fordert für die Ausübung im öffentlich zugänglichen Bereich eine Sachkundeprüfung von den Wachleuten und Gewerbetreibenden und setzt die Stundenzahl der Unterrichtsnachweise für diesen Personenkreis herauf. Außerdem sollen den zuständigen Behörden größere Informationsrechte

eingeräumt und die datenschutz- und waffenrechtlichen Bestimmungen ausgeweitet werden.

(C)

Dieser Entwurf wird in einigen wenigen Aspekten, wie ich das sehe, kontrovers diskutiert und ist deshalb an den Vermittlungsausschuss überwiesen worden, dessen Beratungsergebnis von heute nun noch nicht in unsere Antwort eingearbeitet werden kann und mir auch nicht bekannt ist.

Ich möchte Ihnen die wesentlichen Antworten hier nicht noch einmal vortragen. Ich denke, es ist von den Rednern hinreichend gewürdigt worden, welche wirtschaftliche Bedeutung, welche Dimension das private Bewachungsgewerbe hier inzwischen erreicht hat. Auch die Pikanterie für mich, dass die Polizei ihre Liegenschaften ebenfalls privat bewachen lässt, ist hier angesprochen worden.

(Abg. K l e e n [SPD]: Was ist daran pikant? – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch nicht pikant!)

Hier wurde aber auch deutlich darauf abgestellt, dass eben doch Qualifikationsunterschiede gegeben sind bei den eigentlichen polizeilichen Aufgaben und der Bewachung von Objekten, wobei ich Ihnen gern eingestehe, dass der Widerspruch zwischen einer begrenzten Stundenzahl einer Ausbildung für private Wachleute und im Gegensatz dazu einer Hochschulausbildung sicherlich ein großer ist. Aber Sie sehen, dass sich der Gesetzesentwurf der Bundesregierung in die Richtung bewegt, hier die Anforderungen zu erhöhen.

(D)

Ich darf noch einmal zurückkommen auf Ihre Frage bezüglich des Studiengangs! Ich kann da ganz simpel nur auf die Antwort zu Frage 14 verweisen, da ist Ihnen die Antwort gegeben.

Wenn ich zusammenfasse, betone ich noch einmal, dass besondere Probleme hier für uns nicht ersichtlich sind, aber dennoch sollte man das im Weiteren verfolgen. – In diesem Sinne bedanke ich mich!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1160, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Prävention und Gesundheitsförderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD
und der CDU
vom 25. April 2002
(Drucksache 15/1124)

D a z u

(A) **Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002**

(Drucksache 15/1173)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Frau Senatorin, möchten Sie die Antwort wiederholen?

(Senatorin R ö p k e : Ich verzichte darauf!)

Sie verzichten darauf, vielen Dank!

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gesundheitliche Prävention und Gesundheitsförderung sind, wie wir alle wissen, zwei grundlegende Säulen unseres Gesundheitswesens. Wenn wir uns das einmal bildlich vorstellen, dass unser Gesundheitswesen eine sichere und sich ständig verbessernde und auch bezahlbare Schutzbedachung für uns alle ist, dann sind Prävention und Gesundheitsförderung zwei grundlegende Säulen, die dieses Dach, das Gesundheitswesen heißt, tragen und auch stützen. Wir wissen aber auch, dass ein Dach nur so tragfähig ist wie seine schwächste Säule. Unsere Schutzbedachung und ihre Säulen müssen gewartet, gepflegt, verbessert und manchmal auch erneuert werden. Das ist gut so!

Doch wenn wir bei unserem Bild bleiben, dann dürfen die politisch Verantwortlichen zwei Fehler nicht machen. Erstens, sie dürfen als Architekten oder als Projektleiter dieser unserer Schutzbedachung Gesundheitswesen sich nicht aus der Verantwortung stehlen, sich nicht als zuschauendes Publikum begreifen. Zweitens, die politisch Verantwortlichen müssen sich als kompetente Architekten erweisen, die nicht auf widersprüchliche Baupläne hereinfließen, die kaum zur Stabilisierung von tragenden Säulen beitragen. Für beide Fehlerquellen finden wir vom Bündnis 90/Die Grünen leider zahlreiche Hinweise, und das ist wahrlich von uns sehr konstruktiv gemeint, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Was?)

Ja, warten Sie einmal ab!

Die grüne Fraktion hat schon immer die Prävention und Gesundheitsförderung als eine ganz wichtige Säule in der Gesundheitspolitik angesehen,

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Wir auch!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

nicht nur verbal, sondern auch durch konkrete gesundheitspolitische Handlungsvorschläge. Wir haben Ihnen hier in den letzten Monaten und Jahren eine Reihe von Anträgen vorgelegt, die genau das zum Ziel hatten, nämlich die Verbesserung der Prävention und der Gesundheitsförderung der Bürgerinnen und Bürger im Lande Bremen, von Fachkreisen überwiegend unterstützt und gelobt, von Ihnen überwiegend abgelehnt.

Doch konkret zur Großen Anfrage! Schon die erste Frage an den Senat löst Verwunderung aus. Gefragt wird: Welche Bedeutung misst der Senat der Prävention und der Gesundheitsförderung zu? Ich denke, Aufgabe des Parlamentes ist es, durch Beschlüsse und durch Handeln Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Sie von der großen Koalition müssen hier aktiv sein: Punkte setzen, Richtungen angeben, Baupläne für tragfähige Säulen entwerfen! Es genügt eben nicht, sich in die Rolle des zuschauenden Publikums des Akteurs Senat zu begeben. Architekten sollten nicht zuschauen!

Oder kommen wir zum Projekt Mammographie-Screening! Hier wird unkritisch verschwiegen, welche Kontroversen es bei dem Projekt gibt, Kontroversen, die dazu führten, das haben wir ja heute Morgen gehört, dass das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin gerade aus diesem Projekt ausgestiegen ist. In der Senatsmitteilung gibt es leider keine geschlechtsspezifische Darstellung und Bewertung. Das Konzept des Gender Mainstreaming unter Einbeziehung von Lebenswelt und Lebensphase von Männern und Frauen ist ein wesentlicher Grundgedanke bei Prävention und Gesundheitsförderung. Dieser Aspekt fehlt hier leider völlig.

Natürlich darf Prävention sich nicht auf einzelne Projekte beschränken, meine Damen und Herren. Die Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland, das ist Prävention mit Nachhaltigkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gesundheit und Umwelt, diesen Schwerpunkt haben wir in der grünen Fraktion gerade in der letzten Zeit intensiv bearbeitet. In der Senatsantwort wird hierzu nur auf verschiedene Informationsmaterialien, Beratungsangebote, Fortbildungen und am Rande an die Überwachung von Trink- und Badewasser verwiesen. Hier wird völlig ausgeblendet, dass es eine wichtige Aufgabe ist, die Bevölkerung vor schädlichen Umwelteinflüssen aktiv zu schützen. Wo sind denn hier die kompetenten Architekten der Schutzbedachung Gesundheitswesen?

Nehmen wir zum Beispiel die Lärmbelastung! Sie gilt als eine der größten Umweltbelastungen, vor der sich jeder Einzelne nur schwer schützen kann. Also ist es Aufgabe von Politik, dafür zu sorgen, dass der Lärm vermindert wird. Punkt! Wir haben Ihnen hier

(C)

(D)

(A) im Sommer des letzten Jahres einen Antrag vorgelegt mit dem Ziel der Erstellung von Lärmminde-
rungsplänen. Was haben Sie gemacht? Abgelehnt!
Sie haben zudem dafür gesorgt, dass auch noch ein
Großmarkt mit seinem Geräuschpegel in der Nähe
von Wohngebieten angesiedelt wird.

Hier wurden Bedenken und Ängste von Bürgerin-
nen und Bürgern einfach negiert, die Widersprüch-
lichkeit in sich. Die große Koalition will die Bevöl-
kerung motivieren und aktivieren, sich an Präventi-
on im Gesundheitsbereich zu beteiligen. Doch was
passiert wirklich, wenn sie das tut? Ängste und Be-
denken werden nicht ernst genommen, eine sehr
brüchige Säule in dieser Schutzbedachung Gesund-
heitswesens.

Oder nur ein weiteres Beispiel: der Umgang mit
Menschen, die sich um ihre Gesundheit sorgen bei
der Aufstellung von Mobilsendeanlagen! Hier hät-
ten Sie ein Zeichen setzen können, um sich für den
vorsorgenden Gesundheitsschutz einzusetzen. Doch
präventives Handeln war hier eine Nullnummer. Der
Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Pro-
blembereich wurde mit Ihrer zahlenmäßigen Mehr-
heit abgelehnt. Ich denke, Sie erinnern sich daran.

Wenn Sie wirklich wollen, dass Bürgerinnen und
Bürger aktiv an Prävention und Gesundheitsförde-
rung teilnehmen, dann müssen Sie auch dafür sor-
gen, dass die Beteiligung und auch die Mitbestim-
mung gestärkt werden. Die Bewohner ernst nehmen,
kompetent sein, informieren, zukunftsorientiert han-
deln und sicher und durchschaubar entscheiden, das
sind die Eigenschaften, die gute Architekten brau-
chen und auszeichnen.

(B) Schauen wir uns noch einmal die betriebliche Ge-
sundheitsförderung an, meine Damen und Herren!
Hier haben viele Betriebe und Firmen angefangen,
Konzepte zu erarbeiten und auch umzusetzen. Ich
denke, eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit und der
Rückgang von Krankheitsquoten sind gute Indika-
toren für erfolgreiche Projekte. Doch was ist mit dem
öffentlichen Dienst? Wo nimmt er seine Vorreiter-
rolle wahr? 1998 wurde vom Senat ein Rahmenkon-
zept zur Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst
im Zuge der strategischen Personalentwicklung be-
schlossen. Dienstvereinbarungen sind dafür nicht ab-
geschlossen worden.

Nur zur Erinnerung: Fragestunde im Dezember
2001! Wir vom Bündnis 90/Die Grünen haben ge-
fragt, wie die Gesundheitsförderung in den Dienst-
stellen und Betrieben im bremischen öffentlichen
Dienst verankert ist. Herr Bürgermeister Perschau
hat darauf geantwortet, ich zitiere mit Erlaubnis des
Präsidenten: „Dieses Rahmenkonzept kann von in-
teressierten Dienststellen und Betrieben als Hand-
lungshilfe genutzt werden, um Maßnahmen und
Vorhaben zur Gesundheitsförderung auf der betrieb-
lichen oder behördlichen Ebene zu initiieren.“

Hier wird ganz deutlich, welchen Stellenwert die
betriebliche Gesundheitsförderung für den Senat

hat, besonders unter dem Gesichtspunkt, dass es
sonst in diesem Bereich von Leistungsvereinbarun-
gen, Controllingberichten, Leistungszielen und so
weiter nur so wimmelt. Bei der Gesundheitsförde-
rung aber steht bei Interesse Handlungshilfe im Vor-
dergrund. Ich nenne das Gesundheitsförderung im
öffentlichen Dienst auf Laissez-faire-Basis.

Dann probierte die große Koalition in ihrer Anfra-
ge, Senatsantworten zu erhalten, die positive und
zukunftsweisende Tendenzen beinhalten, so zum
Beispiel bei der Frage nach der Bewertung der Prä-
vention und Gesundheitsförderung von Kindern und
Jugendlichen. Ich sage nur, vielen Dank, da liegen
wir ja gar nicht weit auseinander. Ich kann Ihnen
die Mitteilung des Senats auf die Große Anfrage mit
dem Titel „Gesundheit von Kindern und Jugendli-
chen, Entwicklung, Bewertung und Prävention“ sehr
empfehlen. Das war die Große Anfrage vom Juni
2001, gestellt von uns. Unter anderem wird deut-
lich, dass Kinder und Jugendliche im Land Bremen
deutliches Übergewicht aufweisen. Als Konsequenz
plant der Senat jetzt eine Gesundheitsoffensive an
Bremer Schulen. Das finden wir auch gut. Ich den-
ke, das ist ein Ergebnis unseres gemeinsamen An-
trages mit dem Titel „Gesundheit von Kindern und
Jugendlichen, Ernährung und Bewegung“.

Es geht doch in Teilbereichen manchmal auch ge-
meinsam voran. Diese Unterstützung allerdings wäre
auch wichtig gewesen bei unserem Antrag „Kinder
und Jugendliche schützen, gesundheitliche Umwelt-
belastung beseitigen“, gerade auch unter dem As-
pekt, dass es eine starke Zunahme an Allergien und
Asthmaerkrankungen gibt, meine Damen und Her-
ren!

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch eine per-
sönliche Anmerkung! In meinem Berufsleben vor
dem Eintritt in die Bürgerschaft war ich viele Jahre
im Gesundheitsbereich in Bremerhaven tätig. Umso
überraschter bin ich über die Aussage zur Präventi-
on und Gesundheitsförderung in Bremerhaven. Hier
wird geschrieben, dass im Sinne der aufsuchenden
Sozialarbeit telefonische Beratung für Aids und se-
xuell übertragbare Erkrankungen angeboten wird.
Weiterhin wird festgehalten, dass das Gesundheits-
amt Bremerhaven ältere Personen berät und Teil-
nahme am Leben in der Gemeinschaft anbietet. Der
Altenhilfeplan jedoch ist immer noch nicht fortge-
schrieben worden. So ist es in der praktischen Prü-
fung eigentlich Punkt für Punkt diskussionswürdig,
was in der Antwort steht. Ich glaube, dass der neue
Stadtrat Rosche in Bremerhaven hier noch viel Ar-
beit hat.

Meine Damen und Herren, gesundheitliche Prä-
vention und Gesundheitsförderung als zwei schwä-
chelnde, aber tragende Säulen des Gesundheitssys-
tems in unserem Bundesland! Deshalb rufe ich Sie
hier über die Parteigrenzen hinweg zu kompetenter
und fortschrittlicher Weichenstellung im Sinne aller

(C)

(D)

- (A) Bürgerinnen und Bürger in diesem Bundesland auf!
– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hoch, ich war erst ganz erstaunt, weil ich dachte, vielleicht haben Sie die falsche Antwort des Senats vorliegen, aber ich werde natürlich gern für die Koalition Ihnen noch einmal erklären, was an positiven Elementen darin steckt und wie gut diese Koalition, natürlich mit Beteiligung des Ressorts, die Prävention und die Gesundheitsförderung in Bremen und Bremerhaven entwickelt hat. Wenn Sie zuhören, werden Sie davon auch eine ganze Menge lernen können.

- (B) Meine Damen und Herren, wir haben auch den Senat gefragt, was er von Prävention hält, und er teilt uns in seiner Antwort dankenswerterweise mit, wie wichtig die Prävention zur Vermeidung von Krankheiten ist, und verweist selbstverständlich auch darauf, dass das Bundesministerium für Gesundheit, da war einmal Frau Fischer für kurze Zeit Gesundheitsministerin, Vorschläge für eine Organisationsstruktur entwickelt, die sich der finanziellen Problematik widmen wird, die sie dann selbstverständlich auch unterbreiten wird. Das begrüßen wir als CDU-Fraktion, denn die Antwort des Senats macht auch deutlich, dass lediglich zwischen 0,02 und 0,11 Prozent der Gesamtleistungen der Mittel der gesetzlichen Krankenversicherung für Prävention ausgegeben werden. Das ist der Null angenehmer, meine Damen und Herren!

Das bemängeln dann auch die Spitzenverbände der Krankenkassen in ihrer Presseerklärung vom 27. Mai 2002, also vor wenigen Tagen. Die Mittel für Prävention können von den Kassen nicht aufgebracht werden, weil auch nach erneuter Erhöhung der Krankenkassenbeiträge auf rund 14 Prozent zum Januar dieses Jahres eine weitere Erhöhung der Beiträge noch in diesem Jahr vorgenommen werden muss. Das Defizit in den gesetzlichen Krankenkassen steigt weiterhin rasant an, meine Damen und Herren. Die gesetzlichen Krankenkassen sind ohne erneute Beitragserhöhung nicht mehr handlungsfähig. Das ist auch nachzulesen in der Presseerklärung der Spitzenverbände der Krankenkassen vom 27. des letzten Monats, Frau Hoch!

Die Kassen machen darum noch einmal deutlich, Prävention ist die Förderung der gesundheitlichen Eigenverantwortung im Sinne der gesundheitlichen Kompetenz. Der einzelne Versicherte muss befähigt werden, mehr Selbstbestimmung über seine Gesundheit zu erlangen. Meine Damen und Herren,

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (C) ohne spitz zu werden, merke ich noch einmal an, dass mehr Selbstbestimmung für die Patienten genau das Gegenteil ist von mehr Bürokratismus. Ich denke, darum wird es am 22. September auch gehen.

(Beifall bei der CDU)

Damit der Versicherte mehr Selbstbestimmung übernehmen kann, gibt es eine Fülle von hervorragenden Angeboten in Bremen und Bremerhaven. Herausheben möchte ich hier ganz besonders die Sportvereine in unseren beiden Städten, die hervorragende Angebote entwickelt haben, die von den Menschen aller Altersgruppen gut und umfangreich angenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion setzt auch deutlich auf die Sportvereine und wünscht sich, dass diese Aktivitäten sich weiter so positiv wie bislang in unseren zwei Städten entwickeln werden. Breitensport im Verein ist nicht nur gesund, meine Damen und Herren, er fördert das Miteinander und die soziale Kompetenz. Die CDU-Fraktion dankt allen Sportvereinen mit ihren Hunderten von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich dem Sport und dem Menschen verschrieben haben. Jeder darf teilnehmen, entrichtet einen Obolus und sorgt so mit vielen Gleichgesinnten für eine sinnvolle Bewegung und für ein gesundes Leben.

Allerdings, meine Damen und Herren, und das habe ich in diesem Haus bereits mehrfach vorgetragen zum Thema Gesundheit, auch bei Kindern und Jugendlichen muss sich schon jeder Einzelne gegen das bequeme Sofa und für Bewegung im Sportverein persönlich entscheiden. Da kann Politik nur appellieren und hoffen, dass diese Appelle gehört und angenommen werden. Wenn aber jemand auf dem Sofa sitzen bleibt, dann bleibt er halt da sitzen. Das kann man dann auch nicht richtig ändern.

Die Antwort des Senats verweist auch auf das Aktionsbündnis „Alkohol, Verantwortung setzt Grenzen“, das auf Initiative der CDU am 24. Februar 2000 in diesem Haus auf den Weg gebracht wurde. So viel zu Ihrer Aussage Frau Hoch, das Parlament würde nichts tun, das ist falsch! Das steht übrigens auch in der Antwort des Senats, also noch einmal auf Seite drei gut nachlesen! Auch für die Selbsthilfeförderung verweist der Senat auf die Große Anfrage der CDU vom 18. Mai 2000, Selbsthilfe im Gesundheitswesen, so dass hier in Bremen und Bremerhaven Positives auf den Weg gebracht werden konnte, das sich wirklich sehen lassen kann. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Beteiligten, die daran mitgewirkt haben.

Meine Damen und Herren, der Senat verweist auch auf das Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin, das in Bremen beheimatet ist und zudem

(A) international renommierten Sachverständigen hier am Standort bündelt. Die CDU-Fraktion bedauert in diesem Zusammenhang die Differenzen im Beirat des Bremer Brustkrebs-Screenings. Dort hat man sich zur Antragstellung, also bei der Einwerbung von fünf Millionen Euro, gern des BIPS bedient und es dann hinausgedrängt. Dieser Vorgang wird das Vertrauen der Frauen in das Brustkrebs-Screening leider nicht stärken, er ist kontraproduktiv für das Projekt. Ich denke, da haben wir heute Morgen in der Fragestunde auch schon einiges gehört.

Meine Damen und Herren, Sie finden in der Antwort des Senats noch eine Fülle von gut laufenden Präventionsmaßnahmen. Ich bitte, Frau Hoch, dass Sie es wirklich noch einmal nachlesen. Für die CDU-Fraktion bedanke ich mich bei allen Beteiligten für ihr Engagement und für die stetige Bereitschaft, im Bereich Gesundheit differenzierte Angebote zu entwickeln und vorzuhalten.

Selbsthilfegruppen, Institute, Arbeitsgemeinschaften und öffentliche Einrichtungen arbeiten vernetzt, zielorientiert und mit einer vielfältigen Palette. Dabei muss besondere Aufmerksamkeit den Kindern und Jugendlichen gewidmet werden. Hier gibt es eine besondere Verantwortung der Eltern und der Schulen. Eltern wissen, dass Schwimmen gehen und Fußball spielen schlicht gesünder ist als Fernsehen mit gleichzeitigem Verzehr von Kartoffelchips.

(B) Die Schule weiß natürlich auch, dass Sportunterricht nicht nur in der Stundentafel stehen sollte, sondern dass er auch erteilt werden muss. Die CDU hat hier durch die Große Anfrage der Kollegin Jamnig-Stellmach darauf aufmerksam gemacht, also auch hier wieder jede Menge Aktivitäten aus dem Parlament heraus. Frau Hoch, lesen Sie es einfach, beschäftigen Sie sich intensiv damit, dann werden Ihnen die Aktivitäten auch gerade der CDU-Fraktion geläufig sein! Es machen hier mehr Leute ihre Arbeit, nicht nur Sie.

Meine Damen und Herren, es bleibt das Fazit: Angebote sind in breiter Palette vorhanden. Ehrenamtliche im Sport und gerade auch in der Selbsthilfe engagieren sich beispielgebend in Bremen wie in Bremerhaven. Vorsorge gibt es mit den spezifischen Ausgestaltungen. Wir haben darüber gesprochen. Eltern und Schule wissen um die positiven Auswirkungen des Sports und der spielerischen Bewegung für Kinder und Jugendliche. Für die CDU stelle ich darum fest: In Bremen und Bremerhaven haben Prävention und Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert, und das bleibt auch so, selbst wenn die Grünen das nicht verstehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zeit unterbreche ich diese Debat-

te und die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr. (C)

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir setzen die Aussprache zum Thema Prävention und Gesundheitsförderung fort.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede auch zur Großen Anfrage der SPD und der CDU zur Prävention im Gesundheitswesen, und insgesamt ist die Antwort des Senats sehr umfassend und von der Aussage her auch sehr gut. Prävention ist ja im Augenblick in aller Munde, und es hat sich endlich auch in der Öffentlichkeit herumgesprochen, dass Förderung von Gesundheit und Vorbeugung gegen Krankheiten mindestens genauso wichtig sind wie die Diagnostik und die Therapie von Krankheiten. Insofern begrüße ich auch sehr die Aussage des Senats auf die Große Anfrage, dass Prävention und Gesundheitsförderung gleichberechtigt mit Diagnostik, Therapie und Rehabilitation gesehen werden. (D)

In der Praxis allerdings muss man, glaube ich, feststellen, dass die Prävention doch eine eher bescheidene Rolle im Gesundheitswesen spielt. Ich begrüße deswegen auch die Initiative der Bundesgesundheitsministerin Frau Schmidt sehr, die ja eine nationale Kampagne zur Prävention, auch mit einem nationalen Fonds oder einer nationalen Stiftung, zur Finanzierung einrichten möchte. Bisher betragen die Ausgaben für Prävention innerhalb des gesamten Gesundheitswesens nur vier Prozent, und auch die Krankenkassen, das geht aus den Antworten auf die Große Anfrage hervor, erreichen da bei weitem nicht die im Sozialgesetzbuch vorgesehenen fünf DM pro Mitglied für Prävention.

Meiner Einschätzung nach wird sich daran auch so lange nicht sehr viel ändern und werden wir vor allen Dingen auch so lange die Krankenkassen für eine gemeinsame und eigentlich notwendige Aktion im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung nicht gewinnen können, wie die Krankenkassen diese Ausgaben vor allen Dingen als Mittel zur Mitgliederwerbung sehen im Konkurrenzkampf der Krankenkassen untereinander. So sinnvoll Kon-

- (A) Konkurrenz der Kassen auf manchen Gebieten sein kann, auf dem Gebiet der Prävention und Gesundheitsförderung ist die Konkurrenz der Kassen kontraproduktiv und führt dazu, dass sinnvolle gemeinsame Maßnahmen nicht in dem Maße angegangen werden können, wie dies eigentlich nötig wäre.

Dabei ist Investition in Gesundheitsförderung gut angelegtes Geld. Auch wenn in der Antwort auf die Große Anfrage darauf hingewiesen wird, dass es noch keine umfassenden ökonomischen Untersuchungen darüber gibt, wie Einsparungen durch Gesundheitsförderung sich wirklich finanziell niederschlagen, so gibt es doch sehr ernst zu nehmende Vermutungen und Schätzungen, dass 30 bis 40 Prozent der Gesundheitskosten durch sinnvolle Prävention eingespart werden könnten. Wir haben ja auch schon Beispiele, wie etwa bei der Kariesprophylaxe, wo eindeutig sehr starke Verbesserungen eingetreten sind, die auch zu messbaren Erfolgen geführt haben, und wir haben ja auch festzustellen, dass durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse heutzutage die älteren Menschen auch gesünder werden. Ein Fünfundsiebzigjähriger ist heute so gesund oder so krank wie vor 15 Jahren ein Fünfundsechzigjähriger, und dies ist in erster Linie auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zurückzuführen und nicht auf den medizinischen Fortschritt.

- (B) Vielleicht sollte man sich sowieso einmal darüber klar werden, wie viel der medizinische Fortschritt bewirkt im Vergleich zu besseren Lebensumständen. In den reichen Ländern ist es auf jeden Fall so, dass die Wirkung des medizinischen Fortschritts für eine Verbesserung des Gesundheitszustands mit etwa zehn bis 30 Prozent anzusetzen ist, dagegen die Verbesserung der Lebensverhältnisse mit etwa 70 bis 90 Prozent. Deswegen ist Förderung von Gesundheit auch nicht allein eine gesundheitspolitische Aufgabe, schon gar nicht allein eine Aufgabe der Krankenkassen, sondern im weitesten Sinne eine gesellschaftspolitische Aufgabe und eine Investition in die Zukunft.

Gesundheitsförderung, und das ist mir vor allen Dingen wichtig, hat auch die Aufgabe, die großen, sozial bedingten Unterschiede in den Gesundheitschancen zu verringern, denn die von mir angeführte Verbesserung des Gesundheitszustands gilt ja bei weitem nicht für alle Bevölkerungsschichten. Zum Beispiel betrifft die bessere Gesundheit von Älteren oder eben auch Kariesprophylaxe nicht die unteren Schichten der Bevölkerung, das untere Fünftel der Bevölkerung. Wir können dagegen feststellen, dass die Verteilung von Gesundheitschancen sich in unserer Gesellschaft sehr eng in einer Skala bewegt, die sich an den drei Parametern Ausbildung, Stellung im Beruf und Einkommen orientiert.

Die bisherigen Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung erreichen leider, und das ist, glaube ich, der große Mangel, die sozial Benachteiligten, die sie gerade erreichen müssten, häufig nicht.

- (C) Ich glaube, dass hier Gesundheitspolitik ansetzen muss und dass es eine große Aufgabe ist, gerade auch auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention, nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch in Bremen.

Eine solche Förderung würde einen sinnvollen Beitrag zu einer größeren Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit liefern und damit auch die Möglichkeit einer größeren Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit. Wer dagegen, wie es ein Teil der Ärzteschaft will und wie es auch die Programme bestimmter Parteien vorsehen, eine solche Selbstverantwortung vor allem über den Geldbeutel erzwingen will, wird genau den Effekt erreichen, dass die sozial sowieso Benachteiligten in Bezug auf ihre Gesundheitschancen noch mehr ausgegrenzt werden, dass wir eine Zwei-Klassen-Medizin bekommen und das solidarische Gesundheitswesen zerstören. Deswegen ist es dringend erforderlich, das solidarische Gesundheitswesen zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage zeigt ja nun, dass es ein sehr beeindruckendes Angebot an gesundheitsfördernden Maßnahmen und Prävention hier in Bremen gibt. Ich glaube, wir haben in Bremen gute Voraussetzungen, hier auch ein flächendeckendes Angebot zu entwickeln, das möglichst viele Schichten der Bevölkerung erreicht.

- (D) Ich glaube allerdings, dass es notwendig ist, auch hier in Bremen, so wie es auch der runde Tisch im Gesundheitswesen für die nationale Ebene vorgeschlagen hat, diese vielen Angebote, die ja von Vereinen, privaten Initiativen, Arbeitskreisen, Selbsthilfegruppen, der Universität, dem Zentrum für Sozialpolitik oder auch dem BIPS, dem Gesundheitsamt und durch verschiedene Kampagnen, auch der Gesundheitspolitik gemacht werden, zusammenzuführen, zu vernetzen, wie dies in anderen Städten zum Beispiel auch im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften und gesundheitspolitischen Netzwerken erfolgt ist. Ich möchte nur als ein Beispiel einmal nennen – Ähnliches gibt es in vielen anderen Städten auch – die Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, HAG, in der von der Ärzteschaft über die Arbeitskreise, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Sportvereine, Kirchen bis zu Wohltätigkeitsvereinen, alle Stellen und Initiativen vereinigt sind, die in diesem Bereich tätig sind.

Ich denke zum Zweiten, dass wir ein Angebot an Gesundheitsförderung schaffen müssen, das alle Schichten erreicht, und die SPD-Fraktion hat deswegen einen Antrag zur Gesundheitsoffensive an Bremer Schulen vorbereitet.

Wir haben ja vor nicht allzu langer Zeit die Anfrage der Grünen zum Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen in Bremen gehabt. Wenn wir da feststellen, dass auf der einen Seite es zwar schon in

- (A) den Schulen eine ganze Menge Angebote gibt, auf der anderen Seite aber Kinder und Jugendliche in Bremen eben zu einem sehr großen Teil an Fehlernährung, an Überernährung, an Übergewicht leiden, wenn uns Kinderärzte sagen, dass Kinder heutzutage, wenn sie in die Schule kommen, nicht rückwärts gehen können, sich nicht normal bewegen können, wenn heute auch der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, darauf hingewiesen hat, dass hier ein Riesenmangel im Bereich der Bewegungserziehung liegt, der Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, mit ihrem eigenen Körper umzugehen, dann, glaube ich, ist das nicht weniger alarmierend, als wenn wir feststellen, dass ein großer Teil der Schüler keine genügend große Lesefähigkeit hat.
- Zu diesen Fragen gibt es keine Pisa-Studie, aber ich glaube, es ist sehr wohl notwendig, uns klar zu machen, dass es nötig ist, dass Kinder erst einmal ihre Umwelt und ihre Welt begreifen können, und dazu gehört eben auch der Umgang mit dem eigenen Körper, ehe sie die Tastatur eines Computers bedienen können. Deswegen ein Programm Gesundheitsförderung in Bremer Schulen, Gesundheitsoffensive in Bremer Schulen, und ich bin froh, dass wir da auch in Absprache mit dem Bildungsminister und der Gesundheitsministerin so weit sind, damit beginnen zu können!
- (B) Letztes Thema, das ist fast mein Lieblingsthema, Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben! Ich glaube, uns allen ist noch nicht klar genug, welche Herausforderung der demographische Wandel, das Altern der Bevölkerung bedeutet, auch für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Betriebe werden sich in Zukunft darauf einstellen müssen, dass sie mit einer alternden Belegschaft zurecht kommen, und das bedeutet auch eine Veränderung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Das bedeutet, dass die Arbeitsbedingungen darauf eingestellt werden, dass die Betriebe auch eine aktive Gesundheitsförderung und einen aktiven Arbeitsschutz betreiben.
- Nun sagt zwar der Senat in der Antwort auf die Große Anfrage, dass dies in vielen Bremer Betrieben schon läuft – das ist unbestreitbar, das kann ich auch aus meiner Kenntnis bestätigen, vor allen Dingen in Großbetrieben –, aber es gibt auch den Jahresbericht der Gewerbeaufsicht im Land Bremen, und es wird durch viele Erfahrungen bestätigt, dass das neue Arbeitsschutzgesetz mit seinen Anforderungen an vorbeugenden Arbeitsschutz und an präventive Gesundheitsförderung in vielen Klein- und Mittelbetrieben noch viel zu unbekannt ist, geschweige denn angewendet wird.
- Ich glaube, dass auch hier eine Aufgabe unter anderem des Arbeits- und Gesundheitsressorts liegt, dafür zu sorgen – es ist natürlich in erster Linie Aufgabe der Betriebe, auch der Kammern, keine Frage – und auch noch einmal anzustoßen, die Informatio-
- nen zu verbreitern und auch durch Tätigkeit der Gewerbeaufsicht auf die Betriebe einzuwirken, in stärkerem Maße die Anforderungen des Arbeitsschutzgesetzes zu erfüllen.
- (C) Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir haben ja vor etwa einem Jahr die Debatte dazu gehabt, dass in Bremen ein Netzwerk zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz entstanden ist, AuGe Bremen, das auch, dankenswerterweise vom Senator gefördert, eine eigene Internetseite eingestellt hat, auf der man sich über alle Fragen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes informieren kann. Ich glaube, hier gibt es aber noch eine ganze Menge zu tun, und hier muss weiter gearbeitet werden.
- Alles in allem denke ich, die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, es läuft in Bremen eine ganze Menge. Wir sind auch in vieler Hinsicht schon auf einem guten Weg, aber wir haben noch einen sehr großen Schritt zu tun, bis wir auch in Bezug auf den Gesundheitsschutz, die Gesundheitsförderung mehr Lebensqualität für unsere Bevölkerung erreichen können. – Vielen Dank!
- (Beifall bei der SPD)
- Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Röpke.
- (D) **Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern das aufgreifen, was Frau Ziegert zum Schluss gesagt hat. Ich glaube, es ist nicht mit einem großen Schritt getan. Ich denke, es sind eher viele kleine Schritte nötig, und es wird auch noch ein langer Weg sein, den wir vor uns haben, wie bei vielen anderen Projekten auch. Ich bin aber ganz zuversichtlich, dass wir das gemeinsam hinbekommen, auch wenn es hier sicherlich, wie in anderen Fällen auch, um das Bohren dicker Bretter gehen wird.
- Ich möchte auch noch einmal betonen, für mich als Gesundheitsministerin hat Prävention, genauso wie für meine Vorrednerin, einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Ich denke, das ist in der Großen Anfrage auch zum Ausdruck gekommen. Frau Hoch, ich bitte um Verständnis, aber eine Große Anfrage kann nicht so umfassend beantwortet werden, wie Sie sich das vielleicht vorstellen, dann hätten wir ein etwas dickeres Papier. Das wäre sicherlich umfassend, aber es würde dann wahrscheinlich niemand mehr lesen. Hier geht es darum, klar zu machen, wo überall Initiativen entstanden und Themen aufgegriffen worden sind und wo Prävention stattfindet.
- Wir wissen alle, dass gerade die Prävention ein unglaublich mühsames Geschäft ist, weil es ja darum geht, im Vorfeld Menschen davon zu überzeugen, ihr Handeln zu verändern, und nicht erst dann, wenn sozusagen das Kind schon in den Brunnen ge-

(A) fallen ist. Dann ist es einfacher, an die Menschen heranzukommen. Gleichwohl nehmen wir diese Aufgabe sehr ernst, und der Senat hat sie sich neben den bekanntesten Säulen der Gesundheitspolitik, nämlich Diagnostik, Behandlung und Rehabilitation, als einen Schwerpunkt der Gesundheitspolitik vorgenommen. Ich denke, da sind wir uns alle einig, die Prävention – das wird auf verschiedenen Ebenen, bei der Bundesregierung, bei den Krankenkassen, bei den Ärzten deutlich – wird in Zukunft noch eine viel größere Bedeutung gewinnen.

Wir haben schon sehr viele Projekte umgesetzt. Das ergibt sich alles aus der Antwort auf die Große Anfrage. Es gibt auch ständig neue Entwicklungen und Impulse. Es kommen neue Ideen und neue Ansätze. Wir sind dabei, dies aufzunehmen. Der Senat hat auf der einen Seite einen konkreten Ansatz zur Vermeidung von Krankheiten als Prävention im Auge, das ist auch sofort einsichtig, aber der andere, wie ich finde, umfassendere Ansatz, der hier auch schon angesprochen worden ist, ist der ganzheitliche, dass wir die Menschen in die Lage versetzen wollen, gezielt die Förderung der eigenen Gesundheit, der eigenen Gesundheitskompetenz und der eigenen Lebensgestaltung in die Hand zu nehmen. Das ist, denke ich, auch eine wichtige Aufgabe von Prävention.

(B) Die Antwort des Senats hat, wie gesagt, viele Ansätze dargestellt. Sie ist mit Sicherheit nicht umfassend, weil sich gar nicht aufzählen lässt, was es alles an Projekten in dieser Stadt und in diesem Land gibt. Ich möchte nur betonen, dass mir zum Beispiel ein Projekt am Herzen liegt, das wir auch in der Frauenministerinnenkonferenz jüngst in Bremen ausführlich diskutiert haben, das ist der Bereich Frauengesundheit. Sie haben Recht, die Anfrage ist nicht gegendert, wie wir jetzt immer so schön sagen, aber daran arbeiten wir ja auch noch. Die Frauenministerinnenkonferenz hat nun gerade auch noch einmal herausgearbeitet, wie wichtig es ist, auch Prävention unter dem Aspekt der geschlechtsunterschiedlichen Behandlungs- und Diagnostikmethoden zu untersuchen und entsprechend vorzugehen. Das liegt mir noch einmal besonders am Herzen.

Hier ist die Schwierigkeit angesprochen worden, an die Menschen heranzukommen, die es eigentlich nötig haben. Frau Ziegert hat es hier eben sehr eindringlich am Beispiel der Kinder und Jugendlichen dargestellt. In Bremen kann man gerade in den benachteiligten Vierteln sehen, wie auch die Erzieherinnen, zum Beispiel in den Jugendfreizeitheimen, dafür kämpfen, ihre Kinder in die Sportvereine zu bringen und ihnen Angebote zu machen. Sie haben oft keine Unterstützung von den Eltern, die auch damit überfordert sind. Das geht nur ganz mühsam durch Einzelgespräche mit den Eltern.

Das Heranführen von Kindern an Sportvereine, sie dazu zu motivieren, sich zu bewegen, herumzutoben, ist heute einfach offensichtlich nicht mehr so

selbstverständlich, wie das früher für uns war. Das müssen wir leider alle gemeinsam feststellen. Wir müssen sicherlich noch sehr viel daran arbeiten, um herauszubekommen, wo genau die Ursachen liegen. Es ist jedenfalls ziemlich erschreckend, was wir an vielen Fällen in den Stadtteilen, in denen ich mich immer umsehe, feststellen müssen. Ich bin wirklich auch manchmal richtig entsetzt, was mir da von den Mitarbeiterinnen in den Sozialzentren, in den Mütterzentren oder in den Kindertagesheimen berichtet wird. Es liegt also noch sehr viel vor uns, was wir da leisten müssen.

Es gibt aber auch positive Ansätze, die wir im Präventionsbereich angehen. Ich möchte jetzt einmal auf das „Bündnis gegen Alkohol“ zu sprechen kommen, das wir jüngst in die zweite Phase gebracht haben. Wir haben im letzten Jahr eine gute Kampagne für junge Leute gemacht, mit der es auch gelungen ist, an junge Leute heranzukommen. Dieses Jahr steht das Aktionsbündnis unter dem Motto „Schwangere und Alkohol“. Wer sich damit einmal beschäftigt, wird auch feststellen, dass es ein unglaublich wichtiges Feld ist. Viele Schwangere werden von ihren Ärzten leider gar nicht entsprechend aufgeklärt, was Alkohol für die Gesundheit ihres Kindes bedeutet und welche dauerhaften Schäden er verursachen kann. Das ist mir in diesen Veranstaltungen in Bremerhaven und Bremen auch noch einmal sehr deutlich geworden. Da ist aber, denke ich, mit dieser Kampagne ein guter Baustein gelegt.

(Beifall bei der SPD)

Der Sport ist schon von Frau Dreyer betont worden, darauf muss ich nicht eingehen. Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich sagen, Frau Dreyer: Ich möchte zurückweisen, dass das BIPS aus dem Projekt Mamma-Screening herausgedrängelt wurde, ich glaube, das waren Ihre Worte. Das kann ich wirklich aus Bremer Sicht nicht bestätigen. Ich habe mich mit dieser Diskussion heute Morgen auch noch einmal sehr eindringlich beschäftigt, und ich kann sowohl für unser Ressort als auch für die Projektleitung sagen, das habe ich noch einmal in den Unterlagen nachgesehen: In der Diskussion mit der Planungsstelle ist nachdrücklich von uns unterstützt worden, dass das BIPS daran beteiligt wird, und auch die Projektleitung hat das unterstützt. Von einem Herausdrängeln kann überhaupt nicht die Rede sein.

Das Ganze ist offensichtlich dadurch entstanden, dass die Planungsstelle in Köln nicht bereit ist, die guten Ansätze des BIPS zu übernehmen. Deswegen hat sich das BIPS aus freien Stücken entschieden, nicht mehr mitzumachen, was ich sehr bedauere. Von einem Herausdrängeln kann man aber an dieser Stelle wirklich nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich möchte auch noch einmal kurz auf die These eingehen, dass Prävention stets und nachhaltig Kosten spart. Das wird in der öffentlichen Diskussion oft vertreten. Das sagt auch die Antwort des Senats. Leider ist das nicht so zu verstetigen und lässt sich zahlenmäßig nicht so untermauern. Es gibt sicherlich Krankheitsbilder, auf die das zutrifft, es gibt aber eben auch an vielen Stellen zurzeit nur Vermutungen. Das lässt sich zurzeit also nicht verfestigen.

Ich möchte dann noch einmal auf etwas zurückkommen, von dem ich denke, dass es uns allen wichtig ist: Man sollte nicht nur auf die Zahlen schauen, was man eventuell einsparen kann, das ist auch ein Effekt, sondern es geht uns letztlich auch um die dauerhafte Erhöhung der Lebensqualität aller Menschen hier im Lande Bremen!

(Beifall bei der SPD)

Dann ist die Selbsthilfeförderung angesprochen worden. Da gibt es auch die Befürchtung, dass durch die Gesundheitsreform 2000 die Selbsthilfeförderung unterminiert werden könnte. Es wird gar von einem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Unterstützung der Selbsthilfeförderung gesprochen, auch das ist klar nicht der Fall! Im Gegenteil, die Krankenkassen sind weiterhin dabei. Es gibt jetzt sogar einen gemeinsamen Förderpool der öffentlichen Hand und der Krankenkassen. Die Selbsthilfeförderung wird also auf jeden Fall wie bisher finanziell unterstützt. Von einem Rückzug kann keine Rede sein.

(B) Ich bin auch zuversichtlich, dass wir in Zukunft auf Bundesebene, das ist auch schon mehrfach angesprochen worden, Unterstützung für den Präventionsprozess erhalten werden. Es ist deutlich erkennbar, dass dort ein politischer Schwerpunkt gesetzt werden wird. Der runde Tisch im Gesundheitswesen ist ja vielfach kritisiert worden, an vielen Stellen auch zu Recht. Ich glaube aber, gerade in dem Politikfeld Prävention hat er inhaltlich einige Schwerpunkte gesetzt und mit dazu beigetragen, dass dieser Punkt Prävention in das öffentliche Bewusstsein gerückt ist und bei den Interessenvertretern im Gesundheitssystem auch noch einmal einen besonderen Stellenwert bekommen hat, ganz zu schweigen von der Politik.

Ich fände es also gut, wenn wir uns alle gemeinsam vornehmen, an diesem wichtigen Punkt Prävention weiterzuarbeiten. Das kann jeder von uns an jeder Stelle in der Öffentlichkeit tun und dafür werben. Unser Ressort wird mit Sicherheit gemeinsam mit den anderen betroffenen Ressorts weiter so intensiv und nachhaltig daran arbeiten, wie wir es in der Antwort auf die Große Anfrage dargestellt haben. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

(C)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1173, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1137)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das sollte doch erst nach Tagesordnungspunkt neun nach 16 Uhr kommen!)

Das habe ich nicht so in meiner Abfolge, Herr Kollege Eckhoff!

Fahren wir also mit dem Tagesordnungspunkt acht fort! Ist das in Ordnung? – Ich stelle Einverständnis fest.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert heute den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, den mittelalterlichen Meisterzwang, ein Relikt aus alten Zeiten, endlich abzuschaffen!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fordern Gewerbefreiheit für das Handwerk in Deutschland. Wir wollen, dass sich das Bündnis für Arbeit zu einem Bündnis für Gewerbefreiheit weiterentwickelt, wie es auch in allen anderen europäischen Ländern gilt. Damit könnten Existenzgründungen in Deutschland wie in allen anderen Ländern Europas wesentlich erleichtert werden. Experten der Monopolkommission der Bundesregierung, also nicht gerade eine den Grünen nahe stehende Kommission, prognostizieren eine Million zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk für Deutschland durch das Abschneiden eines alten Zopfes. Ich denke, da sollten auch Sie mitmachen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Erinnerung: Im Mittelalter konnten nur diejenigen ein Handwerk betreiben, die einer Zunft angehörten. In den meisten Ländern Europas sind diese

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) mittelalterlichen Zunftordnungen im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts aufgehoben worden. Mein Kollege Hermann Kuhn hat mir gestern noch erzählt, dass in der Hamburger Chronik anschaulich beschrieben ist, wie im Mittelalter die Bönhasen bei der Ausübung ihrer Gewerbe durch Hamburg gejagt, zum Teil gesteinigt und mit sehr rabiaten Methoden von den Zünften verfolgt worden sind.

Der Meisterzwang in Deutschland ist seit 1935 wieder fest verankert. Im deutschen Handwerk darf sich im Wesentlichen seitdem nur selbständig machen, wer einen Meisterbrief vorweisen kann oder einen Meister anstellt. Die verschiedenen Möglichkeiten, ohne Meisterbrief selbständig zu arbeiten, werden von den Behörden und Handwerkskammern in Bremen, das werden Sie in der Zeitung gelesen haben, sehr restriktiv ausgelegt und angewandt. Wir haben ja hier ganz aktuelle Beispiele, dass zum Beispiel Gewerbeausübende aus dem Malergewerbe mit Bußgeldern in fünfstelliger Höhe belegt worden sind, also mit 60 000 oder 70 000 DM. Das ist in Bremen keine Seltenheit, in Bremen wird das im Bundesvergleich sehr hart durchgezogen. Wir befinden uns im Ranking, wenn man das einmal bei allen Bundesländern macht, im vorderen Drittel. Hier wird also sehr rabiati gegen diejenigen, die ohne Meister ihrem Gewerbe nachgehen, durchgegriffen.

(B) Wir meinen, der Meisterzwang verhindert im Handwerksbereich die Schaffung neuer Arbeitsplätze, und das Handwerk sperrt damit Wettbewerber aus. Für viele Existenzgründerinnen und Existenzgründer im Handwerk ist die Ablegung des – so heißt es genau – großen Befähigungsnachweises eine große Hemmschwelle. Für viele ist es schlichtweg zu teuer oder gar nicht zu realisieren, weil sie zum Beispiel Kinder haben, das nimmt einen sehr großen zeitlichen Aufwand in Anspruch. Die hohen Kosten von 20 000 Euro kann man auch nicht einmal so nebenbei aus der Portokasse finanzieren.

Wir meinen auch, dass dieser große Befähigungsnachweis gar nicht für alle angestrebten Tätigkeiten notwendig ist. Die Gesellen in Deutschland sind gut qualifiziert. Wir haben hier einen überaus hohen Qualitätsstandard bei der Ausbildung in den verschiedenen Berufen. Viele Tätigkeiten in Deutschland werden auch gar nicht mehr von den Meistern erbracht, sondern in der Mehrzahl, das kann man sich auch noch einmal anschauen, werden die Tätigkeiten von Gesellen verrichtet. Wir finden, die Handwerksordnung ist nicht flexibel genug, und sie muss modernisiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir reden hier in der Bürgerschaft oft über Existenzgründer und Existenzgründerinnen und darüber, dass man das erleichtern will. Der Berufsverband unabhängiger Handwerker und Handwerkerinnen, kurz BUH genannt, hat einmal geforscht und gefragt,

wie das denn ist, wenn man sich selbständig machen will, was man eigentlich für Informationen an die Hand bekommt. Er hat herausgefunden, dass es sehr schwierig ist, dass man schlecht informiert wird und dass in Bremen auch keine praxistauglichen Auskünfte zu erhalten sind. Auch das Bundeswirtschaftsministerium konnte da keine guten Auskünfte geben.

Also: Nicht nur kleine Handwerksbetriebe mussten in den letzten Jahren schließen, und das ist auch hier interessant, auch gerade Computerfirmen wurden mit Bußgeldandrohungen zur Aufgabe gezwungen. Das ist ein Thema, das bis zum Bundeskanzler gegangen ist. Es gibt eine Art Stillhalteabkommen, es wird jetzt geschaut, dass man nicht gerade die kleinen Computerfirmen in die Enge treibt, aber ich sage einmal, es ist auch oben angekommen, dass mit der Handwerksordnung etwas nicht stimmt.

Unzählige Existenzgründer werden als Schwarzarbeiter abgestempelt. Ich finde es wirklich kurios, denn unter Schwarzarbeit stellt man sich normalerweise vor, dass die Menschen durch untertarifliche Löhne ausgebeutet werden, dass die öffentliche Hand um Lohnsteuereinnahmen betrogen wird und dass die Sozialkassen nicht ihre Beträge erhalten. Das ist in diesen Fällen aber überhaupt nicht gegeben. Das sind Betriebe, die Steuern zahlen, die Arbeitsplätze schaffen und ihre Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Diese Existenzgründer sind keine Anfänger und Anfängerinnen, sondern meistens Gesellen, die schon seit zehn oder 15 Jahren in ihren verschiedenen Berufen und Sparten tätig sind. Nur der Meisterbrief fehlt eben oder der Betrieb hat eben keinen Meister beschäftigt, und das ist das Problem.

Ich meine, ein Betrieb macht nicht allein deshalb schlechtere Arbeit. Es sind Gesellen, denen einfach nur diese Lehrbefähigung zur Ausbildung und teilweise betriebswirtschaftliche Kenntnisse fehlen. Ich habe mich noch einmal schlau gemacht, war davon ausgegangen, es bilden ja eigentlich nur die Meister in Deutschland aus. Ich musste mich belehren lassen. Es ist mittlerweile so, dass 60 Prozent der Ausbildung von Ausbildern, die eine Auszubereignungsprüfung abgelegt haben, und nur noch zu 40 Prozent durch Meister geleistet werden. Also, auch da ist die Bedeutung des Meisterbriefes schon weitgehend zurückgedrängt worden.

Ich möchte noch einmal auf das Beispiel Computerfirmen zurückkommen. Wozu braucht man eigentlich in dem Bereich einen Meister? Wenn zum Beispiel jemand irgendwo fünf PC aufstellt und vernetzt, zum Beispiel mit einem Funknetz, was soll eigentlich ein Elektromeister da nachsehen? Ob die PC richtig stehen? Kabel liegen da nämlich schon lange keine mehr!

Es gab ein schönes Beispiel in Bremen-Nord. Dort gibt es eine Schneidergesellin, die darf nähen. Sie ist auch angezeigt worden, und es ist ein Bußgeld verhängt worden. Die Frau hat sich im Laufe der

(C)

(D)

(A) Jahre als Designerin einen Namen gemacht, aber sie darf eben nicht ihre Hosen zu marktüblichen Preisen verkaufen. Mit welcher Begründung? Ein Self-made-Experte für Leimbau arbeitet seit Jahren erfolgreich in diesem Gewerbe. Dafür gibt es keinen Meisterbrief, aber die Kammern meinen, seitdem diese Arbeiten verstärkt nachgefragt werden: Meisterjob! Finnische Blockhäuser dürfen nur von Schreinermeistern aufgestellt werden, obwohl dies ein echter Spezialbereich ist und überhaupt nichts mit dem Schreinerberuf zu tun hat. Ich frage mich wirklich: Ist der Meisterbrief noch zeitgemäß?

Unbestritten müssen bestimmte Qualifikationen gefordert werden, damit jemand ausbilden darf. Ich habe eben schon darauf hingewiesen: Ich halte, und das meinen auch die Grünen, die Ausbildereignungsprüfung für wesentlich wichtiger als den Meisterbrief.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Wir halten den Meisterbrief nicht für notwendig für die Gründung eines Betriebes. Wer einen PC aufstellt, braucht meiner Meinung nach auch keinen Meisterbrief. In den letzten Jahren hat es zwar Erleichterungen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben, und es hat Verhandlungen gegeben zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den Handwerkskammern. Das war im November 2000. Die rotgrüne Bundesregierung hat da immerhin etwas erreicht, aber wir Grünen meinen, dass das noch nicht ausreicht. Wir wollen die Meisterprüfung nicht abschaffen, aber sie darf nicht weiter Voraussetzung für die Gründung eines Betriebes sein. Selbst die Österreicher mussten das erkennen, dort gab es nämlich auch ein Gerichtsurteil des Verfassungsgerichts, das besagte sinngemäß: Liebe Österreicher, schafft die Meisterprüfung ab als Zulassung für eure Existenzgründer, und Österreicher sind auch Europäer.

Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollten die Länder in ihrem ureigensten Interesse im Bundesrat die Initiative ergreifen, denn hier vor Ort, hier in unserer Kommune – wir sehen es ja immer auch bei den Arbeitslosenzahlen – fallen die Kosten durch Arbeitslosigkeit und fehlende Steuern an. Aber was macht stattdessen Herr Dr. Scherf? Er war ja eingeladen von den unabhängigen Handwerkern zum Jubiläum im Rathaus, die hatten immerhin eine schwarze Torte für ihn gebacken, und er ist einfach nicht gekommen, weil er es sich nicht mit den Handwerkskammern verderben wollte. Ich meine: Wo sind wir denn hier? Er hat doch auch schließlich die Verantwortung, hier als Regierungspräsident voranzuschreiten und auch noch einmal für das Land Bremen positive Wendungen herbeizuführen. Ich finde, er kann sich ja nicht nur einseitig mit den Leuten unterhalten, er muss schon ein-

mal ein bisschen seinen Horizont erweitern, wenn er hier im Land etwas bewegen will! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Monopolkommission der Bundesregierung hat die Bundesregierung im Jahr 2001 erneut aufgefordert, die Handwerksordnung grundlegend zu reformieren. Das ist nicht einfach, wie man merkt. Es muss erhebliche politische Widerstände geben. Das Argument, der Nachweis der Meisterqualifikation sei erforderlich, um die Qualität der handwerklichen Dienstleistungen zu sichern, so sagt die Monopolkommission, überzeuge sie nicht mehr, weil eben ein sehr großer Teil der handwerklichen Dienstleistungen gar nicht mehr von Meistern erbracht wird.

Ich kann nur noch einmal sagen, eben hat mich jemand gefragt: Was, du willst den Meisterzwang abschaffen? Das finde ich aber nicht gut. Den habe ich einfach schlichtweg mit dem Argument überzeugt, die Schweizer haben die besten Uhren, aber sie haben dort überhaupt keinen Meisterzwang.

Wir wollen eben diesen versierten Gesellen die Existenzgründung erleichtern, und wir meinen auch, wir müssen nach vorn schauen, denn nicht zuletzt für den bevorstehenden Generationenwechsel im Handwerk muss eine schnelle Lösung gefunden werden. Dort gibt es nämlich Nachwuchsprobleme. Handwerker suchen händeringend nach Kräften, die ihre Betriebe übernehmen. (D)

(Glocke)

Es sind nämlich 200 000 Betriebe, die noch nach Nachfolgern suchen. Wir meinen, mit einer Veränderung hier in der Gesetzgebung könnten wir diesen Nachwuchsmangel sofort aus der Welt schaffen.

Wir meinen, eine Bundesratsinitiative ist längst überfällig. Zur Beseitigung der bestehenden Rechtsunsicherheit, zur Sicherung von Ausbildungsplätzen, Arbeitsplätzen und zur Erleichterung von Existenzgründungen ist jetzt eine klarstellende gesetzliche Regelung erforderlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/1137, Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen, ist ein richtiger, aber auch ein schon längst überfälliger Schritt und Antrag. Dieser so genannte Meisterzwang hätte nämlich schon längst abgeschafft gehört. Dieser Meisterzwang wurde im Jahr 1935 eingeführt und ist bis heute noch gültig.

(A) In anderen europäischen Ländern ist ein Meisterzwang fast völlig unbekannt. In Frankreich zum Beispiel darf sich ein Handwerker, der sechs Jahre Berufserfahrung nachweisen kann, problemlos auch ohne einen Meisterbrief selbständig machen, und auch in anderen europäischen Ländern sind die gesetzlichen Richtlinien und Rahmenbedingungen ähnlich verankert.

Nur in Deutschland behandelt man junge Existenzgründer, die es gewagt haben, sich auch ohne einen Meisterbrief selbständig zu machen, wie kriminelle Schwerverbrecher. Diese traurige Tatsache konnten Sie in der „Bild-Zeitung“ vom 20. April unter der Überschrift, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Danke, liebes Ordnungsamt! Mal eben zwei Handwerkerexistenzen vernichtet!“ nachlesen. So, meine Damen und Herren, treibt man junge, aber auch ältere Existenzgründer in den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin. So treibt man junge Menschen erneut in die Arbeitslosigkeit. Das ist ein Skandal sondergleichen, und ich frage Sie allen Ernstes: Haben wir denn nicht schon genug Arbeitslosigkeit in Deutschland, in Bremen? Will man denn etwa durch eine unverantwortliche Behördenwillkür eine noch höhere Arbeitslosigkeit schaffen?

(B) Meine Damen und Herren, durch eine Abschaffung des Meisterzwangs könnten zahlreiche neue Betriebe gegründet werden. Dadurch würden in Deutschland zirka eine Million neue Arbeitsplätze entstehen, die wir wirklich dringend zur Belebung der durch Ihre Politik erschreckenden arbeitsmarktpolitischen Lage in Deutschland gebrauchen könnten. Ich sage es im Namen der Deutschen Volksumion unmissverständlich: Wenn junge, dynamische, kreative Menschen in der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands – nur einmal eben zur Erinnerung, Deutschland steht dank einer verfehlten und gescheiterten Wirtschaftspolitik einer rotgrünen Bundesregierung zum Beispiel beim Wirtschaftswachstum und anderen wirtschaftspolitischen Bilanzen auf dem letzten Platz in Europa – das wirklich sehr große Risiko einer Existenzgründung auf sich nehmen wollen, so sollten sie es mit dem Nachweis einer ausreichenden sechsjährigen Berufserfahrung auch ohne einen Meisterbrief tun dürfen, denn nur eine soziale arbeitsmarktpolitische Gerechtigkeit schafft eben neue Arbeitsplätze.

Arbeitsmarktpolitische Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass die politisch Verantwortlichen jungen Existenzgründern ohne Behördenwillkür neue gesetzliche arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, zum Beispiel einen Handwerksbetrieb zu führen, ohne vorher den sehr teuren und zeitaufwendigen Meisterbrief erwerben zu müssen. Nach Berechnung von Fachleuten könnten dadurch zirka eine Million Menschen zusätzlich in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

(C) Meine Damen und Herren, wenn das kein Argument ist, einem Antrag uneingeschränkt zuzustimmen, dann weiß ich wirklich nicht mehr, welche Argumente Sie überhaupt noch brauchen, um einem Antrag einstimmig zuzustimmen. Die Deutsche Volksumion sieht es nicht ein und wird es auch nicht länger akzeptieren, dass sich Ausländer in Deutschland ohne einen Meisterbrief selbständig machen können und Deutsche im eigenen Lande nicht. Dieser Umstand ist unerträglich. Ein solcher Skandal ist durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen. Eine solche Ungerechtigkeit gibt es, glaube ich, auch nur in Deutschland, solche Machenschaften auf Kosten des eigenen Volkes. Ein solcher Skandal dürfte wohl in Europa einzigartig sein.

Meine Damen und Herren, dieser Meisterzwang ist ein Relikt aus der Vergangenheit und gehört schnellstens abgeschafft. Er ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß, zumal er eine Sicherung der Qualität eines Handwerksbetriebes in keiner Weise gewährleistet oder gar garantiert. Diese Maßstäbe sind Maßstäbe aus der Vergangenheit, die schon längst überholt sind. Ich werde diesem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/1137, „Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Land Bremen Existenzgründungen durch Gesellenbetriebe nicht zu erschweren und die Potentiale zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen und deshalb eine Bundsratsinitiative zur Abschaffung des Meisterzwangs zu starten“, namens der DVU uneingeschränkt zustimmen. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gleich vorweg sagen: Wir möchten beantragen, diesen Antrag zu überweisen an die Deputation für Arbeit, an die Deputation für Wirtschaft und den Ausschuss für Europaangelegenheiten, weil auf der einen Seite, das werde ich gleich ausführen, sicher auch einiges noch für den jetzigen Zustand spricht, auf der anderen Seite sehen wir auch, dass es möglicherweise Veränderungsnotwendigkeiten gibt. Außerdem haben wir auch Zweifel, ob sich angesichts der europäischen Entwicklung dieses Institut des Meisterzwangs in Deutschland überhaupt aufrechterhalten lässt.

Frau Stahmann, den Beispielen, die Sie hier aufgeführt haben, und mir sind sie auch zu Ohren gekommen, kann ich eigentlich gar nichts entgegensetzen. Ich stimme Ihnen da in der Bewertung völlig zu, dass es unverständlich ist, dass so vorgegangen wird, auch seitens der Behörden und der Kammer. Ich möchte dennoch ein bisschen dafür plädieren, dass dieser Meisterzwang, wie es ja so heißt, es wird ja von Seiten der Kammern lieber gesagt, der Zwang oder die Notwendigkeit des großen Befähigungsnachweises, nicht nur ein Relikt aus dem Mittelalter ist.

(A) Für mich ist die Ausbildungsfrage ganz wichtig. Es ist durch den Meisterzwang gewährleistet, dass im Handwerk kein Betrieb gegründet werden kann, der nicht die Fähigkeit zur Ausbildung hat, und das ist ja in anderen Betrieben durchaus nicht der Fall. Wenn wir in Bremen sehen, wer überhaupt ausbildet, dann stellen wir fest, dass zwischen 25 und 30 Prozent der Bremer Betriebe überhaupt nur ausbilden, allerdings auch nur 50 bis 60 Prozent der Bremer Betriebe die Möglichkeit, also die entsprechenden Qualifikationen zur Ausbildung haben.

Im Handwerk ist immerhin sichergestellt, dass kein Betrieb überhaupt vorhanden sein kann, wo nicht die Fähigkeit und Qualifikation zur Ausbildung da ist. Ich finde, das ist etwas sehr Wichtiges, und das sollte man nicht so ohne Weiteres aufgeben. Das müsste man dann wenigstens in anderer Weise regeln.

(B) Ich habe auch so ein bisschen Zweifel an der Meisterreserve, also an der Vorstellung, dass nun Hunderte oder Hunderttausende junge Existenzgründer in den Startlöchern sitzen und nur durch den Meisterzwang daran gehindert werden, sich selbständig zu machen. Es gibt sehr viele Meister, die auch die Meisterprüfung gemacht haben, die auch den Meisterbrief haben, eben aber weiterhin abhängig in den Betrieben von anderen Handwerksmeistern arbeiten. Ich darf dazu vielleicht einmal aus einer Untersuchung des RWI in Essen von 1996 zitieren, mit Genehmigung des Präsidenten, da heißt es: „Kumuliert man die Zahl der nichtselbständigen Meister über einen Zeitraum von 20 Jahren, so ergibt sich bundesweit eine Meisterreserve von etwa 435 000 unselbständigen Handwerksmeistern, die theoretisch und auch praktisch in den Markt einsteigen könnten, dies aber nicht tun.“ Wir haben also auch nicht unbedingt einen Mangel an ausgebildeten Meistern mit Meisterbrief, der ein weit gehendes Hindernis für Existenzgründungen sein könnte.

Nichtsdestoweniger meine ich, wir sollten uns mit dieser Frage beschäftigen. Wenn wir es in die Deputationen überweisen, vor allen Dingen auch in die Deputation für Arbeit federführend, können wir auch noch einmal die Betroffenen dazu hören. Mir gibt auch zu denken, dass die Handwerkskammern, die ja drittelparitätisch zusammengesetzt sind, im Gegensatz zu den Industrie- und Handelskammern sind sie ja drittelparitätisch, also unter Beteiligung der Arbeitnehmer, einstimmig bisher an der Notwendigkeit des großen Befähigungsnachweises festhalten, und ich möchte mich damit wenigstens auseinandersetzen, ehe ich weitere Entscheidungen treffe. Von daher bitte ich um Zustimmung, diesen Antrag der Grünen zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

(C) **Abg. Focke (CDU *):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe hier eine große Mappe mitgebracht, nicht, weil ich so viel aufgeschrieben habe, sondern weil so viel Material und so viel unterschiedliches Material über dieses Thema Meisterzwang oder großer Befähigungsnachweis vorhanden ist, das sich auch zum Teil erheblich widerspricht. Frau Stahmann, bei dem, was Sie vorhin ausgeführt haben, geht es mir genau wie Frau Ziegert, das finde ich auch alles sehr sympathisch, nur, das hat Frau Ziegert eben auch ausgeführt, es ist nicht erwiesen, dass wir von heute auf morgen eine Million neue Arbeitsplätze bekommen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Im Gegenteil, es gibt Untersuchungen, die besagen, dass die Existenzgründungen, die dann erfolgen könnten, in kürzester Zeit auch zum Scheitern verurteilt seien und viele wegen Unterkapitalisierung oder aus anderen Gründen dann also wieder aufgeben müssten, was natürlich dazu führen würde, dass es schlimmer wird als vorher.

Es gibt viele Meister in Deutschland, die nicht selbständig arbeiten, über 400 000 an der Zahl, das haben wir auch eben gehört. Das zeigt, dass es auch andere Gründe gibt, warum sich die Leute nicht selbständig machen. Es ist natürlich auch ein Unterschied, ob es eine Ausbildereignungsprüfung gibt, wie es ja bei den Handelskammern gemacht wird, oder ob durch den großen Befähigungsnachweis automatisch ausgebildet wird und werden kann. Das Handwerk ist der größte Ausbilder in Deutschland, das ist erwiesen und sicher,

(Abg. Hoyer [SPD]: Größter Arbeitgeber!)

und der größte Arbeitgeber in Deutschland, und das ist nicht so einfach, wenn man dann fordert, Meisterzwang abschaffen. Existenzgründungen fördern will jeder, Arbeitsplätze schaffen will jeder, das unterschreibe ich auch sofort, aber den Meisterzwang einfach abschaffen, ohne Rücksicht auf Verluste! Auch wenn es nicht um Traditionen geht, es geht aber auch darum, ob sich etwas bewährt hat in den letzten 50 Jahren, ja oder nein.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion ist der Ansicht, dass man bestimmt etwas modernisieren muss und auch modernisieren kann. Deswegen sollten wir uns intensiv damit befassen, und wir unterstützen auch den Überweisungsvorschlag an die zwei Deputationen und an den Europaausschuss, weil es ja auch insbesondere in der EU Überlegungen gibt, die allerdings sowohl zur einen als auch zur anderen Sei-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) te gehen. Es gibt auch in der EU Stimmen die sagen, ja, das haben wir bisher bei uns alles nicht gehabt in diesen Ländern, aber in Wirklichkeit ist der große Befähigungsnachweis ja genau das klassische Instrument, wie man sagen kann, dass die Befähigung da ist zur Ausbildung, und warum führt man das nicht ein. Das ist zwar eine Minderheit, die meisten sehen das etwas anders, und die haben das ja auch nicht so wie wir, aber darüber gibt es ja auch keine einheitliche Meinung.

Die Bundesregierung jedenfalls und auch die CDU/CSU sehen keine Notwendigkeit, den Meisterzwang abzuschaffen, bisher jedenfalls nicht, das muss man eigentlich klar sagen, obwohl es immer wieder auch Diskussionen darüber gibt. Es hat im Jahr 2000 durch die Leipziger Beschlüsse eine Aufweichung dieses Beschlusses gegeben, und es ist auch noch einmal deutlich gesagt worden, dass eine großzügige Handhabung dieser Leipziger Beschlüsse erfolgen soll.

Wir haben uns im Vorweg der Diskussion auch mit den Handwerkskammern unterhalten. Nach Angaben der bremischen Handwerkskammer ist die Zahl der Ausnahmegenehmigungen im letzten Jahr sprunghaft angestiegen. Während es noch im letzten Jahr, oder vor zwei Jahren, das ist ja 2000 eingeführt worden, nur 20 Ausnahmeregelungen gab, die genehmigt worden sind, waren es im Jahr 2001 60 Ausnahmegenehmigungen, die erteilt worden sind. Man hat sich auch darauf verständigt in diesem gemeinsamen Arbeitskreis, dass weiterhin sehr großzügig ausgelegt wird, so dass ich nicht glaube, dass jetzt, wenn in den nächsten zwei, drei Wochen nichts passiert, wir zu dramatischen Verhältnissen kommen. Ich finde schon, dass man sich auch noch etwas intensiver damit befassen muss.

(B) Es gibt ja Bestrebungen auf europäischer Ebene, etwas einzuführen, was mit dem Meisterzwang und mit dem großen Befähigungsnachweis nichts zu tun hat. Allerdings ist es auch nicht so, dass unbegrenzt dann hier einfach gearbeitet werden kann. Da gibt es auch gewisse Vorstellungen, Vorbehalte und Regelungen, die dazu führen, dass man hier dann bis zu 16 Wochen arbeiten kann, aber auch nicht unbegrenzt.

Die Diskussionsbreite, die da geführt wird, ist riesig, und deswegen, meine ich, ist es vielleicht ein bisschen zu kurz gegriffen, wenn wir jetzt nur allein hierauf so einfach mit einem Federstrich sagen, wir machen eine Bundesratsinitiative und fegen alles andere weg. Wir müssen die Befindlichkeiten der Handwerkskammern, der Handwerksbetriebe, der hunderttausenden Handwerksbetriebe mit ihren vielen Mitarbeitern, aber auch die vielen Meister, die schließlich eine gewisse Befähigung erbracht haben, um die Ausbildungsleistung, die in Deutschland von den Handwerksbetrieben gemacht werden, zu erfüllen, auch dabei berücksichtigen.

Das muss aber nicht über Jahre hinausgeschoben werden, sondern wenn wir jetzt überweisen, müs-

sen sich die Gremien auch zügig damit befassen. Es müssen auch Gespräche mit der Bundesregierung und mit dem Bundesrat aufgenommen werden. Weil auch bei uns die Meinung vorherrscht, dass da ein Reformprozess, wie auch immer er sich am Ende gestaltet, einsetzen muss, glaube ich, dass man dann auch zu vernünftigen Ergebnissen kommen kann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dies ist ein sehr diffiziles Thema, und die Diskussion, die Sie eben geführt haben, hat mir das bestätigt. Das Diffizile fängt für mich insbesondere da an, dass hier der Antrag von einer Fraktion gestellt wird Richtung Bundesregierung, die doch eigentlich dort vertreten ist, und ich mich dann immer wieder frage bei vergleichbaren Anträgen, warum sie dort nicht aktiv wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will auf die Schwierigkeit dieses Themas zurückkommen, zu dem, glaube ich, alle bestätigt haben, dass es da ein ganz schlichtes Ja oder ganz schlichtes Nein nicht gibt. Einerseits ist die Verfassungsmäßigkeit, denke ich, deutlich bestätigt worden, Bund und Länder halten im Wesentlichen daran fest, aber, das klang bei Ihnen auch durch, überall werden doch gewisse Fragezeichen gesetzt, ob hier die Dinge noch so ganz zeitgemäß sind. Was für mich da von besonderer Bedeutung ist, ist immer wieder der hohe Ausbildungsstandard, den das Handwerk uns bietet. Das halte ich in Zeiten, in denen Ausbildungsnot besteht, für ein ausgesprochen wichtiges Kriterium. Im Übrigen, Herr Focke hat darauf hingewiesen, dass in anderen Ländern sogar gesagt wird, das was hier praktiziert wird mit diesem hohen Niveau, ist doch eigentlich beispielgebend.

Die Beschäftigungsgewinne, die angesprochen werden, sind möglicherweise nicht zu leugnen, aber möglicherweise auch nur ein Strohfeuer effekt, der sich nach kurzer Zeit wieder legt. Ein besonders Problem, denke ich, das ist nur kurz angedeutet worden, sind da gewisse Widersprüchlichkeiten im EU-Recht, dass es Ausländern hier durchaus erlaubt ist, aber Handwerk ja im Wesentlichen eine regionale Veranstaltung ist und dieses Problem insofern wahrscheinlich nicht so ganz offensichtlich wird.

Aus meiner Sicht plädiere ich insofern für eine ausgesprochen großzügige Handhabung von Öffnungsklauseln, dort im Wesentlichen auch für eine Vereinheitlichung der Handhabung in den einzelnen Bundesländern. Wenn wir demnächst Gelegenheit

(C)

(D)

- (A) haben, uns in den Fachdeputationen damit auseinander zu setzen, dann werde ich auch versuchen, der Frage nachzugehen, wie man denn, wenn man sagt, man schafft hier diesen großen Befähigungsnachweis ab, trotzdem der Zielsetzung, der Anforderung an eine Absicherung von Qualität und Ausbildungsstandard hier vielleicht gewisse Normen setzen kann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Prinzipiell finde ich es erst einmal gut, dass Sie unseren Antrag nicht gleich ablehnen, sondern der Überweisung in die beiden Deputationen und den Europaausschuss zustimmen oder dass Sie uns das vorschlagen. Wir meinen aber, dass auch vorher der Senat noch aufgefordert ist, hinsichtlich der Bußgelder einzugreifen, die verhängt worden sind. Das sind ja Sachen, die aktuell noch im Raum stehen. Ich finde, hier müsste der Senat einfach einmal den Dialog aufnehmen mit der Handwerkskammer und das Thema auch auf einer Senatssitzung thematisieren.

- (B) Es kann ja nicht angehen, dass hier Bußgelder in astronomischen Höhen verhängt werden, fünfstellige Summen, ich habe das vorhin gesagt, 70 000 DM, 60 000 DM oder Euro, das ist sogar noch mehr! Das geht dann immer vor die Gerichte und kann keiner richterlichen Prüfung standhalten. Wir finden, das ist abstrus, und das muss eigentlich sofort auf die politische Tagesordnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe vorhin den europäischen Vergleich bemüht, Deutschland ist das letzte Land mit dem Meisterzwang. Wir meinen, wenn wir hier nicht schnell politisch reagieren, wird sich der Meisterzwang sowieso ganz schnell überholen. Ich kann noch einmal sagen, jeder Holländer kann nach Deutschland kommen und hier ein Gewerbe anmelden, es kann ein Engländer kommen. Wir finden, das ist ganz simpel und einfach, hier muss einfach eine europäische Regelung her. Das, was wir hier haben, ist völlig überholt.

Herr Färber hat noch einmal angesprochen, wir sind auch in der Bundesregierung, das ist richtig. Da kann ich noch einmal auf die Debatten im Bundestag verweisen. Dort hat meine Kollegin Frau Fischer auch immer wieder darauf hingewiesen. Herr Färber weiß das auch sicherlich, dass die Grünen da einen weiteren Regelungsbedarf sehen und dass sie den Meisterzwang kritisch bewerten und sich für eine Gewerbebefreiheit einsetzen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Gestern hat Herr Stoiber vor dem Industrie- und Handelskammertag gesagt, dass ihm Existenzgründungen in Deutschland prinzipiell zu lange dauern, nämlich 48 Tage, und gerade für diejenigen, die nur 20 000 Euro oder 50 000 Euro als Startkapital haben, sei das genau die Phase, in der es zum Kollaps kommt in einer Existenzgründung. Ich finde, da hat er schon einmal einen guten Denkprozess in Gang gesetzt. Wenn CDU und CSU in der Richtung auch einmal weiterdenken und das Thema Gewerbebefreiheit in die Überlegungen zur Existenzgründung einbeziehen, kann sich im Land tatsächlich doch noch etwas bewegen. Herr Focke hat ja schon angekündigt, dass er Beratungsbedarf sieht.

Wir finden, die große Koalition sollte ruhig einmal mutig sein und mit den Handwerkskammern auf gleicher Augenhöhe verhandeln und sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Wenn ich lese, was uns der Bundesverband der unabhängigen Handwerker zugeschiedt hat, dass es nämlich eine Art Richterfortbildung geben soll, organisiert vom Handwerk, in der die Richter über das Handwerksrecht informiert werden sollen, dann kann ich auch nur sagen, das finde ich ziemlich einseitig.

Es muss politisch einfach etwas passieren, damit es hier nicht zu einer Show kommt. Das ist ein Monopol, und ich finde, man kann ein Monopol aussitzen. Wir als Grüne wollen das politisch nicht, wir wollen daran arbeiten, und das muss schnell gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, ich möchte Ihnen nur noch einmal kurz sagen: Glauben Sie nicht, dass es uns Spaß gemacht hat zu lesen, dass es diese Bußgeldbescheide gegeben hat! Da sind wir auch überhaupt nicht der Meinung, dass so etwas gerechtfertigt ist. Wir haben auch von der Handwerkskammer die Aussage bekommen, das sei völlig überzogen, und das hätten sie eigentlich so nie gemacht. Da ist auch schon ein gewisser Wandlungsprozess eingetreten, wenn sie auch den Wandel, den Sie wollen, nicht nachvollziehen wollen.

Ich muss noch einmal etwas zu dem generellen Abschaffen des großen Befähigungsnachweises sagen. Das kann man ja beschließen, man muss dann aber auch ganz deutlich sagen, dass es schon irgendwelche Qualitätsmerkmale geben muss, um sich selbstständig machen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann nicht einfach sagen, der hat die Gesellenprüfung bestanden und ein paar Monate gear-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) beitet, und nun hat er die Befähigung dafür, sich selbständig zu machen und auch auszubilden. Es kann auch kein Betrieb, der bei der Handelskammer eingetragen ist, einfach ausbilden, der muss eben die Ausbildereignungsprüfung nachweisen. Es gibt eine ganze Menge Dinge, die dabei berücksichtigt werden müssen. Deswegen sage ich nur, wir können das nicht einfach kippen und sagen, jetzt lassen wir alles einmal so laufen, wie es geht, und jeder soll das machen, was er möchte. Es muss auch eine gewisse Regelung geben, sonst läuft das alles völlig aus dem Ruder. Man wird auch den vielen Handwerkern und Handwerksmeistern nicht mehr gerecht.

Man muss auch überlegen, was denn eigentlich mit dem großen Befähigungsnachweis wird, ob das ein besonderes Etikett ist. Ich glaube nicht, dass das aufgehoben werden wird. Vielleicht ist das eine besondere TÜV-Plakette oder sonst etwas. Man kann sich ja vieles denken, was man mit diesem Nachweis anfangen kann.

Deswegen glaube ich, dass wir gut beraten sind, das jetzt noch einmal etwas länger, aber intensiv und auch nicht auf Jahre hinaus, sondern auch in einer gewissen Zeit abzarbeiten. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir nachher doch zu guten Ergebnissen kommen. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit, Wirtschaft und Häfen und den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen, wobei die Federführung bei der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit liegen soll.

Wer der Überweisung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1137 zur Beratung und Berichterstattung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bildungsinitiative Jugendnetz.Bremen.de

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2002
(Drucksache 15/1148)

(C)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der grünen Bürgerschaftsfraktion hat zum Ziel, mit einem gezielten Förderprogramm, das sich Jugendnetz.Bremen.de nennt, Bremer und Bremerhavener Jugendfreizeitheimen, Jugendbildungsstätten und Jugendclubs in freier und öffentlicher Trägerschaft die Möglichkeit zu geben, in ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und in ihrer eigenen Arbeit das Internet nutzen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen alle die Initiative, die Senator Lemke hier schon oftmals vertreten hat: Schulen ans Netz. Wir meinen, das Ganze muss um die Komponente Jugend ans Netz erweitert werden. Wie der Name Netzwerk schon sagt, gilt es, bestehende Netzwerke der Jugendbildungsarbeit zu stärken, neue Netze zu knüpfen und parallele Entwicklungen miteinander zu verbinden, damit zum Beispiel, was ich sehr wichtig finde, im Bereich Jugendhilfe und Schule Ressourcen gezielt und mit Köpfchen eingesetzt werden, und das kann auf ganz viele Arten geschehen.

Warum der Antrag? Wir meinen, eine solche Initiative fehlt in Bremen. Es gibt bisher keine zielgerichtete Kooperation und Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schulen im Bereich der Medienpädagogik und der Medienbildung. Es gibt zwar zahlreiche Jugendeinrichtungen, die sich zum Teil unabhängig voneinander und bislang in Eigeninitiative auf den Weg gemacht haben, sich dort engagieren und Projekte für Jugendliche anbieten, für Mädchen, Jungen oder beide zusammen, in Sachen Ausbildung oder einfach nur als Internetcafé. Wir meinen, diese Potentiale gilt es zu nutzen.

Gerade auch für die außerschulische Jugendbildung als eigenständigem Bestandteil des Bremer Bildungswesens soll nach unserer Meinung unbedingt und rasch eine Medienoffensive gestartet werden. Wir wollen das gern unter diesem Namen Jugendnetz.Bremen.de einbinden. Ich gebe zu, das ist ein wenig aus dem Bundesland Berlin abgekupfert. Dort hat man das mit großem Erfolg gemacht, hat Mittel des Bundes einwerben können und Mittel von Stiftungen bekommen, von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, von einer Landesstiftung. Man kann

(D)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) te auch private Zustifter und Firmen dafür gewinnen, Mittel dort hineinzuschießen. Wir meinen, das sollte man auf alle Fälle nachmachen, weil wir damit im Jugendbereich inhaltlich noch einmal etwas bewegen können.

Wir wollen die bisherigen Erfahrungen und medienpädagogischen Ansätze in Bremen und Bremerhaven stärker genutzt sehen und schneller weiterentwickeln. Wir wollen das gezielte Förderprogramm für die außerschulische Jugendbildung ins Leben rufen, weil das bisher bedauerlicherweise fehlt.

Der vorliegende Antrag meiner Fraktion hat zum Ziel, alle Bemühungen, Erkenntnisse, Ideen und Innovationen in der medienpädagogischen Jugendarbeit stärker zu bündeln. Wir wollen, dass Jugendclubs und Jugendeinrichtungen das ganze Thema auch in ihre pädagogischen Konzeptionen aufnehmen. Kinder und Jugendliche brauchen gute Startchancen. Sie werden sicherlich unterschreiben, dass es in unserer Gesellschaft zu einer Grundqualifikation gehört, sich mit Internet und PC auszukennen. Das kann nicht nur in der Schule geschehen. Wir meinen, auch gerade in der außerschulischen Jugendbildung gibt es ganz hervorragende Lernorte, an denen sich Jugendliche freiwillig aufhalten, an denen sie auch noch einmal einen anderen Zugang zu Bildungsprozessen haben und an denen man auch noch einmal eine andere Beziehung zum Thema Computer herstellen kann. Die Webpunkte an Bremer Schulen finden wir sehr gut, das unterstützen wir ja auch. Wir meinen, man kann es noch stärker mit den Jugendeinrichtungen vernetzen.

(B) Wir fordern also den Senat mit unserem Antrag auf, bis Ende Oktober 2002 ein medienpädagogisches Förderkonzept vorzulegen, das die Bremer Jugendzentren und Jugendclubs, die Jugendbildungsträger und andere Veranstalter von Jugendmedienangeboten in die Lage versetzt, eben mit den Kindern und Jugendlichen das Internet stärker nutzen zu können. Das können Seminare sein oder Schulungen von Mitarbeitern. Wir schlagen vor, dass man es wie in Berlin macht, also eine Internetplattform schafft, auf der alle Träger kommunizieren können, auf der man Zugang zu diesem Programm bekommt und sich für Qualifikationen anmelden kann. Das finden wir sehr positiv.

Wir sind überzeugt, dass man auch mit dem Schul-Support-Service eine gute Kooperation in die Wege leiten kann, das hat auch Herr Senator Lemke hier schon häufiger erzählt, das ist der so genannte S3. Wenn man das vernetzen kann, könnte man auch hier etwas Gutes tun. Wir meinen, wer Internet in der Jugendarbeit einsetzt, muss sich auch mit dem Thema Jugendschutz auseinander setzen. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Das ist unserer Meinung nach bisher zu kurz gekommen. Wir wollen, dass im Land Bremen Modellprojekte geschaffen werden, die im Bereich erzieherischer Kinder- und Jugend-

schutz gute Beispiele geben, die andere leicht nachahmen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe eben schon Berlin genannt, ich kann auch sagen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern machen uns ganz gut vor, wie das laufen kann. Sie machen eine enge Kooperation von Jugendhilfe und Schule, haben dort auch so etwas wie Webpunkte, nennen das dann auch JIP, Jugendinfopoints, und sie binden die Bibliotheken mit ein.

In Bremen könnten wir das auch alles machen. Wir könnten zudem die regionalen Jugendinformationen einbinden, die bisher das Servicebüro für internationale Jugendkontakte betreut hat. Sie kennen es sicherlich. Unter dem Dach von Jugendinfo.de finden Jugendliche heute schon viele Informationen für alle Sachen, die ihre Lebensphase berühren, von Ausbildung über Graffiti, Drogen bis Freizeit und Events kann man unter dieser Internetadresse viele Jugendinformationen altersgerecht aufgearbeitet finden.

Die Internetplattform habe ich erwähnt, sie wäre auch eine Spielart in diesem Konzept, die man aufnehmen könnte. Das soll der Senat hier einfach darlegen. Wir fordern, und das ist eine sehr wichtige Säule in unserem Antrag, dass die Aus- und Fortbildung der Pädagogen auf den Prüfstand gestellt wird, dass es hier eine gezielte Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen, Fachkräfte der Jugendarbeit und Lehrer gibt, die gemeinsam konzipiert werden soll, weil man eben mit der gleichen Klientel arbeitet. Die Uni Bremen kooperiert in diesem Bereich schon sehr mit den Jugendeinrichtungen und auch mit dem Servicebüro für internationale Jugendkontakte. Wir wollen das gern stärker einbinden. Die Uni Bremen betreut ja auch die Webpunkte. Vielleicht kann man hier das Ganze einmal sinnvoll vernetzen.

Wir brauchen also Taten, und wir brauchen das Konzept. Zu den Ressourcen kann man sagen, da sollte das Ressort einfach auch noch einmal prüfen, was an finanziellen Mitteln vorhanden ist. Ich denke, auch eine Anfrage an die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung wäre machbar. Das Land Bremen hat ja das T.I.M.E.-Programm. Das Jugendressort könnte sich auch noch einmal mit Herrn Senator Lemke ins Benehmen setzen, was denn da noch machbar ist.

Wir meinen, es muss in diesem Konzept eine Anschubfinanzierung für die technische Ausstattung und für die technische Betreuung geben, das ist nicht zum Nulltarif zu haben.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Die haben wir doch, Frau Stahmann!)

Ja, Frau Striezel, wir haben zum Teil eine Ausstattung, aber es reicht eben nicht, um es sinnvoll zu

(C)

(D)

(A) machen. Wir wollen es gezielt machen, mit einem gezielten Konzept, und wir wollen einen Plan dabei haben, und der existiert bislang nicht.

Wir schlagen auch vor, die Ausbildung einzubeziehen, und zwar die Ausbildung zur technischen Informatik an der Meta-Sattler-Straße. Auch da könnte man prüfen, ob nicht die Betreuung dieses Jugendnetzes ein Ausbildungsbestandteil werden könnte. Das ist sicherlich noch einmal ganz spannend, wenn der Senat uns darüber berichten könnte.

Wir meinen, die Zeit für ein Förderprogramm ist längst reif. Sie haben ja den Antrag gelesen, er legt ja eigentlich klipp und klar dar, was wir wollen. Wir hoffen, dass die jugendpolitischen Sprecher und Sprecherinnen das auch positiv mit uns bescheiden. Wenn Sie nicht hier gleich zustimmen, Frau Striezel, ich werte es einmal so, wenn Sie das Ganze noch einmal in die Deputation zur fachlichen Beratung überweisen möchten, dann haben wir nichts dagegen.

Wir meinen, die Zeit ist reif. Eigentlich warten die ganzen Jugendeinrichtungen auch nur darauf, dass politisch hier etwas passiert, dass hier einmal etwas Geld in die Hand genommen wird und die ganzen Energien zusammengeführt werden, damit hier richtig Power entsteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, ich muss ganz deutlich sagen, dass ich mit diesem Antrag ganz große Probleme habe. Sie sind nicht inhaltlicher Art, sondern ich stelle einfach einmal fest, dass das ein Maß an Unehrllichkeit ist, das wir hier durch diesen Antrag vorliegen haben, das ich so bisher noch nicht wahrgenommen habe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es ist deswegen unehrlich, Frau Stahmann, weil Sie hier auf Diskussionen zurückgreifen und als etwas verkaufen, was auf Ihrem Mist gewachsen sei. Das ist, finde ich, nicht fair gegenüber denen, die diese Arbeit machen.

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

Um das noch einmal ganz deutlich zu sagen, wenn Sie einen richtigen Antrag hätten stellen wollen, dann hätten Sie sagen müssen: Die Bürgerschaft bittet um Umsetzung des Förderprogramms Bremer Ju-

*) Vom Redner nicht überprüft.

gendnetz in seiner Fassung des dritten Arbeitsentwurfs vom 30. Mai 2002.

(C)

(Abg. Frau **S t r i e z e l** [CDU]: Erwischt!)

Das wäre ein richtiger Sachverhalt gewesen. Dann hätte man sagen können, es gibt hier entsprechende Beratungen, die Grünen finden die richtig, was da angestrebt wird, ist auch die Meinung der Grünen, und deswegen wird das unterstützt.

Was Sie allerdings jetzt hier für eine Diskussion aufgezo-gen haben, versucht doch den Eindruck zu erwecken, als wären Sie hier sozusagen die Erfinderin eines bestimmten Konzeptes, und Sie wollen hier jetzt dieses Konzept als ein Projekt der Grünen verkaufen. Das ist, finde ich, gegenüber denen, die an diesem Projekt arbeiten und schon seit geraumer Zeit arbeiten, erst einmal nicht fair.

(Vizepräsident **R a v e n s** übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte Ihnen gleich auch noch einmal meine Meinung darüber deutlich machen, welche Bedeutung das eigentlich für diesen Prozess hat, wenn man so vorgeht, wie Sie das tun.

Erst einmal möchte ich aber deutlich machen, dass der medienpädagogische Ansatz, der dahinter steckt, natürlich total unterstützenswert ist. Das ist doch ganz klar. Wir haben in den letzten Jahren einen deutlichen Ausbau öffentlicher Internetangebote und auch medienpädagogischer Angebote vollzogen. Es gibt entsprechende Angebote in Schulen, in Jugendfreizeitheimen, und ich habe überhaupt keinen inhaltlichen Widerspruch dagegen. Wir müssen eben jetzt diese Angebote, die es gibt, auch tatsächlich systematisieren, aufeinander beziehen, vernünftige pädagogische Konzepte und auch Modelle entwickeln. Ich erhebe keinen Widerspruch dagegen, sondern vielmehr finde ich, dass dieser Ansatz auch richtig ist. Diese Systematisierung muss kommen. Ich stelle nur fest, sie ist schon längst in der Beratung.

(D)

In groben Zügen stimmen wir also dem, was Sie inhaltlich hier entwickelt und als Antrag vorgestellt haben, deutlich zu. Es entspricht allerdings in groben Zügen auch dem, was ich jetzt in dieser Fassung vorliegen habe, was die Basis Ihres Antrages ist. Nur, die Problematik, die sich daraus ergeben würde, wenn wir Ihrem Antrag zustimmen würden, wäre: Was hier als Bremer Jugendnetz mit dem Ziel ins Internet gestellt worden ist, online eine Beratung zu organisieren, also zu schauen, welche Meinung auch andere Leute, die eben nicht als Personen konkret an den bestimmten Orten waren, dazu haben! Im Internet so etwas zu diskutieren, finde ich, ist ein absolut richtiger Schritt. Ich hätte im Prinzip auch erwartet, dass das auch Ihrer Meinung entspricht, wenn man solche modernen Beteiligungsmodelle wählt.

(A) Der nächste Schritt, der bei diesem Konzept vorgesehen ist, läuft darauf hinaus, dass man im Spätsommer eine Fachtagung zu diesem Thema machen will, um die ganze Fachöffentlichkeit in Bremen zusammenzubringen. Auch das ist – so habe ich bisher Ihre jugendpolitischen Voten immer verstanden – etwas, das durchaus in Ihrem Interesse ist. Wenn man sich also einmal anschaut, dass es hier ein Konzept gibt, über das, so vermute ich, in allen Fraktionen relativ weitgehend Übereinstimmung herrscht, wenn wir jetzt hier eine Diskussion haben im Sinne einer Onlinebefragung, wenn wir dann eine Fachveranstaltung haben, also verschiedene Beteiligungsmodelle haben, welchen sinnvollen Beitrag soll es denn dann geben, das zum jetzigen Zeitpunkt hier parlamentarisch zu beschließen?

Ich bin der Meinung, dass so ein Beschluss uns jetzt hier nicht hilft, sondern eher hindert, weil er nämlich in Zweifel zieht, welche Einflussmöglichkeiten und Beteiligungsformen, die vorgesehen sind, wir dann überhaupt noch haben. Deswegen finde ich es wichtig, einen solchen Antrag zu überweisen, so dass er auch wieder in die Zusammenhänge kommt, aus denen er im Prinzip auch stammt.

(B) Ich will auf eine weitere Problematik hinweisen, die wir im Augenblick haben, und zwar ist die Situation die, dass wir dieses Programm „Jugendnetz“ im Moment auf kommunaler Ebene führen. Das hat einen bestimmten Grund. Die Jugendfreizeitheime sind nun einmal kommunale Einrichtungen, und von der Systematik her macht es einfach Sinn, innerhalb der Städte erst einmal die einzelnen Einrichtungen sich aufeinander beziehen zu lassen und dies nicht auf Landesebene zu machen, sondern die kommunalen Strukturen zu nutzen. Ich glaube, wenn man sich das ganz pragmatisch anschaut, wird das auch bei Ihnen keinen großen Widerspruch hervorrufen.

Deswegen würde ich vorschlagen, wir überweisen jetzt dieses Papier zurück in die Jugenddeputation und machen die Beteiligungsmöglichkeiten, die jetzt vorgesehen worden sind, so mit! Ich hoffe, dass wir dann inhaltlich auch tatsächlich auf einer Linie landen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, Herr Pietrzok hat eigentlich viel dazu gesagt, was uns hier in der Koalition bewegt, und Sie selbst haben das Wort „abgekupfert“ in Ihrer Rede verwendet. Was Sie uns hier vorlegen, ist abgekupfert. Es ist Resultat der Arbeit, die vom zuständigen Ressort und dem Bremer Jugendnetz in der dritten Arbeitsfassung vom

*) Vom Redner nicht überprüft.

30. Mai dargestellt wurde. Frau Stahmann, das ist das, was völlig logisch ist! Nur, dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, das sei Ihre grüne Vision, ist das Unehrlliche daran, und ich sage Ihnen auch sehr deutlich, das stößt auch bei der CDU-Fraktion auf schärfste Kritik, wie Sie hier mit diesen Ideen umgehen!

(Beifall bei der CDU)

Es ist völlig richtig, wir brauchen Medienkompetenz, und zwar nicht nur von Schule ausgehend. Gerade weil junge Leute nicht nur am Vormittag in der Schule, sondern auch nachmittags in Jugendeinrichtungen sind, brauchen wir eine umfassende Medienkompetenz, weil diese auch ganz wichtig ist nicht nur für die berufliche Ausbildung, sondern bei umgreifenden Aktivitäten über Internet, E-Mail et cetera und auch für das weitere Leben.

Es ist auch völlig richtig, was Sie in einer Randbemerkung gesagt haben, dafür brauchen wir natürlich auch eine Medienkompetenz der Erzieherinnen und Erzieher, der Beschäftigten in Jugendeinrichtungen, der Lehrerinnen und Lehrer am Vormittag. Das weiß der Bildungssenator auch, da hat er von uns schon Arbeitsaufträge bekommen, wie dies in Lehrerbildung, -fortbildung und -weiterbildung organisiert werden kann. Dafür brauchen wir ein Netzwerk, die Abstimmung zwischen den Einrichtungen und Schulen und letztendlich auch mit den einzelnen beteiligten Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir aber eben auch die Ehrlichkeit bei der ganzen Sache, damit wir hier gemeinsam vorangehen. Wir überweisen Ihren Antrag zurück an die Deputation für Jugend, da wird die Kollegin Striezel dies dann auch entsprechend weiter beraten.

Wir wollen darüber hinaus hier auch noch einmal zwei, drei Punkte ansprechen. Dazu gehört zum Beispiel ein Problem, das wir momentan an den Schulen haben: Wir brauchen zum Beispiel auch sinnvoll ausgewählte Software! Wir erleben zunehmend, dass da ziellos Software eingesetzt wird. Dafür brauchen wir entsprechende Filter, weil es nicht sein kann, dass in öffentlichen Einrichtungen Internetzugänge geschaffen werden, mit denen man auch pornografische und gewaltverherrlichende Medien aufrufen kann, darum müssen wir auch dies einbeziehen.

Außerdem brauchen wir natürlich auch die Kompetenz derjenigen, die in diesen Einrichtungen für entsprechende Aufsicht sorgen. Insgesamt sehe ich, dass hier gute Beratungen schon vor Ihrem Antrag stattgefunden haben, und darum bin auch guter Hoffnung, dass wir in dem Zeitrahmen, der im Antrag beschrieben wird, nämlich bis zum Herbst dieses Jahres, in der zuständigen Deputation eine gute Fachberatung vorantreiben können, damit wir hier in Bremen insgesamt dann möglichst bald auf das

(C)

(D)

(A) zurückgreifen können, was zum Beispiel in Berlin, wie Sie selbst gesagt haben, heute schon Realität ist.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Opposition zeichnet sich dadurch aus, dass man eigene Ideen hier kreativ einbringt und nicht geklaute. Ich bitte von daher darum, hier in Zukunft doch ein bisschen mehr Ehrlichkeit an den Tag zu legen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Stahmann, mir ging es auch so wie meinen Vorrednern, ich war einigermaßen erstaunt. Ich bin noch neu in dem Ressort und kann nicht alles wissen. Ich wusste auch nicht, dass wir jetzt schon so weit bei der Entwicklung sind. Aber als ich in der Vorbereitung der Bürgerschaftsdebatte für heute die Unterlagen der Fachabteilung bekam und das Ganze mit Ihrem Antrag abglich, da war ich platt, das muss ich ganz ehrlich sagen, weil wir Ihre Aufforderung nicht brauchen, um tätig zu werden, sondern ich habe festgestellt, dass wir schon seit mindestens zwei Jahren auf dem Weg sind, dieses Thema intensiv vorzubereiten!

(B) Es ist schon mehrfach angesprochen worden, dass die aktuelle Fassung des Bremer Jugendnetzes vom 30. Mai allen bekannt ist, und es wird auch sehr intensiv daran gearbeitet. Von daher ist es wirklich nicht nötig, dass Sie diesen Antrag hier einbringen, und das Copyright für dieses Konzept des Bremer Jugendnetzes nehme ich für mein Ressort in Anspruch!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich denke aber, dass wir uns trotz der Auseinandersetzung, wer was wann wie erfunden hat – die inhaltliche Debatte hat es ja gezeigt –, alle auf einem guten Weg befinden, weil wir es ja gemeinsam voranbringen wollen.

Ich will noch einmal kurz darstellen, was das Ressort in den vergangenen zwei Jahren vorangebracht hat. Das ist einmal Zug um Zug die Ausstattungsförderung für Jugendeinrichtungen in Bremen, um PC- und Internetzugänge zu schaffen. Auch die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und die Beteiligung von Fachkräften an den Fachtagungen in der Kinder- und Jugendhilfe haben stattgefunden. Da geht es eben nicht nur um technische Kompetenzentwicklung, sondern auch um konzeptionelle und um den kritischen Umgang mit diesen Medien. Es gab die Konsolidierung des Online-Jugendinformationsdienstes www.jugendinfo.de und den Auftrag zur stadtteilbezogenen und gesamtstädtischen

Ausdifferenzierung im Netzwerk mit allen Interessierten. Es ist auch die Förderung der Datenbank zum Bereich Jugend für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz erfolgt.

(C)

Ausgehend von den Erfahrungen mit den Praktikern und der Kooperation mit der Forschungsgruppe Telekommunikation an der Bremer Universität, da gibt es eine enge, gute Zusammenarbeit, sind aus diesen verschiedenen Einzelaktivitäten dann die Überlegungen entstanden, ein gesamtstädtisches Rahmenkonzept zu entwickeln. Diese Bemühungen, die so vielfältig bestehen – es gibt ganz viele tolle Initiativen schon in den Jugendeinrichtungen –, waren zu bündeln und mit den Expertinnen und den Experten ein Entwurf für eben dieses Bremer Jugendnetz zu erarbeiten. Diesen ersten Entwurf gab es bereits im Januar 2002.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Hört, hört!)

Wir sprechen ja auch schon von der dritten Fassung. An diesem Entwurf haben seitdem Expertinnen und Experten weitergearbeitet. Ich finde, wenn man den Entwurf kennt – den kennen Sie sicherlich auch, Frau Stahmann –, dann ist das schon einmal eine sehr gute Grundlage!

Es ist ja auch schon ausgeführt worden, wie damit weiter umgegangen werden soll, nämlich eine breite Debatte, ein Diskussionsforum online und ein fachöffentliches Forum im August, wahrscheinlich wird es aber September 2002, herzustellen, so dass wir auch eine breite Diskussion, eine breite Partizipation, was mir immer ganz wichtig ist, aufnehmen und in dieses Konzept einbringen können, was Jugendliche an Anregungen bieten. Die Arbeiten laufen schon seit längerem. Das möchte ich noch einmal sehr eindringlich darstellen.

(D)

Was die Finanzierung betrifft, glaube ich, dass wir das hinbekommen. Wir haben einmal reguläre Mittel, wir haben auch die Kinder- und Jugendstiftung, da könnte ich mir vorstellen, dass man etwas hinbekommt. Das ist aber eben das Problem, das Herr Pietrzok auch schon angesprochen hat: Ich halte es für sinnvoll, dass wir erst in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven das aufnehmen, was sich dort entwickelt. Es soll ja auch sozusagen von unten kommen. Ich halte nicht so viel davon, das von oben aufzudrängen. Es ist eher sinnvoll, wenn wir das, was sich entwickelt hat, vernetzen, fördern und weiterentwickeln, denn ich bin schon sehr interessiert, das, was sich in den Städten Bremen und Bremerhaven entwickelt, dann auch zusammenführen. Mir liegt auch noch viel daran, dass wir versuchen, in das Programm „Jugend ans Netz“, das die Bundesregierung angekündigt hat, hineinzukommen, um da auch Fördermittel zu akquirieren.

Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Thema. Für Jugendliche ist es sowieso ganz selbstverständlich, die sind schon viel weiter bei der Internetnutzung

- (A) als wir. Sie warten nicht auf uns. Aber trotzdem ist es wichtig, dass wir die Kompetenzen, vor allem den medienkritischen Umgang mit den neuen Medien, fördern. Auch politische Bildung spielt da eine Rolle, dass wir Jugendliche dafür sensibilisieren, wie sie mit diesen Medien umgehen. Selbstverständlich müssen wir auch die Fachkräfte entsprechend fortbilden, dabei sind wir aber schon längst, das muss nur noch verstetigt werden.

Ich denke, wenn wir das jetzt überweisen, so habe ich das verstanden, dann können wir in der Fachdeputation die inhaltliche Diskussion weiter führen. Wir werden das, was von den Jugendlichen an Anregungen kommt, aufnehmen, das wäre mir wichtig. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dann zum Ende dieses Jahres, wenn all die Diskussionsprozesse gelaufen sind, ein gutes Konzept vorlegen werden. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

- (B) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin doch ein wenig erstaunt über die Aufregung, die hier unserem Antrag entgegengebracht wird. Ich denke nicht, dass ich mich dafür entschuldigen muss, dass ich mehrere Jahre als Bildungsreferentin tätig war, und das auch ganz erfolgreich. Ich muss mich nicht dafür entschuldigen, dass ich einen Förderpreis für Bremer Jugendarbeit genau mit diesem Thema „Neue Medien in der Jugendarbeit“ gewonnen habe. Ich denke, Sie wissen auch, dass ich medienpolitische Sprecherin der Grünen bin und von daher auch sehr intensiv mit meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen diskutiere. Ich agiere ja nicht in einem luftleeren Raum, das tun Sie ja schließlich auch nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wehre mich aber doch, da Herr Pietrzok gesagt hat, ich hätte das abgekupfert. Das muss ich ja schon als Beleidigung aufgreifen, da ich ja mit meinem Kollegen Mützelburg noch intensiv um einige Punkte gerungen habe, ob wir die jetzt aufnehmen und wie man das formuliert.

Wir finden es prinzipiell erst einmal gut, dass das Thema in die Deputation kommt und dort noch einmal fachlich beraten wird. Ich habe aber eine ganz andere Einschätzung als Frau Senatorin Röpke. Wir meinen nicht, dass man noch viel Zeit verlieren sollte. Sie sagt, es muss sich noch etwas entwickeln in Bremen und Bremerhaven. Seit 1996/97 entwickelt sich ganz viel in Bremen und Bremerhaven.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Die Einrichtungen, Initiativen und Jugendarbeiter vor Ort warten auf eine politische Unterstützung, warten auf ein gezieltes Förderkonzept, damit sie endlich loslegen können. Sie wissen ja, dass die Mittel im Jugendbereich und die Jugendfördermittel nicht üppig sind und dass man da nicht viele neue Sachen machen kann. Man kann keine neuen Investitionen machen, man kann keine teuren Fortbildungen bezahlen, und es können keinesfalls auch neue Modellprojekte finanziert werden, denn, Frau Striezel weiß das selbst, sie können gar nicht weiter finanziert werden.

Also, fügen wir uns unserem Schicksal! Wir beraten das Ganze noch einmal in der Deputation, obwohl wir meinen, die Entwicklung in Bremen und Bremerhaven ist eigentlich schon viel weiter. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, es ist mir daran gelegen, dass klargestellt wird, auch mir geht es nicht darum, dass wir Zeit verlieren, im Gegenteil! Ich habe doch die Zeitleiste dargestellt. Wir sind schon seit zwei Jahren dabei. Das Konzept ist in einer relativ weitgediehenen Fassung. Es wird diskutiert im September in einem öffentlichen Forum, vielleicht auch schon im August. In den Sommerferien ist es wahrscheinlich nicht so günstig, weil dann keine Diskutanten da sind, da sind ja Ferien. Darüber hinaus machen wir dieses Online-Forum. Das ist alles in zwei Monaten, und dann ist es fertig, dann können wir damit loslegen. Da kann ich nicht davon sprechen, dass wir Zeit verlieren, im Gegenteil! Ich bin sehr daran interessiert, dass wir das mit großer Verve weiter verfolgen. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich klarstellen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Senioren vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1148 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Senioren seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(D)

(A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. Mai 2002
(Drucksache 15/1139)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002

(Drucksache 15/1174)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Ich frage Sie, Herr Senator, möchten Sie die Antwort noch einmal mündlich wiederholen?

(Senator H a t t i g : Nein!)

Das ist nicht der Fall.

Wir treten in die Aussprache ein.

Das Wort hat der Abgeordnete Focke.

(B) Abg. **Focke** (CDU *) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat diese Große Anfrage eingebracht, um zu verdeutlichen, dass die große Koalition gegen den allgemeinen Trend durch gute Wirtschafts- und Finanzpolitik das Land einen erheblichen Schritt weiter nach vorn gebracht hat. Dass die SPD als unser Koalitionspartner nicht mit unterschreiben wollte, betrübt mich etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, da wir doch den Erfolg gemeinsam erzielt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das allerdings nicht so sehen, meine Damen und Herren, dann sind wir auch gern bereit, den Erfolg allein für uns zu beanspruchen,

(Beifall bei der CDU)

da wir ja mit den Senatoren Hattig und Perschau zwei Garanten der großen Koalition für eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik stellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen unsere Erfolge, meine Damen und Herren, auch in das Land hinaustragen, wenn wel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

che da sind, und wir haben viele Erfolge. Bremen ist ein guter Wirtschaftsstandort geworden, und es lohnt sich, darüber zu reden. Deswegen dürfen und werden wir es auch nicht zulassen, verehrte Opposition, dass Sie mit Ihrer unsäglichen Miesmacherpolitik den Standort Bremen und Bremerhaven schlecht reden und Investoren abschrecken. Wir wollen, dass Investoren zu uns kommen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Nachdem die bremische Wirtschaft schon im Jahr 2000, als wir das höchste Wirtschaftswachstum aller norddeutschen Länder mit 3,2 Prozent erzielt haben, überdurchschnittlich gewachsen ist, wuchs auch im Jahr 2001 die bremische Wirtschaft um 1,3 Prozent, mehr als doppelt so viel wie im Bund mit 0,6 Prozent! Dieses Wirtschaftswachstum hat dafür gesorgt, dass Bremen auch beim Beschäftigungszuwachs mit rund 9600 zusätzlichen Erwerbstätigen, 1,7 Prozent beziehungsweise 0,4 Prozent im Jahr 2001, in der Spitzengruppe aller Bundesländer lag. Das zeigt schon, und allein diese beiden Zahlen beweisen dies eindrucksvoll, dass ein Stimmungsumschwung in unserem Bundesland stattgefunden hat.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag legte kürzlich den Bericht „Standorte in Deutschland“ vor. Mehr als 20 000 Unternehmen wurden in 82 IHK-Bezirken nach der Standortattraktivität ihrer Region und den dringendsten Maßnahmen für eine höhere Attraktivität des Standortes Deutschland befragt. Auf dieser Grundlage ist erstmals ein Ranking erstellt worden. Bremen ist mit Platz 20 insgesamt im oberen Drittel dieser 82 Bezirke. Im norddeutschen Vergleich belegt Bremen hinter Hamburg und Osnabrück Platz drei.

(D)

Bei der Veränderung der regionalen Standortbedingungen während der letzten drei Jahre, und das ist das besonders Bemerkenswerte und das Erfreulichste an dieser Befragung, schneidet der Bezirk Bremen sogar am besten ab, Platz eins unter 82 Bezirken. Dazu führt die IHK-Studie aus:

„Mehr als ein Drittel der Unternehmen attestiert dem Standort Bremen, dass sich dort die Bedingungen verbessert haben. Bremen hat im Urteil der Unternehmen während der vergangenen Jahre deutlich an Profil gewonnen, eine Folge auch der Vielzahl zukunftsorientierter Investitionen am Standort. Bemerkenswert dabei ist, dass die deutliche Ausweitung von Investitionen bei gleichzeitiger Rückführung der konsumtiven öffentlichen Ausgaben sich in einer positiven Bewertung durch die Unternehmen niederschlägt.“

Das ist ein ganz besonderes Lob, meine Damen und Herren, das hier ausgesprochen worden ist. Das ist um so bemerkenswerter, weil sich nämlich in den anderen Bezirken die Unternehmen meistens so geäußert haben, dass sich in den letzten Jahren in ihrem Bezirk überhaupt nichts getan habe. Über 80

(A) Prozent der Unternehmen in den anderen Bezirken haben gesagt, es habe sich nichts geändert bei ihnen. Das zeigt also ganz besonders, dass wir hier eine erhebliche Aufholjagd gestartet haben und dabei auch eine erfolgreiche Punktlandung gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Besonders gute Standortfaktoren sind die Nähe zu Lieferanten, Kunden und Partnern, was sich eben in der Gewerbeflächenpolitik, insbesondere Gewerbepark Hansalinie, ausdrückt, sowie Technologietransfer und Hochschulkooperation. Es folgen die Faktoren Verfügbarkeit, Kosten von Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur. Als Standortchwäche wird in Bremen neben der Höhe der kommunalen Steuern, Abgaben und Gebühren und der Leistungsfähigkeit der Behörden die Qualität der Bildungseinrichtungen genannt.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Das ist bundesweit so!)

In Bremen fordern zwei Drittel der Unternehmen, das Bildungssystem erheblich zu modernisieren. Meine Damen und Herren, das ist im Gegensatz zu anderen Bezirken ein sehr hoher Wert! Ich werde deshalb nachher noch einmal darauf zurückkommen. Wir wollen aber erst noch einmal die positiven Daten beleuchten.

(B)

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Großaufnahme, Herr Focke!
Videoleinwand!)

Wie ist es nun zu diesen positiven Daten und dem Stimmungsumschwung gekommen, meine Damen und Herren? Der Senat hat konsequent auf eine investitions- und innovationsfreundliche Strukturpolitik gesetzt und das Sonderinvestitionsprogramm und das Wirtschaftsstrukturpolitische Aktionsprogramm zielgenau eingesetzt. Zusammen mit einer tief greifenden Strukturreform fast aller Verwaltungsbereiche hat sich insbesondere die Wirtschaftsförderung aus einer Hand durch BIG und BIS positiv ausgewirkt, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Auf wen?)

Auf die Investoren, auf die Leute, die zu uns kommen wollen, die Gewerbeflächen nachgefragt haben! Die haben nämlich welche bekommen und Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Entscheidende, wofür wir überhaupt Sannierungspolitik machen, dass wir Arbeitsplätze

schaffen, die Steuerkraft stärken und den Standort Bremen stärken, meine Damen und Herren!

(C)

Die bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen und insbesondere die kurzfristige Verfügbarkeit von Gewerbeflächen hat erhebliche private Investitionen ausgelöst. Daher ist es auch sehr wichtig, dass es eine Fortschreibung des integrierten Flächenprogramms von 1993 gibt. Nach wie vor müssen wir über eine Dispositionsreserve von zirka 100 Hektar verfügen, um nachfragegerecht eine zeitnahe Flächenbereitstellung zu gewährleisten. Wir brauchen auch in den kommenden Jahren für eine jährliche Flächenbereitstellung mindestens rund 50 Hektar erschlossenes Gebiet.

Wir sehen aus der Mitteilung des Senats, wie in den letzten Jahren Gewerbeflächen vergeben worden sind. Da sieht man, dass in den Jahren 1999 und 2001 sogar mehr als 50 Hektar vergeben worden sind. Deswegen sind das Zahlen, die sich an der unteren Grenze bewegen müssen, meine Damen und Herren. Also, auf jeden Fall sind diese 50 und 100 Hektar jedes Jahr bereitzustellen.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Jedes Jahr!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch Dinge, die sehr positiv sind, und die müssen Sie sich auch einmal anhören, denn die negativen Dinge, das sind die wenigsten Dinge, die wir hier in den letzten Jahren gemacht haben. Wir haben positive Politik gemacht, und die muss auch verkauft werden.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Daher ist es auch einmal ganz sinnvoll, wenn Sie sich das auch einmal anhören, dass es so etwas auch gibt und es auch Fakten sind, die sie nicht wegreden können, denn diese Zahlen sind nun einmal da.

(Beifall bei der CDU – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Investitionsquote des Landes ist von 10,6 Prozent im Jahr 1995 auf 16,1 Prozent im Jahr 2001 angestiegen. Die damit in Verbindung stehende Verbesserung der wirtschaftsorientierten Infrastruktur hat wesentlich zur Erhöhung der Standortattraktivität und der Metropolenfunktion Bremens beigetragen. Auf Seite vier der Mitteilung des Senats ist ja auch deutlich geworden, dass wir außer bei den harten Standortfaktoren wie Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur auch in anderen Bereichen Erhebliches getan haben, um die Qualität, die Aufenthaltsqualität, die Wohnqualität und die Standortqualität Bremens und Bremerhavens, weiter zu stärken. Es ist etwas betrüblich, darf ich hier einmal in einem Ne-

(A) besatz einfügen, dass Bremerhaven in dieser Mitteilung nicht mehr erwähnt worden ist,

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann ja einmal vorkommen!)

denn hier ist auch eine ganze Menge geschehen, selbst wenn sich das in den Wachstumsraten und den Arbeitslosenzahlen noch nicht so ausdrückt, aber die ersten Indikatoren sind auch in Bremerhaven da, dass es aufwärts geht.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Blühende Landschaften!)

Dazu werde ich auch gleich noch kommen. Deswegen wäre es ganz gut gewesen, wenn hierin etwas mehr gestanden hätte. Vielleicht geht der Senator gleich noch darauf ein.

Wir haben in Bremen durch die Revitalisierung der Schlachte, den Bau des Universum Science Center, das Innenstadt- und Nebenzentrenprogramm eine ganze Menge für die Attraktivitätssteigerung getan, auch die Wissenschafts- und Forschungspolitik hat einen erheblichen Beitrag dazu geleistet. Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven ist erheblich gestärkt worden. Die Gründung der Internationalen Universität hat uns national und international besondere Aufmerksamkeit eingebracht, meine Damen und Herren. Das war eine ganz phantastische Angelegenheit. Zwischenzeitlich ist die IUB auch die erste Privatuniversität, die vom Wissenschaftsrat akkreditiert worden ist. Das ist eine ganz tolle Leistung, und darauf können wir in Bremen, alle Parteien, stolz sein.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau B e r k [SPD]: Da würde ich aber einmal die alten Protokolle nachlesen!)

Frau Berk, Sie haben doch auch eine ganze Menge dazu beigetragen. Freuen Sie sich doch mit uns, das ist eine schöne Sache!

(Abg. Frau B e r k [SPD]: Mehr als Sie! Darauf bin ich auch ganz stolz!)

Damit diese Entwicklung aber auch weiter anhält und sich möglichst noch weiter verbessert, müssen neue Ideen verwirklicht und entwickelt werden.

Die verabschiedeten Programme Innovision für die Technologiepolitik und T.I.M.E. für die Bereiche Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia und Entertainment sind wichtige Meilensteine, die nun auch konsequent umgesetzt werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im T.I.M.E.-Bereich soll die mobile Kommunikation ein besonderer Schwerpunkt werden. Pilotstandort für UMTS sollen und wollen wir sein. Dies erfordert aber auch, dass wir schneller sind als andere Regionen und unsere Partner auch mitziehen, meine Damen und Herren. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Entscheidung für den Aufbau eines Mobile Solution Centers, in dem Wirtschaft und Wissenschaft in räumlicher Nähe Anwendungen im Bereich der Mobilkommunikation entwickeln sollen, noch vor der Sommerpause gefällt werden soll.

(C)

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum ist das dann aus der offiziellen Senatsantwort gestrichen worden?)

Ich habe das gelesen, meine Damen und Herren. Wenn Sie es nicht gelesen haben, haben Sie etwas anderes gelesen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir bekommen ja nicht jede Fassung!)

Außerdem muss nicht alles in einer Mitteilung stehen. Wenn eine Fraktion hier eine Meinung hat, dann darf sie die auch in diesem Parlament sagen, selbst wenn sich nicht alles in der Mitteilung auf die Große Anfrage wiederfindet.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Es findet sich eine ganze Menge nicht in der Mitteilung auf die Große Anfrage wieder. Man hätte noch viele positive Dinge mehr aufzählen können, aber vielleicht hat die Zeit nicht ausgereicht, um die Große Anfrage zu beantworten. Wir waren allerdings der Meinung, dass es hier so viel Positives zu berichten gibt, dass man dafür nicht drei oder vier Monate braucht, sondern das kann man auch in drei Wochen abarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aber nicht nur der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, auch die hiesigen Handelskammern in Bremen und Bremerhaven bescheinigen Bremen in ihrem Jahresbericht gute Noten. Im Wirtschaftswachstum liegt Bremen auf Platz vier, die Arbeitslosigkeit ist um 0,6 Prozent zurückgegangen, und die Ausbildungsplätze haben erneut zugenommen, das ist auch ein sehr positiver Aspekt.

(Beifall bei der CDU)

In Bremen konnten wir erstmals seit Jahren wieder einen Einwohnerzuwachs erzielen. Was sind wir

(A) dafür angegriffen worden, dass wir gesagt haben, wir brauchen mehr Einwohner, wir müssen Einwohnerzuwachs haben!

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Nein, dafür nicht!)

Sie haben gesagt, mit unseren Mitteln sei das nie zu erreichen, und all die Studien sprächen dagegen. Jetzt, meine Damen und Herren, sind Sie eines Besseren belehrt worden durch diese Politik!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ganz eindeutig darauf zurückzuführen, dass der Fernwanderungssaldo positiv ist, dass wir hier Arbeitsplätze geschaffen haben, die eben interessant sind und sich durchaus mit anderen Zentren in Deutschland messen lassen können.

In Bremerhaven ist das mit dem Einwohnerzuwachs leider noch nicht gelungen, aber hier zeichnet sich auch eine Trendwende ab. Die Abwanderung ist zurückgegangen, und in Bremerhaven werden unter anderem auch mehr Wohnungsbauflächen für Einfamilienhäuser ausgewiesen, und auch die Wirtschaft unternimmt alle Anstrengungen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, so dass wir glauben, dass auch in Bremerhaven bald die Trendwende erreicht ist.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Bei den Firmenneugründungen und Existenzgründungen haben wir ebenfalls erfolgreich abgeschnitten. Im Jahr 2001 erzielten wir einen Nettoüberschuss an Neu- und Existenzgründungen von 300 Unternehmen und liegen damit auf Platz vier in Deutschland, meine Damen und Herren. Auch das ist, weil wir einen Nachholbedarf bei der Selbständigkeit haben, ein ausgezeichnetes Ergebnis!

(Beifall bei der CDU)

Bei den Insolvenzen, was eine ganz betrübliche Angelegenheit ist, worüber in den letzten Wochen viel geredet worden ist und wir jeden Tag in den Nachrichten von neuen Insolvenzen hören, haben wir in Bremen sehr gut abgeschnitten.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Dittmeyer!)

Frau Trüpel, natürlich gibt es hier auch Insolvenzen, aber im Gegensatz zum letzten Jahr haben im Bundesgebiet die Insolvenzen um 14,4 Prozent zugenommen, in Bremen nur um vier Prozent. Das beweist

auch, dass es hier ein ordentliches wirtschaftliches Klima gibt.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Auch die Stimmung im Bundesland Bremen, das geht aus dem Frühjahrsgutachten oder aus der Frühjahrsbefragung der Handelskammern hervor, ist besser als im Bundesgebiet, und das ist doch eine sehr erfreuliche Situation. Wenn sich die Bundesregierung in Berlin endlich dazu bequemen würde, eine bessere Konjunkturpolitik zu machen, dann würden wir auch noch weniger Probleme haben und nicht nur etwas über dem Bundesdurchschnitt liegen, sondern dann wären wir freier.

(Zuruf des Abg. D r . S c h u s t e r [SPD])

Natürlich! Dann würde sich das bemerkbar machen! Wenn endlich die vielen Hemmnisse abgebaut würden, könnte auch hier in Bremen die Wirtschaft noch besser florieren!

(Beifall bei der CDU – Abg. T e i s e r
[CDU]: Dann wären wir Geberland! – Abg.
Frau M ö b i u s [SPD]: Aber darüber müssen Sie selbst lachen, das sieht man ja!)

Dass diese Dinge in Bremen so sind, ist ja nun Fakt und liegt auf dem Tisch, steht in den Statistiken und kann auch nicht weggewischt werden.

(D)

Ich sage Ihnen das auch ganz deutlich, ohne konsequentes und ohne optimistisches Handeln des Senats wären diese Ergebnisse nicht möglich gewesen. Deswegen kann und darf auch kein Zweifel daran bestehen, dass dieser wirtschafts- und arbeitsmarktfreundliche Weg in den nächsten Jahren ohne Abstriche fortgesetzt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören ohne Zweifel auch Projekte, die den Tourismusbereich weiter stärken, und jetzt nenne ich ausdrücklich noch einmal,

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das Musical!)

was heute Morgen schon öfter angesprochen worden ist, den Space-Park und die Entwicklung alter und neuer Hafenviertel in Bremerhaven, wo jetzt auch mit dem Beschluss zur Sportbootschleuse private Investitionen in Höhe von rund 60 Millionen Euro für die Marina und den Wohnungsbau ausgelöst werden.

(Beifall bei der CDU)

- (A) Beide Projekte sind wichtige Standortfaktoren für unser Bundesland, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. H o y e r [SPD])

Große Projekte dauern auch manchmal etwas länger, aber gut Ding will Weile haben, so ist es! Wenn es dann aber erst einmal installiert ist, dann ist es auch ein großer Gewinn für unser Bundesland.

(Beifall bei der CDU)

Nun müssen wir natürlich leider auch noch ein paar Worte zu den Schwächen verlieren, die sich ja auch aus dieser Umfrage ergeben haben.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum das denn? – Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gehört einfach bei einer ehrlichen Analyse dazu, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

und da wir das nicht immer nur einseitig beleuchten, sondern auch über Fehler reden, die wir abstellen wollen, will ich das hier auch sagen.

- (B) (Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich fühle mich dabei ganz wohl, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das ruiniert doch den Standort, Herr Focke! – Abg. T e i s e r [CDU]: Frau Linnert, Sie sind aber auch nie zufrieden!)

Was die Leistungsfähigkeit der Kommunen, der kommunalen Behörden betrifft, bekommen fast alle Bezirke – –.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ganz ruhig, es dauert auch nicht mehr ganz so lange, aber vielleicht sollte man sich das auch noch anhören. Das hat auch sehr viel mit Standortpolitik zu tun, und die Schwächen auszumerzen und zu verbessern ist eine ganz wichtige Sache,

(Zurufe von der SPD)

und deswegen ist es auch richtig, dass man diese Schwächen anspricht, damit man sie verbessern kann.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Behörden hat schlechte Noten bekommen. Aber fast alle 82 Bezirke bekommen diesbezüglich schlechte Noten. Ich glaube allerdings, dass wir hier doch auch schon eine ganze Menge getan haben, damit es etwas besser wird. Die Wirtschaftsförderung, habe ich eben schon angesprochen, können wir aus einer Hand machen, da sind wir auf sehr gutem Wege. Was aber andere Behörden betrifft, Meldestellen, Beantragung von Ausweisen et cetera und alles, was auch eine große Rolle spielt, kommen wir in den nächsten Monaten weiter. Das haben wir alles lang und breit diskutiert, wenn wir erst einmal das Zentrum in der Pelzerstraße haben und die anderen Bereiche in den Bezirken, glaube ich, dass man da aus einer Hand sehr viel bekommen kann und sich die Situation da auch wesentlich verbessert.

Nach wie vor haben wir allerdings im Baubereich bei Anträgen und Baugenehmigungen erhebliche Probleme, zum Teil erhebliche Wartezeiten. Da muss es Änderungen geben. Allerdings glaube ich, dass die Zusammenlegung der Ämter im Siemens-Hochhaus auch dazu führen wird, dass die Wege durch die Stadt zu den Ämtern wesentlich kürzer und damit die Bearbeitungszeiten auch wesentlich kürzer werden, und ich hoffe, dass sich das positiv auswirkt.

(Beifall bei der CDU)

In der Verkehrsinfrastruktur haben wir mittelmäßige Noten bekommen. Das ist uns klar gewesen. Wir haben einen erheblichen Nachholbedarf, was die Verkehrsinfrastruktur betrifft. Ich glaube aber, wenn in zwei oder drei Jahren noch einmal eine Umfrage gemacht wird, dass wir auch hier einen erheblichen Schritt weiter nach vorn gekommen sind. Zu nennen sind hier nur der Hemelinger Tunnel oder die A 281, die den Autobahnring jetzt schließen soll, die Erweiterung der A 27, die A 1, in Bremerhaven der Ausbau der Cherbourger Straße. Wir haben eine ganze Menge Dinge angepackt, die die Verkehrsinfrastruktur wesentlich verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Nun kommt das traurigste Kapitel, meine Damen und Herren, und das ist die Standortqualität der regionalen Bildungseinrichtungen. Hier erhält Bremen die Note fünf.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Von wem?)

Unter 82 Bezirken hat nur noch Berlin eine so schlechte Note bekommen. Nur Berlin und Bremen haben die Note fünf bekommen, alle anderen sind besser.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sagen denn die Lehrer dazu?)

(C)

(D)

- (A) Das zeigt uns, meine Damen und Herren, dass auch weit über Pisa hinaus akuter Handlungsbedarf nötig ist!
- (Beifall bei der CDU)
- Mit Reden und dem Unterzeichnen von Absichtserklärungen ist das allein nicht getan, meine Damen und Herren!
- (Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l - m a n n [SPD]: Mit dem Absetzen von Vorlagen auch nicht!)
- Da kann man noch so gute Absichtserklärungen haben, das muss dann auch in die Praxis umgesetzt werden.
- (Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Genau, mit Hilfe der CDU!)
- Ende Juni werden die ersten Ergebnisse der Pisa-Ergänzungsstudie vorgestellt, und dann soll auch wissenschaftlich belegt sein, wo die Schwächen des bremischen Schulsystems liegen.
- Ich möchte hier nun keine Bildungsdebatte führen, weil ich auch kein Bildungsexperte bin, meine Damen und Herren,
- (Unruhe)
- (B) aber ich nehme das für mich in Anspruch, ich habe zwei schulpflichtige Kinder, und so ein bisschen Grundwissen habe ich auch.
- (Beifall bei der CDU – Heiterkeit)
- Deswegen will ich ein paar Dinge nennen, die, wie ich meine, unbedingt gemacht werden müssen!
- (Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Lieber nicht!)
- Alle wollen guten Unterricht, das ist klar. Wir wollen aber mehr. Wir wollen das verkürzte Abitur, nach zwölf Jahren soll jeder Gymnasiast Abitur machen können.
- (Beifall bei der CDU)
- Wir wollen eigenständige Haupt- und Realschulen haben, meine Damen und Herren, eine wichtige Sache!
- (Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l - m a n n meldet sich zu einer Zwischenfrage.)
- Wir wollen die Einbeziehung der neuen Medien als integralen Bestandteil des Unterrichtswesens.
- (Glocke)
- Vizepräsident Ravens:** Herr Kollege Focke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? (C)
- Abg. **Focke** (CDU): Nein, ich möchte sie nicht beantworten, vielleicht kann ich das fachlich nicht, und deswegen lassen wir das lieber!
- (Heiterkeit und Beifall)
- Meine Damen und Herren, und das weiß ich allerdings ganz genau: Wir wollen die Stärkung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen!
- (Beifall bei der CDU – Abg. T e i s e r [CDU]: Jawohl!)
- Das ist jetzt noch einmal eine ganz ernst gemeinte Anmerkung.
- (Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Ehrlich? Das wäre die erste heute!)
- Wer in die fünfte Klasse geht, muss Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen.
- (Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Schwimmen!)
- Es kann nicht angehen, dass in der Grundschule diese Grundvoraussetzungen nicht mehr gelehrt werden. Das geht nicht! (D)
- (Beifall bei der CDU)
- Die weiteren bildungspolitischen Debatten werden geführt, wenn die Pisa-Studie vorliegt, aber ich sage, wir haben so viel Handlungsbedarf, dass dringend etwas getan werden muss.
- (Unruhe)
- Als Fazit bleibt festzuhalten: Bremen befindet sich, was Wirtschaft und Finanzen betrifft, auf einem guten Weg. Die große Koalition hat unter maßgeblicher Beteiligung der CDU
- (Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- und ihrer Senatoren Hattig und Perschau
- (Beifall bei der CDU)
- mit guter Politik dafür gesorgt, dass unser Bundesland sein Image erheblich verbessern konnte, meine Damen und Herren,
- (Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

(A) in Deutschland positive Schlagzeilen erzeugt und kann, was den Wirtschaftsstandort Bremen betrifft, sogar mit großen Metropolen, München oder Stuttgart, durchaus gemessen werden, das besagt diese Studie nämlich auch, meine Damen und Herren! Das hätte noch vor ein paar Jahren überhaupt niemand gedacht, dass es möglich wäre, Arbeitsplätze zu schaffen wie München, Stuttgart oder Frankfurt und sich der Fernwanderungssaldo verbessert.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen soll man das auch deutlich so sagen.

Es ist aber auch ganz klar, dass wir noch längst nicht am Ziel sind, Frau Hövelmann, und noch eine lange Strecke zurücklegen müssen.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Aber ohne Sie!)

Dabei müssen wir aber den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen.

(Zuruf des Abg. B ö h r n s e n [SPD])

Sie haben Geburtstag, freuen Sie sich doch über die schönen Sachen!

(B) (Heiterkeit bei der CDU)

Wir dürfen uns nicht verunsichern lassen von einer Opposition, die kein Programm hat, die nur nörgeln kann, die den Standort schlecht redet und die Investoren abschreckt.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Wir, die CDU, werden jedenfalls alles dafür tun, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie noch weiterhin einige Jahre in der Opposition bleiben und lernen, wie man Wirtschaftspolitik macht! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Abgeordnete Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Focke, Sie sind ja allerbesten Stimmung,

(Abg. T e i s e r [CDU]: Bei den Erfolgen!)

was mich auch freut. Das Publikum war geneigt, Ihre Rede – Büttensrede will ich nicht sagen – mit La-Ola-Wellen zu begleiten. Sie kennen das, es gibt eine Veranstaltung, da ruft das anwesende, meist sehr

kleine Publikum immer: Oh, Achtung, Kasper, jetzt kommt das Krokodil! (C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir waren noch nicht bei Ihnen in der Fraktion!)

Ich bei Ihnen auch noch nicht!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das wird auch nicht passieren!)

Will ich auch gar nicht, um Gottes willen! Ich glaube nicht, dass das passieren wird.

Zurück zur Sache! Dass das Land Bremen als Wirtschaftsstandort einen hohen Standard hat und hohe Lebensqualität bietet, ist unbestritten. So neu ist das auch nicht, aber dass das jetzt jenseits der Landesgrenzen auch entsprechend wahrgenommen wird, ist natürlich erfreulich, und unter anderem wird das belegt durch die Studie des Industrie- und Handelskammertages.

Trotz aller Zufriedenheit, meine Damen und Herren, über dieses außerordentlich positive Image der Hansestadt sollte man das Umfrageergebnis, Herr Kollege Focke und meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nicht überschätzen, denn abgefragt wurden Einschätzungen und Meinungen, nicht aber Indikatoren und Kennziffern, das ist ein Unterschied. Deshalb sollte man die Ergebnisse dieser Studie auch nicht unreflektiert zum zentralen Bezugspunkt bremischer Politik machen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Aber auf diesen Aspekt werde ich später noch konkreter eingehen.

Herr Kollege Focke, erst einmal möchte ich den von Ihnen suggerierten Eindruck korrigieren, einzig christdemokratische Ressorts hätten sich um den Wirtschaftsstandort im Land Bremen verdient gemacht. Das ist einfach nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Gewerbeflächen: Gewerbeflächenplanung und der erfolgreiche Technologiepark an der Universität sind nicht Ihre Erfindung.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben mit dem Konzept Technopolis erneut zukunftsweisende Perspektiven eröffnet. Gegen die eindimensional größenorientierte Flächenmehrpoltik haben wir ökonomisch und ökologisch sinnvolle Qualitätsverbesserungen durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir können uns darauf einigen, dass in den letzten Jahren die Nachfrage gestiegen ist und zum Beispiel in den Jahren 1991 bis 1993 auch mehr Flächen angeboten worden sind. 1993 hat die Ampelkoalition das integrierte Flächenprogramm aufgelegt. Das soll jetzt entsprechend fortgeschrieben werden, was auch nach unserem Dafürhalten sinnvoll und richtig ist, über bestimmte Dinge muss man sich unterhalten. Aber Flächenmehrpoltik allein induziert nicht Nachfrage!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es geht um eine, und das haben wir hier immer wieder diskutiert, vernünftige und sinnvolle Stadtentwicklungspolitik. Es geht nicht nur um grüne Wiese, sondern es geht auch darum, mit Verdichtung, entsprechender Nutzung und entsprechender Clusterbildung die Fläche so zu nutzen, wie wir sie haben. Wir haben nicht beliebig viele Flächenressourcen im Land Bremen, das ist unbestritten. Insofern müssen wir sie intelligent und sinnvoll nutzen, und da nützen mir bloße Hektarangaben wenig, sondern da muss ich intelligenter vorgehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

Schön, wenn Sie mir da Recht geben! Insofern habe ich schon fast alles damit gesagt.

(B) (Zuruf des Abg. T e i s e r [CDU])

Wenn Bremen erst jetzt im Bereich Standortverbesserungen besonders gute Noten erhält, ist dies ein Indiz dafür, dass solche Strategien – deshalb habe ich eben noch einmal erwähnt, welche Zeiträume notwendig sind, das wird auch nicht von Seiten der Wirtschaft bestritten – mittel- bis langfristig angelegt sind und sich messbare Erfolge in der Regel in der Tat erst nach Jahren zeigen. Dies gilt zum Beispiel für in Sanierungsprogrammen verankerte Investitionsprojekte wie die Schlachte. Das Vorhaben Schlachte haben Sie auch genannt, wie freundlich von Ihnen! Ich nenne dazu auch beispielhaft die Domshofpassage. Schon vor Ihrer Zeit sind diese Projekte initiiert worden, viele Jahre lang skeptisch beäugt worden – ich nenne nur als Stichwort den roten Granit, ich habe da eigene Erfahrungen –, und nun sind sie imageträchtige Vorzeigeprojekte. Das finden wir gut, aber das belegt beispielhaft, was ich gesagt habe: Mittel- bis langfristig treten Erfolge ein und nicht kurzfristig!

Das Investitionssonderprogramm wird den Standort Bremen nachhaltig stärken, die Grundlage dafür ist unter anderem mit der Klage in Karlsruhe geschaffen worden. Damals saß die CDU noch auf der Oppositionsbank.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Und war dagegen!)

Sie sollten vorsichtig sein, die Urheberschaft dieser Wende zum Besseren nur allein für sich zu reklamieren!

(Beifall bei der SPD – Abg. F o c k e [CDU]: Das habe ich auch nicht gemacht!)

In der Verkehrsinfrastruktur hat es seit Beginn der Legislaturperiode wesentliche Fortschritte gegeben. Der Hemelinger Tunnel steht vor der Fertigstellung, der Bau der A 281 ist begonnen. Natürlich haben hier Bausenator und Wirtschaftssenator gemeinsam daran gearbeitet.

Nun einmal etwas zu dem Thema Bundespolitik, Herr Focke: Ich habe hier Ihre Presseerklärung vom 31. Mai. Da lautet die Überschrift, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Dieter Focke: Hervorragende Bremer Wirtschaftspolitik wird von der Bundespolitik ausgebremst!“

(Abg. F o c k e [CDU]: Ja!)

Selbst der Senat erkennt in seiner Mitteilung auf die Große Anfrage auf Seite elf – und auch das darf ich zitieren – zur Verkehrsinfrastruktur an: „Herausragend sind dabei die folgenden Fernstraßenprojekte, die unter anderem ermöglicht werden konnten, weil der Bund für den Fernstraßenbau statt bisher durchschnittlich 7,5 Millionen Euro in der vergangenen Legislaturperiode“ – wer hat denn da regiert? – „jetzt 31 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellt.“

(Beifall bei der SPD – Abg. F o c k e [CDU]: Das hat doch gar nichts damit zu tun!)

Das ist eine erhebliche Steigerung!

(Abg. F o c k e [CDU]: Welche Mittel sind das denn?)

Das sind die Bundesmittel.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das sind die UMTS-Mittel, die gab es letzte Legislaturperiode noch nicht! Das wissen Sie doch genau!)

Ich habe hier eine ganz tolle Übersicht, die muss ich hier direkt einmal hochhalten! Leistung zählt!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie müssen nicht der eigenen Agitation erliegen, Frau Kollegin!)

Das sind doch die Farben der großen Koalition, oder? Leistung zählt, heißt es da! Ich will Ihnen nicht alles vortragen, das würde Sie wahrscheinlich traurig stimmen, aber wenigstens das muss ich vortragen zum Thema Steuern, lieber Kollege Focke, auch das

(C)

(D)

(A) haben Sie hervorgehoben: Ich habe hier den statistischen Jahresbericht 2001 der beiden Handelskammern Bremerhaven und Bremen, und weil Sie die Steuerpolitik beklagt haben, möchte ich Ihnen sagen, dass wir bei den Gewerbesteuerhebesätzen – das ist ja ein wichtiger Punkt für die Ansiedlung und Akquisition von Investoren und Unternehmen – die ersten drei Plätze einnehmen mit den geringsten Gewerbesteuerhebesätzen. Insofern würde ich das gern von Ihnen einmal konkretisiert haben, was Sie mit dem Bereich Steuern meinen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Ich meine die Bundespolitik! Das ist doch bremische Politik!)

Das ist aber nicht schädlich! Das muss man wenigstens einmal erwähnen, und das macht ja auch Erfolge aus!

Elektronische Kommunikation und neue Medien: Mit dem Landesprogramm Bremen in T.I.M.E. verfügen wir über ein vorzügliches Instrument zur Entwicklung dieses für jeden Wirtschaftsstandort wesentlichen Faktors. Es ist auch uns zu verdanken, dass dieses Programm in erheblichem Maße auf die Qualifikation von Anwendern und Nutzern zielt. Mittelfristig wird es im Standortwettbewerb nämlich keinesfalls nur darum gehen, die elektronische Infrastruktur zu optimieren, sondern in mindestens gleichem Maße darum, welches Know-how Arbeitnehmer und Nutzer im Umgang damit haben. Dass inzwischen alle Bremer Schulen EDV und Internetzugang haben und Bremen als erstes Land die Notebook-Universität verwirklichte, das hat der Senator für Bildung und Wissenschaft erreicht.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Damit zum Thema Wissenschaft, weil das ja ein wichtiger Indikator war in der Kammerumfrage, die Sie auch zitiert haben! Die hohen Investitionen in Universität und Hochschulen des Landes tragen Früchte. Der lange Weg der Universität zur international geachteten City of Science wurde in durchgängiger sozialdemokratischer Verantwortung vollzogen.

(Beifall bei der SPD)

Die IUB wurde auch gegen kritische Stimmen durchgesetzt. Sie hebt nicht nur die Imagewerte unseres Standorts, sondern auch die Qualität im Bereich Wissenstransfer.

Zum Thema Technologietransfer und Hochschulkooperation, auch dies sind zentrale Zukunftsfelder! Hier haben wir eine vorbildhafte Infrastruktur geschaffen und arbeiten an weiteren Optimierungen. Universität und Hochschulen, das muss einmal gesagt werden, akquirieren Drittmittel wie wenige andere.

(Beifall bei der SPD)

Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus werden intensiv gefördert. Optimierung und Marktorientierung zwischen Wissenschaft und Forschung werden von der BIA forciert, eine Einrichtung, für die wir alle sind. Wir haben einen neuen Leiter. Bremische Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sind Impulsgeber für die Wirtschaftsentwicklung, das hat die DIHK-Umfrage bestätigt.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Soviel zur Richtigstellung des Eindrucks, dass nur ganz bestimmte Indikatoren dafür wichtig sind! Es gilt, viel mehr zu berücksichtigen!

(Abg. F o c k e [CDU]: Die habe ich auch alle angesprochen!)

Zur von Unternehmern offenbar als nicht immer ausreichend empfundenen Qualifizierung von Arbeitnehmern schließe ich an meine anfänglichen Bemerkungen an, gefragt wurde in der Umfrage nach der Einschätzung. Dass bei solch subjektiven Bewertungen der Befragten eigene Defizite und Versäumnisse in den Hintergrund treten, ist verständlich, aber bedauerlich. Der beklagte Mangel an qualifizierten Fachkräften hat vielschichtige Ursachen.

Jetzt komme ich zur Bildung! Ich bin zwar keine Bildungspolitikerin, aber ich habe auch eine Meinung dazu. Neu war mir übrigens, dass Lesen, Schreiben und Rechnen nicht mehr gelehrt wird, Herr Kollege Focke. Das will ich nicht hoffen!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wir schaden dem Standort! – Abg. F o c k e [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt! Können müssen sie es!)

Aus Versehen wahrscheinlich, vielleicht meinten Sie gelernt!

Dass Deutschland in der außerfamiliären Erziehung und Bildung Nachholbedarf hat, haben die Ergebnisse der Pisa-Studie deutlich gemacht. Es sind prinzipielle Mängel des deutschen Bildungssystems offenbar geworden, die eine ebenso intensive wie rasche Diskussion notwendiger Konsequenzen erfordern, die aber schon jetzt für mich den Schluss nahe legen, dass integrative Systeme besser qualifizieren als solche, die sich an früher Auslese orientieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte das schon für einen richtigen Schritt. Sie haben das so ein bisschen abgetan, was in der Mitteilung des Senats auf Seite zwölf ausgeführt ist, nämlich die gemeinsame Erklärung vom Mai – ganz

- (A) aktuell – dieses Jahres des Präses der Handelskammer und des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Initiative Schule/Wirtschaft 2002. Ich darf zitieren mit Genehmigung des Präsidenten, und ich schreibe Ihnen das mit ins Stammbuch: „Die Weiterentwicklung des Bildungssystems ist eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bürgern. Die Unterzeichner können dazu beitragen, eine neue Lehr- und Lernkultur zu entwickeln. Gemeinsames Ziel muss sein, unser Bildungssystem als bestimmenden Faktor zu begreifen und seine hohe Qualität zu gewährleisten als gemeinsame Anstrengung.“

(Beifall bei der SPD)

Deshalb halte ich die Ausdehnung von Ganztagsangeboten in Grundschulen und Sek-I-Schulen sowie gezielte Förderangebote für wichtig. Sie sind in Vorbereitung. Dass ihre Umsetzung Geld kostet, liegt nahe und ist nicht von der Hand zu weisen. Das erfordert neue Gewichtungen im Haushalt. Das sage ich hier ganz persönlich.

(Abg. R o h m e y e r [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

- (B) Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Von Herrn Rohmeyer? Nein, danke, das mache ich nicht!

(Heiterkeit)

Nein, das hat nichts mit Ihnen zu tun! Es geht mir da wie Herrn Focke, Sie wissen, ich bin nicht Bildungspolitikerin, ich wollte es bei diesen kurzen Anmerkungen belassen. Es hat gar nichts mit Ihnen zu tun!

Dies sind also, wie Sie sehen, keineswegs nur bremische Probleme der Bildungspolitik. Dazu gehört vieles andere. Ich habe etwas zum Angebot von Ausbildungsplätzen gesagt, zur Berufstätigkeit und dazu, was die Wirtschaft selbst dazu beitragen kann, qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen.

Dazu ein weiteres Beispiel: Während die IT-Branche seinerzeit laut nach der Green Card rief, da es nicht genügend einheimische Fachleute gab, verfügte das Arbeitsamt über eine lange Liste qualifizierter Arbeitssuchender, deren einziger Mangel ein Alter jenseits des vierzigsten Geburtstags war. Kaum war die Green Card eingeführt, wurde seitens der Wirtschaft kritisiert, das festgelegte Mindesteinkommen für ausländische IT-Experten liege viel zu hoch. Dass es Qualität zum Billigtarif nicht geben kann, muss ich doch engagierten Vertretern der Marktwirtschaft sicher nicht erläutern! Das macht einmal einen Widerspruch deutlich.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Ein großes Arbeitskräftepotential schlummert auch ungenutzt in vielen Haushalten. Es geht um die demographische Entwicklung, Herr Kollege Eckhoff.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie reden gerade so, also ob wir die Green Card hier eingeführt hätten!)

Nein, ich habe über den Beitrag der Wirtschaft dazu geredet!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie erzählen uns also, warum die Green Card kein Erfolg ist!)

Nein, das habe ich überhaupt nicht gesagt! Ich habe gesagt, wie das in der Wirtschaft aufgenommen worden ist, wie damit, nachdem erst laut danach gerufen worden war, umgegangen worden ist.

Bislang schlummert in vielen Haushalten wirklich ungenutztes Arbeitskräftepotential. Die meisten Betriebe haben bisher zu wenig unternommen, um auch Eltern von kleineren Kindern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Viele Arbeitgeber sehen den Wunsch nach Teilzeit in qualifizierten Berufen noch immer höchst skeptisch, obwohl längst bewiesen ist, dass selbst Führungsverantwortung teilbar ist.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Das ist in anderen Ländern ganz anders. Selbst das Thema Betriebskindergärten kommt nicht oder nur schlecht voran, weil Betriebe sich zwar flexible Arbeitskräfte wünschen, ihren Beschäftigten dann aber lieber einen Firmenparkplatz als einen Kindergartenplatz finanzieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fazit: Der Ruf nach dem Staat erfolgt schnell, ist aber vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Verantwortung nicht gerade zielführend. Die Mitverantwortung für die Qualifizierung von Arbeitskräften hat der Staat den Unternehmern ja keinesfalls einseitig aufgebürdet. Vielmehr zeigt die Wirtschaft ein tendenziell eher steigendes Interesse an einem eigenen Einfluss auf die Bildungsinhalte von Schulen und Hochschulen – siehe zum Beispiel hier in Bremen die gemeinsame Erklärung –, die traditionell tatsächlich bisher allein vom Staat verantwortet wurden. Dieses Interesse ist, finde ich, ausdrücklich zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Es begründet aber auch Verantwortung mit der Konsequenz, dass tatsächliche oder vermeintliche Fehlentwicklungen oder Defizite nicht allein der öffentlichen Hand oder dem Staat angelastet werden dür-

- (A) fen. Eine gesellschaftlich langfristig tragfähige Lösung der benannten Probleme ist nur in einem Prozess zu erreichen, der sich ohne kurzfristigen Aktionismus an langfristigen Zielen orientiert und in dem alle Verantwortung Tragenden ihre jeweiligen Kompetenzen und Finanzierungsbeiträge auch im angemessenen Umfang einspeisen. Lassen Sie uns daran gemeinsam weiterarbeiten, dann werden wir auch gemeinsam die Probleme lösen!

Dass der Wirtschaftsstandort Bremen so hervorragend dasteht, ist wirklich auch selbstredend ein Verdienst der großen Koalition, und das freut uns.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Und des Bildungs-senators!)

Natürlich! Des Gesamtensats, würde ich einmal sagen, als Kollegialorgan! Alle tragen ihre Verantwortung, alle haben ihre Kompetenz. Herr Focke, weil Sie Herrn Perschau und Herrn Hattig immer so gelobt haben, ist es doch selbstverständlich, dass ich diejenigen, die noch daran beteiligt sind, auch lobe!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das sind die Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktionen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, dass wir unseren Ruf und unseren Standard halten und es möglicherweise noch alles besser und zum weiteren Erfolg geführt wird! – Danke!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe das nicht ganz so rosig wie Herr Focke.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das kann ich mir denken!)

Die Überschrift Ihrer Großen Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 15/1139 lautet „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen“. Nun frage ich Sie allen Ernstes: Wie viele Anfragen und wie viele Anträge wollen Sie eigentlich noch einbringen, bis Sie endlich merken und begreifen, dass eine großartige und effektive Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen – ich beziehe Bremerhaven einmal mit ein – bis jetzt überhaupt noch gar nicht eingetreten ist? Ganz im Gegenteil! Nehmen wir nur einmal Bremerhaven! Erstens, effektive, großartige wirtschaftliche Erfolge Ihrer Sanierungspolitik sind nicht eingetreten, zweitens, Steuerermehreinnahmen gibt es nicht, und drittens, großartige neue Arbeitsplätze gibt es nicht, dafür aber sinkende Einwohnerzahlen in Bremerhaven!

Meine Damen und Herren, das ist Ihre großartige Wirtschaftspolitik, die nicht gerade zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen/Bremerhaven beitragen wird. Dieses Versagen Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik habe ich im Namen der Deutschen Volksunion in der Vergangenheit schon des Öfteren deutlich dargelegt und mit Zahlen, Daten und Fakten belegt. Die wirtschaftspolitische Arbeit des Senats besteht auch weiterhin darin, hier nichtssagende Durchhalteparolen zu verbreiten oder kleine Erfolge, so genannte Peanuts-Zahlen, schönzureden, siehe Antwort des Senats! Das ist Ihre großartige Wirtschaftspolitik und sonst gar nichts.

(C)

Meine Damen und Herren, zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen ist in erster Linie eine Standortverbesserung dringend erforderlich. Ich sehe sie noch nicht. Verbessern Sie also erst einmal die Infrastruktur, Gewerbeflächenentwicklung, Ihre Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, und investieren Sie vor allen Dingen in den wichtigen Bereich, er wurde vorhin schon angesprochen, Schule, in Wissenschaft und Bildung! Betreiben Sie eine vernünftige und verstärkte Wirtschafts- und Tourismusförderungspolitik! Verbessern Sie die Ausbildung an den Schulen und in den Betrieben! Setzen Sie diese von mir genannten Forderungen auch politisch um! Dann, aber erst dann werden Sie irgendwann einmal eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen und Bremerhaven zu verzeichnen haben.

Das mag ich aber bei der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der großen Koalition doch sehr stark bezweifeln. Fast alle wirtschaftspolitischen Bilanzen, Zahlen und Fakten sind eindeutige Armutszeugnisse Ihrer gescheiterten Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere in Bremerhaven, denn, und das können Sie trotz der beschönigten Zahlen und der beschönigenden Rede von Herrn Focke nicht leugnen, Bremens Selbständigkeit ab dem Jahr 2005 ist dank Ihrer großartigen Wirtschafts- und Finanzpolitik oder gerade deswegen immer noch dramatisch gefährdet.

(D)

Es wäre demzufolge realistischer, wenn Sie im Bereich Wirtschaftsstandort Bremen nicht nach den Zahlen, Einschätzungen und Meinungen gehen würden, denn die Realität sieht doch ein bisschen anders aus. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ach, Herr Focke! Ich habe ja hier gelernt, es gibt Wahlkampfreden, Jubelreden und den Versuch davon. Ehrlich gesagt, hatte ich ja nun nach allem, was Sie mir immer predigen, erwartet, dass Sie es doch locker schaffen würden, 30 Minuten Positives zu sagen. Ich -----

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) finde, auch an Ihrer Stelle muss man doch aufpassen, dass man den Standort nicht zerredet und die Investoren nicht abschreckt. Dass Sie dann leider noch dazu greifen mussten, der Ehrlichkeit halber ein paar Tropfen Wasser in den Wein zu schütten, ist aus Ihrer Perspektive wirklich bedauerlich.

Kommen wir jetzt aber zu der Wirtschaftspolitik der großen Koalition und dieser Anfrage der CDU! Das eine ist das, was gefragt und geantwortet wurde, das andere ist das, was nicht gefragt und auch nicht geantwortet wurde. Ich behaupte, gerade da wird es an manchen Punkten interessant.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz freimütig einräumen, dass wir als Opposition, von Ihnen viel gescholten, uns natürlich selbst zu den Erfolgen und Misserfolgen der Wirtschaftspolitik der großen Koalition ins Verhältnis setzen. Ich bestreite manche Erfolge überhaupt nicht. Ich möchte da auch mit Frau Lemke-Schulte argumentieren, dass die Erfolge der Strukturwandelpolitik, die das Bundesland Bremen, so möchte ich es jetzt einmal formulieren, in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, andererseits auch nicht allein auf das Konto der CDU gehen. Ob es der Technologiepark oder die Airport-City ist, ob es die Versuche von Existenzgründungen sind und auch der versuchte Strukturwandel in Bremerhaven ist, wo ja in der Tat vieles noch viel schwieriger ist als in Bremen, all das sind gemeinsame Politikversuche der hier im Parlament vertretenen Fraktionen. Keine Fraktion kann das für sich allein in Anspruch nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kann man natürlich sagen, und das ist aus Sicht der Unternehmen ja auch ihr gutes Recht, wenn man auf diese Studie der deutschen Industrie- und Handelskammern verweist, dass Bremen aufgeholt hat. Ich kann nur sagen, das ist auch gut so. Wir wären die Letzten, die nicht wollten, dass Bremen aufholt. Wir haben gemeinsam immer festgestellt, auch nach den Strukturproblemen der siebziger Jahre und nicht zuletzt auch nach den Ergebnissen des Vulkan-Untersuchungsausschusses – ich bin da ja Mitglied gewesen –, dass natürlich einiges im Argen lag und dringend etwas getan werden musste. Wie gesagt, das bezweifeln wir nicht. Jetzt kommen wir aber zu den einzelnen Politikfeldern. Wir wissen ja, richtig interessant wird es immer erst, wenn man sich näher mit den Dingen beschäftigt und über einzelne Politikbereiche wirklich der Sache nach diskutiert.

Das erste Thema ist die Flächenbereitstellung. Frau Lemke-Schulte hat schon darauf hingewiesen, dass das integrierte Flächenprogramm von 1993 auch nicht gerade auf dem Boden der CDU allein gewachsen ist und dieses Programm, und das möchte ich noch einmal betonen, immer von dem Geist getragen war, und das halte ich für eine moderne Poli-

itik, dass man zwischen den rein ökonomischen Interessen, den Interessen auf Erweiterung von Unternehmen, und den ökologischen Interessen, die man auch schützen muss, wenn man denn nicht eine einseitige Wirtschaftspolitik macht, einen Ausgleich schaffen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin immer noch der Meinung, dass eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik auch nicht nur Pressure-Group-Politik für Unternehmen ist, sondern verantwortliche Wirtschaftspolitik sich den Zielkonflikten zu stellen hat, wie Frau Lemke-Schulte das gesagt hat, dass man gerade im kleinsten Bundesland mit Flächen in der Tat auch verantwortungsvoll, und das heißt ressourcensparend, umgehen muss. Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass man keine Flächen ausweisen würde, aber dass man verantwortlich hinschauen muss.

Jetzt nenne ich Ihnen einmal Beispiele, bei denen man in der Tat ein Fragezeichen machen kann. Wenn in der Hemelinger Marsch eben nicht Zulieferbetriebe sind, was ja in der Tat auch wegen Daimler-Chrysler Sinn macht, sondern da zum Beispiel Spielhallen und Rechtsanwälte angesiedelt werden, dann kann man, und das tun wir, ein Fragezeichen machen, ob das denn nun die klügste Wirtschaftsansiedlungspolitik ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben soeben gehört, dass der Büropark Oberneuland im Moment, das hat natürlich auch immer mit sich verändernden Marktverhältnissen zu tun, nicht so gut vermarktet wird, wie man sich das vorgestellt hatte. Das heißt, dieses reine Getöse von Ihnen, Herr Focke, man muss nur blockbustermäßig die Flächen auf den Markt hauen,

(Abg. F o c k e [CDU]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Quatsch!)

die dicken Millionen hineinschieben, und dann flutscht das nur so mit den Investoren, scheint nicht ganz so einfach zu sein!

Der nächste Punkt ist die Technologiepolitik und die Forschungs- und Entwicklungspolitik. Da hat es auch in den letzten Jahren keinen wirklichen Dissens gegeben. Alle Fraktionen des Hauses – Herrn Tittmann, der hier immer nur mit großen Phrasen um sich wirft, nehme ich einmal aus – haben immer deutlich gemacht, dass das ein ganz zentraler Bestandteil der Modernisierungspolitik Bremens ist. Deswegen sind auch wir für die Ansiedlung der privaten Universität, der IUB, gewesen. Wir wollen aber, das muss man dazu sagen, und da wird es in den nächsten Jahren erst zum Schwur kommen, keine staatliche Regelfinanzierung. Das gehört, fin-

(C)

(D)

(A) de ich, dann auch dazu. Wenn man den Mut hat, in einer gewissen Weise eine neue Form von privaten Universitäten anzupacken, dann muss man aber auch dabei bleiben und kann nicht hinterher den Kurs ändern.

Jetzt Forschungs-, Entwicklungs- und Technologietransfer! Wir sind der Meinung, auch wenn wir immer die Freiheit der Wissenschaft und keine vordergründige Instrumentalisierung von Forschungsergebnissen wollen, dass es den Technologietransfer in die lokale Ökonomie geben soll, aber das heißt noch lange nicht, dass wir Doppel- und Dreifachstrukturen bei der Förderpolitik richtig finden. Wir haben das letzte Mal darüber geredet, dass es mittlerweile fast mehr Technologietransferfachleute als zu betreuende Firmen gibt, das kann es ja wohl nicht sein!

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Nehmen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann an?

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, ich nehme jetzt keine Zwischenfrage an!

(B) Darüber haben wir die letzten Male bei der Wirtschaftspolitik schon gesprochen, wenn man jetzt darüber streitet, und das ist ja der Kern unserer Auseinandersetzung, wo nämlich die Strukturwandelpolitik weiter hingehen soll und wie die Konzeptionierung von Modernisierungspolitik in Bremen aussieht! Auch in dieser Senatsantwort taucht die besondere Förderung junger Talente nicht auf. Obwohl man sagt, dass die Ressourcen der Zukunft Jugend und Intelligenz sind – und ich bin davon überzeugt, dass es eben nicht nur die Autobahnen, die Autobahnringe und die Datenautobahnen sind, sondern dass wir uns insbesondere um die jungen Menschen und die intelligenten Kräfte kümmern müssen –, taucht das hier als ein besonderes Thema in dieser Senatsmitteilung, die ja die Wirtschaftspolitik der CDU besonders feiern soll, überhaupt nicht auf, und das halte ich für einen problematischen Mangel.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Wer von uns beiden ist nun der Schaumschläger?)

Nächster Punkt, auch das macht diese Umfrage der Handelskammern deutlich, sie beklagen die Qualifizierung der Arbeitnehmer! Da musste ich allerdings schmunzeln, als ich das gelesen habe. Das ist ein Thema, das meine Fraktion in den letzten Jahren immer wieder betont hat. Wir hatten sogar einmal in der letzten Legislaturperiode angeregt, dass man sich auch im Rahmen des ISP, gerade weil es um die Grundlagen einer gelingenden Wirtschaftsstrukturpolitik ging, bei der man Menschen braucht, die gut ausgebildet sind, hier mehr darum kümmern müsste. Das ist von Ihnen abgelehnt worden. Es ist

interessant, dass es in dieser Umfrage nun wieder auftaucht und als eines der Probleme der Arbeitskräfte in Bremen benannt wird.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zur Bildung! Herr Focke, wenn ich an die Ergebnisse der Pisa-Studie denke! Nehmen wir einmal die skandinavischen Länder Schweden und Finnland, die haben ja gut abgeschnitten! Es sind ja auch Kollegen von uns jetzt gerade in Schweden gewesen, um sich zu erkundigen, um da auch möglichst etwas zu lernen. Man stellt fest, dass es gerade in diesen Ländern eine besondere Frühförderung gibt, die Kinder also wirklich die jeweilige Landessprache beherrschen und nicht schon mit großen Sprachdefiziten ins erste Schuljahr gehen. Dann haben sie eine gemeinsame Grundschule von neun Jahren, und erst danach beginnt die Oberstufe. Ich glaube, gerade auch vor dem europäischen Horizont – da gibt es ja keine Entwicklung mehr zurück, was sozusagen Europäisierung angeht – kann der Vorschlag, den Sie heute gemacht haben, nämlich zurück ins dreigliedrige Schulsystem, Deutschland würde sich entkoppeln von der integrativen Perspektive der anderen europäischen Länder, keine Antwort sein, die auf der Höhe der Zeit ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Man muss gerade die Frühförderung, das heißt auch für Bremen, in den Kindergärten und zu Beginn der Schulzeit, ganz anders auf die politische Agenda setzen. Wenn man das tut, hat man eine begründete Chance, mittelfristig in den nächsten Jahren, weil das auch nicht von heute auf morgen geht, mit besseren Ergebnissen dazustehen, was die Schulbildung in Bremen angeht. Da kann ich mich dann auch nur über ein Ergebnis des Koalitionsausschusses vom Sonntag wundern, da konnte man in der Zeitung lesen, Sie hätten sich angeblich geeinigt, dass es erst einmal keine besonderen weiteren Mittel für die Frühförderung gibt. Da habe ich dann schon das Gefühl, dass Sie Herrn Lemke mit seinen Forderungen nicht gerade besonders entgegenkommen. Das hat aber für mich mit einer neuen Schwerpunktsetzung, was die Bildungspolitik angeht, nichts zu tun, sondern die CDU bremst hier die Versuche aus, die gemacht werden zu einem neuen Schwerpunkt, um dann hier Krokodilstränen zu weinen. Was ist das eigentlich für ein Ansatz?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann jetzt nur noch einmal sagen, da diskutieren Sie lieber darüber, ob es irgendwelche Rettungsbeihilfen für den Space-Park gibt! Ja, wenn man glaubt, dass das sozusagen die zukünftige Entwicklungspolitik in Bremen ist, kann ich nur sagen: Armes Bremen, das ist nicht auf der Höhe der Zeit!

(A) Jetzt will ich nicht mehr, weil Sie das auch so ungern hören, lange auf den Sachen herumreiten, die Sie in den letzten Jahren, was das Image angeht, verantwortet und in den Sand gesetzt haben: die Fehleinschätzung bei Dittmeyer, die Musicalpleite, die Space-Park-Eröffnungsverschiebung, das Weserstadion, die ganze Debatte um Zech und das Polizeihaus.

Jetzt noch einmal zu den eigenen Maßstäben, die Sie verkündet haben! Sie haben eben einmal wieder versucht, uns alle zu beschimpfen, dass wir irgendwie immer den Standort schlecht reden würden und von Ihren Erfolgen keine Ahnung hätten. Komisch, irgendwie habe ich immer das Gefühl, Herr Focke, und Sie haben ja selbst als Maßstab noch einmal die Ehrlichkeit und Redlichkeit eingefordert, Sie waren es, die zu Beginn der großen Koalition vollmundig gesagt hatten: 50 000 neue Einwohner, 40 000 neue Arbeitsplätze! Wir haben damals nicht gesagt, glückliches Gesundschumpfen, und dann ist alles gut, sondern wir haben nur gesagt: Seien Sie vorsichtig mit dem Aufbauschen solcher Zahlen! Die Enttäuschung, wenn man das nicht erreicht, ist groß.

Ich glaube, und das hat auch etwas mit der Art zu tun, wie man sich an die Bürger und Bürgerinnen des Landes wendet, wenn man politische Ziele formuliert, sollte man schon versuchen, sie auch sozusagen passgenau zu machen, aber den Leuten nicht das Blaue vom Himmel versprechen!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann sagen Sie so schlichtweg, BIG und BIS, die Wirtschaftsförderung aus einer Hand ist besser geworden. Komisch, aus Parlamentarierperspektive, finde ich, gehört dazu zumindest noch einmal die Frage der Beleihungsproblematik und der politischen Kontrolle. Wenn man manchmal nicht nur Ihre versuchten Jubelreden hier hört, sondern die tatsächlichen Probleme, auch was Frau Lemke-Schulte manchmal über die Informationspolitik sagt, finde ich, kann man nicht so schlankweg behaupten, es sei einfach alles besser geworden, sondern auch da müsste man, was eine verantwortliche Wirtschaftspolitik angeht, doch die Fragen der politischen Steuerung immer wieder einmal in den Blick nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann finde ich, das haben Sie zwar am Rand gestreift, aber Frau Lemke-Schulte hat das zum Glück ein bisschen weiter ausgeführt, wie gesagt, es kann nicht nur um das Bereitstellen von Straßenbau- und Gewerbeflächen gehen. Zum Beispiel die Frage der Betriebskindergärten: Auch da wird ja über das hinaus, was wir jetzt haben – gestern hat es ja eine interessante Tagung in Bremen gegeben –, noch viel mehr konzeptionell auch über Public private part-

nership bei Betriebskindergärten oder über Einzelszuschüsse für die Kinder geschehen müssen. Es ist völlig klar, wenn Bremen, und damit auch die Bundesrepublik, in den nächsten Jahren diese internationale Herausforderung an Modernisierungsdruck bewältigen will, dann muss man sich auch weit in die Gesellschafts- und Bildungspolitik bewegen. Also, mit der so genannten Reise rückwärts werden wir dieser Herausforderung auch vor dem Hintergrund der Globalisierung, die es ja zu gestalten gilt, wirklich nicht gerecht werden können.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mir geht es darum, wie immer in unseren wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, was die Grundlagen der Sanierungs- und Strukturwandelpolitik sind, mit welchen Ansätzen wir glauben, diese große Herausforderung für Bremen bewältigen zu können. Dazu noch eine letzte Bemerkung: Morgen ist in der Handelskammer, und ich freue mich sehr über diese Initiative, eine Kulturbörse, wo die Wirtschaft all die Kulturinitiativen und Künstler Bremens eingeladen hat, um sich zu präsentieren, ausgehend von der Vorstellung, dass man eben nicht nur Gewerbeflächenpolitik machen muss, sondern sich auch um die so genannten weichen Standortfaktoren kümmern muss und dass Geist, Intelligenz und musische Ausbildung für die weitere erfolgreiche Wirtschaftspolitik ungeheuer wichtig sind. Zum Glück, kann ich nur sagen, hat die Handelskammer das in Bremen begriffen.

(D)

Herr Hockemeyer hat das in den letzten Jahren immer wieder betont, morgen also eine Initiative, die sogar bundesweit schon gelobt und wahrgenommen wird, die der Geschäftsführer Herr Nullmeyer da auf die Beine gestellt hat. Die CDU aber versucht eine Jubelanfrage, und die Worte Kunst und Kultur tauchen nicht einmal auf, Herr Focke! Es ist einfach bedauerlich. Das zeigt mir, dass Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik und Modernisierungspolitik immer noch nicht auf der Höhe der Zeit ist. Auch das gehört einfach zu einer wohlverstandenen Wirtschaftspolitik. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, natürlich gehört die Kulturpolitik dazu! Das ist aber nicht Inhalt der Studie gewesen, die der Industrie- und Handelstag gemacht hat.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das spricht auch nicht für den!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Sie müssen schon wissen, worüber Sie reden! Wir reden hier über ganz bestimmte Punkte, das waren sieben Standortfaktoren, und da spielte eben bei dieser Studie die Kulturpolitik nicht die Rolle. Dass wir aber die Kulturpolitik sehr hoch hängen, das wissen Sie auch, und deswegen haben wir ja auch in den letzten Monaten sehr viel darüber diskutiert und auch viel getan. Insofern brauchen wir das, glaube ich, nicht weiter zu beleuchten.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte aber doch noch einmal ein paar Punkte aufgreifen, weil mir Ihre Darstellung, 1993, da hatten wir ja noch die Ampel, und da haben wir den ganzen Strukturwandel eingeleitet,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Vorher ist das eingeleitet worden!)

und Ihre Senatoren kassieren jetzt alles ein, was wir da alles beschlossen haben, zu einfach ist. Meine Damen und Herren, wenn es denn so wäre, dann würden Sie ja heute noch regieren. Das wäre dann ja ganz phantastisch, dann hätte es das erste Mal eine rotgrüne Koalition gegeben, die den Wirtschaftsstandort nicht kaputtgemacht, sondern nach oben gebracht hätte.

(B) (Beifall bei der CDU)

Das ist ja leider nicht passiert. Woran ist es denn gescheitert? Sie sagen jetzt, wie schön, dass Zulieferbetriebe in der Hemelinger Marsch sind. Das haben Sie doch mit Ihrer „Piepmatzaffäre“ überhaupt verhindern wollen, Sie wollten da doch gar kein Gewerbe haben!

(Beifall bei der CDU)

Das ist nur durch den Eintritt der CDU in die große Koalition gelungen!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Man muss das auch einfach einmal sagen. Es gibt natürlich auch Dinge, die eingeleitet worden sind, aber zum Beispiel der Hemelinger Tunnel: Welche unsäglichen Diskussionen sind unter der absoluten Mehrheit der SPD und unter der Ampel geführt worden! Eingeführt, begraben, wieder eingeführt, wieder begraben! Was war das für ein Torso! Dann kam die große Koalition, der Beschluss ist gefallen, und im nächsten Jahr weihen wir ihn ein. Das ist doch eine tolle Sache, aber ohne die CDU wäre das nicht möglich gewesen!

(Beifall bei der CDU)

Man muss also doch sagen, auch die CDU hat etwas bewirkt. Jetzt möchte ich noch einmal sagen, Frau Lemke-Schulte, ich habe das nur so pointiert vorhin gesagt, weil Sie ja überhaupt kein Interesse hatten, an diesem Erfolg beteiligt zu sein. Sonst hätten Sie ja die Große Anfrage unterschrieben.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das ja mehrfach angeboten, und ich habe immer von der großen Koalition gesprochen. Ich hätte das auch weiter gemacht, aber wenn Sie hinten anstehen wollen, dann muss ich auch einmal sagen, wer unsere verantwortlichen Persönlichkeiten sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wenn du geschwiegen hättest, Desdemona!)

Ja, aber wir sind ja leider hier nicht im Theater!

Nun möchte ich auch noch einmal etwas zu den Steuern sagen. Ich muss hier völlig missverstanden worden sein. Ich habe gesagt, wenn die Bundesregierung einmal ihre unsägliche Politik aufgeben würde und vielleicht einmal ein bisschen mehr für den Mittelstand tun würde, dann hätten wir es hier auch noch leichter.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Dass die bremische Steuerpolitik, und das hat Frau Lemke-Schulte angesprochen, mit dem Gewerbesteuerhebesatz hervorragend liegt, das ist eine ganz eindeutige Sache, aber da kann ich auch nur wieder auf die Verantwortlichen verweisen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt möchte ich noch einmal über die Flächenproblematik reden. Es ist natürlich klar, nur Flächen bereitzustellen, das bringt nichts. Das muss auch allen klar sein. Es macht keinen Sinn, dass man da irgendwo hunderte oder tausende Hektar Fläche in der Gegend bereitstellt und dann sagt: Na ja, da wird schon jemand kommen. So ist es ja eben nicht! Im Technologiepark boomt die Nachfrage nach Flächen, obwohl überhaupt keine Werbung für diesen Park gemacht wird. Es ist noch keine überregionale Werbung für den Technologiepark gemacht worden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das sollten Sie einmal Herrn Haller sagen!)

Trotzdem müssen wir dauernd weiter Flächen akquirieren, um die Nachfrage befriedigen zu können. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden überregional richtig Werbung für Gewerbeflächen machen,

- (A) was da wohl passieren würde! Wir müssten es eigentlich tun, weil wir nämlich einen erheblichen Nachholbedarf haben, um das zu erreichen, was wir uns als Sanierungsziel, zugegebenermaßen sehr euphorisch, vorgenommen haben. Wir stehen aber nach wie vor dazu, dass wir mehrere tausend Arbeitsplätze und Einwohner in diesem Bundesland haben wollen. Nur wenn uns das auf Dauer gelingt, dann werden wir auch in der Lage sein, uns selbst helfen zu können, wenn irgendwann einmal der Sanierungszeitraum ausläuft.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es immer auch Flächen, die nicht so nachgefragt werden, wie man sich das natürlich gern vorstellen würde, das muss man auch sehen. Es gibt den Industriepark, wo die Flächen nicht so nachgefragt werden. Das kann man aber auch ganz einfach regeln, indem man dann eben mit der Erschließung etwas wartet und dafür etwas anderes macht.

- (B) Der Büroпарк, der in damaliger Zeit mit gutem Grund beschlossen worden ist, wo auch in den ersten Monaten erhebliche Nachfrage bestand, viele Grundstücke verkauft worden sind, viele Grundstücke fest vergeben sind, stagniert jetzt, weil sich die Konjunktur und die wirtschaftliche Lage verändert haben. Da kann man dann nicht sagen, na ja, das war also eine völlige Fehleinschätzung, das hätte man doch wissen müssen, dass in drei Jahren ein Konjunkturreinbruch kommt und deswegen die Leute nicht mehr so flüchtig sind. Das kann man eben nicht so voraussagen, und deswegen ist es nicht falsch, dass man so etwas macht. Dann muss man eben ein bisschen länger diese Flächen vorhalten. Sie werden nachgefragt werden, davon bin ich fest überzeugt, wenn man die Anbindung noch etwas besser gestaltet und die Infrastruktur etwas verbessert. Das Interesse ist nach wie vor groß, wir müssen nur abwarten, bis sich die Lage insoweit bessert, dass die Leute das auch finanziell machen können. Es gibt immer viele differenzierte Meinungen.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ab 22. September wird es besser!)

Ab 22. September, das ist das Stichwort, natürlich, da ändert sich eine ganze Menge, und da ändert sich natürlich auch das, was ich eben mit den Steuern angesprochen habe. Das gibt bestimmt auch Impulse für die Unternehmen, noch mehr zu investieren, unsere Gewerbeflächen zu rekrutieren und dadurch auch Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern musste ich, glaube ich, auf diese paar Punkte noch einmal eingehen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

- (C) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass Wirtschaft so engagiert diskutiert wird, zum Teil auch fröhlich, und wenn man dann auch realisiert, dass die Fröhlichkeit nicht nur ein Reflex auf die Rhetorik, sondern auch auf die Fakten ist, kann man ja selbst auch fröhlich werden. Wirtschaft ist eine komplizierte Angelegenheit. Sie ist eine Aufforderung an uns, zur Einsicht zu kommen, und dabei sind Parteibücher nicht unbedingt der Ortsführer oder der Stadtführer oder was auch immer. Sie können hilfreich sein, sie können auch eine Hürde sein. Ich will es dabei bewenden lassen.

Lassen Sie mich auch diesen Satz sagen: Wer zur Wirtschaft redet und sich zu eifertig mit Lorbeeren beschäftigt, soll immer an den nächsten Misserfolg denken. Das schöne Wort „Der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind“ kann man ja auch in der Politik aufnehmen, und mittlerweile habe ich ja auch schon fast fünf Jahre, wie soll ich sagen, ich sage es einmal so, das Vergnügen, dabei zu sein, und begreife noch sensitiver solche Möglichkeiten, das Waisenkind schließlich und endlich allein in der Vater- oder Mutterschaft beweisen zu müssen. Was ich auf mich bezogen natürlich, was die Mutterschaft angeht, nicht biologisch meine!

- (D) Meine Damen und Herren, was haben wir eigentlich bisher gemacht? Lassen Sie mich versuchen, Linien zu ziehen, bei denen deutlich wird, dass Wirtschaft wie alles Bemühen Sachverstand, Organisation und Disziplin voraussetzt, um einigermaßen zielorientiert vorgehen zu können! Wir haben Wirtschaft und Häfen zusammengeführt und damit die Kräfte gestärkt, Reibungsverluste vermieden. Das wird alles so leichthin zur Kenntnis genommen. Sie haben ja das Vergnügen, ich hoffe, es ist eines, dass hier jemand steht, der beide Seiten sehr sorgfältig kennt, und manchmal habe ich den Eindruck, dass das draußen viel deutlicher zur Kenntnis genommen wird als die Gewöhnung, die hier damit verbunden ist. Ich hatte ja das Vergnügen, das seinerzeit auch als Präses der Handelskammer aufzunehmen, und wir haben damals immer gläubig, wie man auch drüben im Schütting sein kann, gesagt, Wirtschaft und Häfen müssen auseinander bleiben, und heute haben wir diesen Schritt getan, und wenn Sie mir freundlicherweise insoweit zustimmen würden: Niemand hat das große Beschwerdebuch mit Anträgen gefüllt, es ist reibungslos vonstatten gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir überlege, was man mit den dabei verbundenen Emotionen alles hätte veranstalten können, na ja. Wir haben es hinter uns gebracht, sagen wir es so! Die Wirtschaftsförderung haben wir neu

(A) gebündelt, wir haben die BIG, und die BIG wird zunehmend ein ganz gewichtiger Faktor im Rahmen unserer Tätigkeit, und ich glaube, wenn man die Summe zieht und dabei die eine oder andere Empfindlichkeit, vielleicht auch Empfindsamkeit, das ist ja ein sachlicher Unterschied, übersieht, dann haben wir mit der BIG eine gute Entscheidung getroffen, sachlich wie persönlich.

Wir haben die Verkehrsinfrastruktur und Gewerbeflächen ausgebaut, und da hat der Kollege Focke doch Recht. Ich meine, daran war ich ja nun wirklich beteiligt, so gesehen kann ich aus eigenem Gusto reden. Dieser Hemelinger Tunnel wäre vielleicht heute noch nicht da, wenn wir uns nicht so engagiert darum bemüht hätten, und man kann doch einerseits nicht Arbeitsplätze, wie soll ich das ausdrücken, herbeibeten und andererseits die einfachsten Strukturen verweigern.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch so gewesen. 20 Jahre haben wir über Hemelingen diskutiert, und ich sage das ja gar nicht vorwurfsvoll, indem ich in diese oder in jene Richtung zeige. Ich sage noch einmal: Wirtschaft ist vor allem und zunächst Einsicht in die sachliche Notwendigkeit.

(B) Wir haben die Gewerbeflächen ausgebaut. Frau Trüpel, ich erinnere mich, das waren noch Zeiten einer Maibockrede, als ich darauf eingegangen bin. Piep, piep, sprach der Spatz zum Spätzchen. Wegen einiger Vögel, die niemand gesehen hat, darf ich das einmal so ausdrücken, wurde die Gewerbefläche verhindert, und heute steht dort ein prosperierendes gewerbliches Gebiet.

Sie sagen, das war Ihre Ausdrucksweise, da haut man einfach Gewerbeflächen in den Markt. Ich bitte Sie! Unternehmer sind wesentlich emotionaler, als wir das alle glauben. Sie wollen ge- und manchmal auch verführt werden. Das Verführen beginnt mit den Augen. Wenn man dann sieht, da stehen wirklich Gewerbeflächen, die sind erschlossen und infrastrukturell einigermaßen geordnet, und da stehen sogar schon einige, die ihr Geld da investiert haben, dann kommen schließlich und endlich auch die Unternehmer, die wir immer für intelligenter ausgeben, als sie manchmal sind, auf den Gedanken, sich in Bremen anzusiedeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben damit für die Infrastruktur Innovationsfähigkeit geschaffen, und damit haben wir auch das Klima verbessert. Das Klima, wir sind wieder bei den Unternehmern, ist doch für solche Art von Geschöpfen viel wichtiger als die unmittelbare Rechenbarkeit ihrer jeweiligen Investitionsrechnung, weil sie doch alle genau wissen, sie interpolieren in einer Investitionsrechnung aus der Gegenwart in die Zu-

(C) kunft. Das muss nicht immer richtig sein. Also haben wir ein Klima geschaffen, in dem wir, so glaube ich sagen zu dürfen, berechenbarer geworden sind.

Der Mittelstand hat mittlerweile gute Rahmenbedingungen in Bremen. Wir haben den Service ausgebaut, der Technologiepark ist ein sprechender, ein visueller und auch insgesamt ein Beweis dafür, dass das alles richtig in die Entwicklung gebracht worden ist. Wir haben I und T gestärkt, wir haben die Existenzgründungen im Saldo verbessert, ich will das alles im Einzelnen nicht ausführen. Wir haben den Tourismus und die Dienstleistungen ausgebaut, mit Misserfolgen und mit Erfolgen, aber auch da sage ich den alten Satz, ich kann ihn doch immer nur wiederholen: Investitionsentscheidungen sind Risikoentscheidungen. Abwägen! Ich könnte jetzt das Beispiel von der Ehe bringen, Sie kennen das. Aber auch da nimmt die Risikoquote zu, wenn man sich die Scheidungszahlen ansieht.

Wir haben die Hafenverwaltung neu geordnet, wir haben sie privatisiert, und, man höre und staune, die Hamburger machen uns das jetzt nach. Die Hamburger privatisieren ihre Häfen und geben das als große Erkenntnis aus. Dabei hätten sie nur in die Nachbarschaft schauen müssen, um festzustellen, dass man in Bremen gelegentlich auch zielgerichtet, geordnet und sachkonsequent denkt.

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir sind im Moment dabei, die Häfen weiter auszubauen. Ich will Ihnen hier ersparen, was es heißt, den CT IV, wie soll ich sagen, in den Kontext von Wilhelmshaven zu bringen. Ich will Ihnen auch ersparen, im Einzelnen nachzuvollziehen, wie schwer es ist, 500 Millionen Euro für den Ausbau des CT IV so zu organisieren, dass daraus eine vernünftige Investition wird. Aber die Tatsache und die Art und Weise, wie wir in diesem Zusammenhang immer wieder gefragt werden, belegen doch auch, dass man uns nicht nur liebt, sondern auch die Sachvorgänge als solche zur Kenntnis nimmt und zur Erkenntnis kommt, Donnerwetter, die in Bremen bemühen sich, und das nicht nur, wie soll ich sagen, als bemühen der Selbstzweck, sondern mit Erfolg.

Ich könnte jetzt manches andere noch anführen, ich lasse das. Ich will damit nur sagen: Die großen Linien sind nachvollziehbar, sie sind ein Ergebnis unserer Zusammenarbeit in der großen Koalition, und wir sollten es nicht klein reden, wenngleich es immer heißt, die Bremer gehen, um sich zu loben oder zu lachen, in den Keller. Hier im Parlament dürfen wir einmal so tun, als dürften wir uns auch einmal erfreut an die eigene Nase fassen. Das ist völlig in Ordnung, was wir hier bisher geschaffen haben.

Wenn man sich dabei die Fakten ansieht und auf das Thema im Ganzen eingeht, dann muss man in Bremen immer wieder daran erinnern, dass wir nicht der Nabel der Welt sind, unbeschadet dessen, was

(A) mancher hier in der Presse oder sonst dazu meint, sondern dass wir ein Teil eines größeren Ganzen sind, das Bundesrepublik heißt. Wie es um die Konjunkturprobleme im Bund bestellt ist, wie es um die Wirtschaftsstrukturen bestellt ist, darüber werden wir im kommenden Bundestagswahlkampf trefflich streiten. Hier darf so viel gesagt werden, dass wir natürlich eingebunden sind in eine solche Größenordnung und in eine solche Vorgabe.

Wenn wir dann trotzdem in der konjunkturellen Abschwächung mit einem Wirtschaftswachstum von real 1,2 Prozent, der Bund hat 0,6 Prozent, hinter Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg in der Spitzengruppe liegen, darf man das feststellen. Wir haben seit Mitte der neunziger Jahre nicht nur den Anschluss an die Wachstumsentwicklung der alten Bundesländer wieder hergestellt, sondern erste Erfolge in einer allmählich zuwachsenden Wachstumsqualität erreicht. Wir haben im Bundesvergleich eine positive Beschäftigungsentwicklung, viel zu wenig, viel zu gering, vor allen Dingen wenn ich auch auf Bremerhaven schaue, aber wir dürfen doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir zumindest erst einmal den Stillstand erreicht haben und eine in Bremen leicht gegen den Trend verbesserte Entwicklung zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der CDU)

(B) Auch das ist doch ein Vorteil, über den man doch zumindest reden darf. Die Exportquote hat sich erhöht, wir haben in den Häfen einen Umschlag von 46 Millionen Tonnen im letzten Jahr erreicht. Das wird in diesem Jahr wegen der von mir genannten generellen Konjunktüreinflüssen wesentlich schwieriger, aber feststellen können wir doch, dass wir einen erstklassigen Hafen haben mit erstklassigen Infrastrukturen in einer erstklassigen Organisation. Die Hamburger machen es uns jetzt nach. Wenn das denn ein Beweis wäre, dass wir erstklassig sind, ich tue einmal so, dann hat man doch zumindest keinen Grund, in Sack und Asche herumzulaufen. Die Investitionsquote in Bremen ist überproportional hoch, jedenfalls gegenüber dem Bund und den meisten Ländern.

Bremerhaven gehört nicht zu dieser Umfrage der deutschen Industrie- und Handelskammern, wir reden hier über Bremen. Aber lassen Sie mich trotzdem, weil es in den Kontext passt, auch Bremerhaven einbeziehen! Wir haben in Bremerhaven die strukturellen Bedingungen verbessert, wir haben zahlreiche Projekte durchgeführt, wir stellen allmählich auch eine Veränderung des Klimas im positiven Sinne fest. Lassen Sie mich nur einige wenige Beispiele hier erwähnen: Grundsteinlegung für das neue Büro- und Werkstattgebäude am Flughafen am 22. April, Grundsteinlegung für das Biotechnologiezentrum Bio-Nord im Fischereihafen, Einweihung des Timeport vor drei Wochen, Inbetriebnahme der Start- und Landebahn.

Das mag einmal genügen, um zu signalisieren, dass Bremerhaven in der Konstruktion des Landes kein Aschenputtel ist, sondern ein gleichberechtigter Partner, bei dem eher noch mehr Intention, jedenfalls bei mir, vorhanden ist, als für Bremen aufzuwenden ist, weil Bremerhaven eben in seinen strukturellen Bedingungen größere Schwierigkeiten aufweist.

Wenn ich das Ergebnis zusammenfassen darf, dann ist die DIHK-Studie ermutigend. Die große Koalition hat Wort gehalten. Gemeinsam haben wir einen noch vor Jahren unvorstellbaren Stimmungswechsel erreicht, und daran kann man sich ja auch messen lassen. Die Fakten sprechen für sich, und sie sprechen für diese Politik. Ich sage ausdrücklich, wir haben das gemeinsam erreicht. Wir müssen uns für diese Zahlen, soll ich das einmal so formulieren, zumindest nicht entschuldigen. Kritik ist notwendig, sie ist bei einer Opposition auch gewissermaßen gentechnisch implementiert. Deswegen lege ich das alles nicht so auf die Goldwaage, höre gleichwohl sorgfältig zu.

Aber wir müssen immer wieder darauf achten, dass Kritik kein Selbstzweck wird. Wir neigen in Bremen dazu, und das gilt ja nicht nur für dieses Haus, sondern auch generell, da könnte man auch über den Marktplatz gehen, Kritik immer als eine Lust an sich selbst, die man negativ zu artikulieren hat, aufzunehmen. Dabei müssen wir aufpassen. Wir brauchen auch, einfacher ausgedrückt, Ermutigung!

(Beifall bei der CDU)

Ich füge mit Bedacht und sorgfältig gewogen hinzu: Wenn ich mir die Entwicklung am Bahnhofsvorplatz und die atmosphärische Entwicklung um den Untersuchungsausschuss ansehe, dann glaube ich, dass ich die Berechtigung habe, mit Nachdruck auf diesen Punkt hinzuweisen, dass wir in Bremen darauf achten müssen, uns nicht selbst immer wieder die eigenen Füße voreinander zu stellen und dabei möglicherweise aus dem Gleichgewicht zu kommen.

Wir haben das Vertrauen gewonnen, wir haben in der Wirtschaft eine gute, freundliche, der großen Koalition zugewandte Stimmung. Ich darf es noch einmal sagen: Wir arbeiten in der großen Koalition pragmatisch an der Verbesserung Bremens, aber auch programmatisch an der Zukunftsausrichtung. Natürlich verschweige ich nicht, dass zumindest bei meiner Art von Temperament mir gelegentlich die Willensbildung reichlich zähflüssig ist und ich manches lieber gern schneller zusammenschieben würde. Aber, und das ist doch entscheidend: Politik und Wirtschaft haben ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Darauf muss man eingehen. Schließlich und endlich haben wir alle konkreten Probleme immer wieder zur Entscheidung gebracht. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich und sage: Wir haben in Bremen

(C)

(D)

- (A) mit der großen Koalition weiterhin gute Chancen, erfolgreich zu arbeiten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/1174 auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2002
(Drucksache 15/1141)
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 59. Sitzung am 16. Mai 2002 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur zweiten Lesung.

- (B) Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Inhalte dieses in erster Lesung beschlossenen Hilfeleistungsgesetzes eingehe, möchte ich Gelegenheit nehmen, dem Verfasser dieses fortschrittlichen, zielführenden und richtungsweisenden Gesetzentwurfs, dem zuständigen Mitarbeiter beim Senator für Inneres recht herzlich für seine von ihm gewohnte gute und präzise Arbeit zu danken!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Er hat hinter diesem Gesetz nicht nur alle Beteiligten wie Gesundheitssenator oder Innenressort, Krankenkassenverbände sowie zuständige Deputationen versammelt, sondern sicher auch inhaltlich überzeugt. Es ist damit gelungen, die bisherigen Bestimmungen des Bremischen Brandschutzgesetzes, des Bremischen Rettungsdienstgesetzes und des Bremischen Katastrophenschutzgesetzes in diesem integrierten Hilfeleistungsgesetz zu vereinen. Damit bleibt die Feuerwehr, insbesondere wegen ihrer ständigen Einsatzbereitschaft, der wichtigste Garant für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, alle drei genannten Bereiche, also Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, wurden von Sparmaßnahmen des Bundes, des Landes, der Kommunen und der Kostenträger im Rettungsdienst so erfasst, dass Reserven aufgebraucht sind und nur eine Verzahnung der verbliebenen Ressourcen die wichtige Aufgabenwahrnehmung auf diesem Gebiet der Gefahrenabwehr gewährleistet. Ziel des Gesetzes ist die Schaffung eines funktionierenden integrierten Hilfeleistungssystems, das die in Brandschutz und technische Hilfeleistung, Rettungsdienst und Katastrophenschutz tätigen Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie weitere fachlich zuständige oder einbezogene Institutionen und Personen mit ihren personellen und materiellen Ressourcen übergreifend einbindet, um vor dem Hintergrund des stärker werdenden Kostendrucks Synergieeffekte zu erzielen und nutzen zu können. Das wird, meine Damen und Herren, durch dieses Gesetz erreicht. Beispielhaft seien hier nur genannt die Einbeziehung von Rettungsmitteln der Hilfsorganisationen in den Rettungsdienst – hier gegen Kostenerstattung –, Einsatz von Katastrophenschutzeinheiten auch unterhalb der Katastrophenschwelle, Einbeziehung der Zivilschutzausstattung des Bundes in die alltägliche Gefahrenabwehr und so weiter.

Mit dem Gesetz verpflichten sich die Stadtgemeinden, Brandschutzbedarfspläne und Rettungsbedarfspläne zur Abdeckung des allgemeinen Gefahrenrisikos entsprechend den örtlichen Verhältnissen aufzustellen und dementsprechend personelle und materielle Vorhalte sicherzustellen. Darüber hinaus erwachsen aus diesem Gesetz besondere Pflichten für Eigentümer und Betreiber besonders gefahrenträchtiger Betriebe und Anlagen, die das allgemein abzudeckende Gefahrenrisiko überschreiten. Dazu zählt zum Beispiel die Unterhaltung einer jederzeit verfügbaren Alarmierungsverbindung zur Feuerwehr und zur Rettungsleitstelle.

Meine Damen und Herren, weitere Schwerpunkte dieses Hilfeleistungsgesetzes seien hier schwerpunktmäßig auch genannt: Einführung des Verursacherprinzips bei Betrieben mit besonderem Gefahrenpotential, Einführung einer Kostenersatzpflicht für Fehlalarmierungen durch private Notruf- oder Sicherheitsdienste. Die Notfallversorgung wird zum Schutz der Bürger dem auf Angebot und Nachfrage orientierten privaten Markt entzogen, damit hier die Notfallversorgung als Ordnungsaufgabe voll wahrgenommen werden kann. Die Möglichkeiten, private Unternehmer in den Rettungsdienst einzubeziehen unter Vorrang der Katastrophenschutzorganisation und dabei privater Anbieter im Rettungsdienst, dürfen das öffentliche Interesse an der Erhaltung eines funktionierenden Rettungsdienstes nicht beeinträchtigen. Das ist der Hintergrund.

Weiter unter dem Stichwort Qualitätsmanagement: Ein Ärztlicher Leiter Rettungsdienst gleicht

(C)

(D)

- (A) vom Notarzt oder Rettungspersonal erhobene Daten mit späteren Krankenhausdaten ab, so genannte Follow-up-Werte. Damit wurde in Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten Bremen eine für andere Länder wegweisende Datenschutzregelung getroffen.

Das Gesetz bietet die rechtliche Grundlage für die Institutionalisierung der Funktionen Leitender Notarzt, Organisationsleiter Rettungsdienst und Errichtung von Schnell- und Einsatzgruppen aus Katastrophenschutzeinheiten. Damit ist auch gesetzlich Großschadenslagen wie seinerzeit im Geschwornenweg wohl voll Rechnung getragen. Das war schwerpunktmäßig der Inhalt dieses Gesetzes.

Die einzige Regelung, die das Gesetz noch nicht hergibt, ist die Verpflichtung zur Durchführung regelmäßiger Brandverhütungsschauen. Bremen ist das einzige Bundesland ohne Regelung. Hintergrund: Die Kostenabdeckung ist zurzeit nicht darstellbar. Unter Umständen muss dieses Thema noch einmal 2004 behandelt werden, wenn von den Verwaltungen Gebühren erhoben werden können und damit die Refinanzierung sichergestellt werden kann. Wir werden dies jedenfalls im Auge behalten.

Alles in allem, meine Damen und Herren, hat der Senator für Inneres hier ein Gesetz vorgelegt, das wegweisend den Schutz und die Hilfe für die Bevölkerung garantiert, die sowohl im Brand-, im Rettungs- als auch im Katastrophenfall erwartet werden können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind in diesem Parlament ja häufig die hysterischen Momente, die Aufmerksamkeit erregen, die historischen Augenblicke verblassen oft dahinter.

(Beifall bei der SPD)

Das ist jetzt ein solcher historischer Augenblick. Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz in einem integrierten Gesetz, das ist, glaube ich, so noch nirgends vorhanden, da ist Bremen wieder einmal Spitze. Diese Themen sind miteinander verwoben, diese Themen haben einander zu dienen, und in der Praxis muss es gut laufen. Wir unterstützen zwar immer wieder und sagen es, aber nehmen doch oft in Kauf, dass es hinsichtlich ungeklärter gesetzlicher Regelungen dann doch manchmal hakt. Hier wird damit Schluss gemacht. Hier wird für die Praxis ein Gesetz vorgelegt, das Nägel mit Köpfen macht. Das ist nun doch nicht so oft der Fall.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch den Worten von Herrn Herderhorst anschließen und mich wirklich herzlich bei Uwe Otte bedanken, dem Mitarbeiter beim Senator für Inneres, der sein ganzes Herzblut – und das Zweite hatte ich vergessen, was wir heute in der Diskussion hatten –, seine Einsatzbereitschaft und seine Geduld in dieses Gesetz eingebracht hat, denn wir diskutieren intern nun schon lange über dieses Gesetz, es liegt schon lange vor, aber jetzt haben wir es eingebracht. Man möchte fast die gesetzlichen Regelungen zum Ruhestand abschaffen, um Leute wie Uwe Otte zu halten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das tun wir aber natürlich nicht, sondern er hat es sich verdient, dass wir dieses Gesetz heute verabschieden, und vielleicht kann er ja in den letzten Tagen noch das eine oder andere Schöne auf den Weg bringen.

Dank gebührt aber nicht nur diesem Mitarbeiter, sondern Dank gebührt auch besonders dem Europäischen Gerichtshof, denn wir waren in der Debatte über dieses Hilfeleistungsgesetz manchmal schon wieder in unglückseliger Tradition dabei, uns zu verhakeln. Auf der einen Seite hatten wir den Wunsch, dass die Feuerwehr an diesem Rettungsdienst, am Krankentransport beteiligt wird, weil nur so die Leistungsfähigkeit und auch die Finanzierbarkeit der Berufsfeuerwehr gewährleistet ist.

Auf der anderen Seite hatten wir die Kassen, die den Wunsch haben, die Entwicklung der Kosten in irgendeiner Weise begrenzen zu können oder zumindest im Rahmen zu halten. Alles kreiste um die Frage der Privatisierung des Rettungsdienstes, des Krankentransports. Wir wollten ausdrücklich keine verwilderten Zustände durch Privatisierung. Das alles war unser gemeinsames Anliegen, aber wir wussten bei vorliegenden Gerichtsurteilen nicht, wie wir das sichern können, ohne dass dieses Hilfeleistungsgesetz uns möglicherweise irgendwo abschmiert.

Dann kam aber, Gott sei Dank, das Urteil des EuGH vom 25. Oktober 2001 und hat die politischen Diskussionen in vernünftige Bahnen gelenkt. Durch dieses Urteil werden Zulassungsbeschränkungen für private Krankentransportanbieter unter bestimmten Bedingungen nicht ausgeschlossen. Es ergänzt ein früheres Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das als Versagungsgrund einer Zulassung auch eine kosten-treibende Überversorgung auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge bestätigt hat. Wir alle haben uns oft vorgestellt, dass jemand auf der Straße zusammenbricht, und dann kommt entweder gar keiner, oder es kommen gleich drei und raufen sich darum, wer ihn denn mitnehmen darf, um ihn ins nächste Krankenhaus einzuliefern. Das sind natürlich Zustände, die wir unbedingt verhindern wollten.

Die Erkenntnisse aus diesen Urteilen wurden in das vorliegende Gesetz, insbesondere in die Paragraphen 24 und 34, eingearbeitet. Das Gesetz be-

(C)

(D)

(A) tont die in dieser Diskussion durchaus strittige Prämisse, die jetzigen Leistungserbringer Feuerwehr und Hilfsorganisationen im bisherigen Umfang auch weiterhin in den Rettungsdienst einzubinden dadurch, dass im bisherigen Entwurf der Rettungsdienst als hoheitliche Aufgabe ausgestattet wird. An dieser Stelle darf man gern auch, glaube ich, auf die doppelte Bedeutung der Leistungserbringer hinweisen, denn es sind unsere Feuerwehrleute und die Mitarbeiter und Mitglieder der Hilfsorganisationen, die durch ihren hohen Standard und ihre große Leistungsbereitschaft die Qualität des Rettungsdienstes in Bremen garantieren. Dafür ist nicht zuletzt den vielen Ehrenamtlichen zu danken. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, die Regelungen über Freistellungen, Lohnfortzahlung oder Verdienstausfall zu verbessern.

Neben der gerade von Innenpolitikern sehr begrüßten Festlegung des Rettungsdienstes als hoheitliche Aufgabe sind aber auch Forderungen der Kassen und auch des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales aufgenommen worden, nämlich dass dem Rettungsdienst auch die Gewährleistung des Krankentransports übertragen ist. Beide Aufgabengebiete sollen, wie heute auch, künftig in medizinisch-organisatorischer Einheit wahrgenommen werden. Gleichwohl sind die privaten Betätigungen im Krankentransport durch dieses Gesetz nicht gänzlich ausgeschlossen worden. Wir fühlen uns dazu ja auch durch Urteile verpflichtet, insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Schwesterstadt können davon erzählen.

(B) Bei der Erfüllung der persönlichen und betrieblichen Voraussetzungen ist aber die Genehmigung zu versagen, wenn die Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes beeinträchtigt wird, oder sie ist zu versagen, wenn das Wirtschaftlichkeitsgebot nach SGB V gefährdet wird. Letztlich wird damit erst bei einem Mehrbedarf für die Abdeckung von Krankentransportleistungen die Zulassung privater Krankentransportunternehmer zu begründen sein, was dem Interesse am Erhalt des bewährten Systems entgegenkommt.

Mit dem Gesetz ist ein Kompromiss gelungen, der unter besonderer Betonung auch des Wirtschaftlichkeitsgedankens einen gangbaren Weg zu dem von allen Seiten verfolgten Ziel eröffnet, den bisher bewährten Rettungsdienst in Bremen in seiner heutigen Struktur kostengünstig zu erhalten, oder mit anderen Worten: Alles bleibt, wie es ist, und das ist Klasse!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir bleibt nicht

*) Vom Redner nicht überprüft.

nur wegen der vorgerückten Stunde, sondern vor allen Dingen inhaltlich ganz wenig hinzuzufügen, weil ich mich im Grunde all dem, was meine beiden Vorredner gesagt haben, komplett anschließen kann. Es kommt ja relativ selten vor, dass die Grünen einmal nichts zu meckern haben. Ich habe schon gedacht, dass Sie das einmal richtig gut finden, und in dem Fall ist es wirklich so. Ich möchte mich nicht nur dem Dank an den Mitarbeiter anschließen, möchte mich nicht nur dem Lob der Inhalte anschließen, sondern möchte noch einmal auf einen Punkt zurückkommen, der, glaube ich, ganz wichtig ist. Ich möchte auch ausdrücklich noch einmal das Verfahren loben, das in dem Fall eingeschlagen worden ist.

Wir haben doch öfter einmal, und das kennen Sie gerade von den Grünen, Kritik daran, dass doch Dinge, sagen wir einmal, sehr schnell durchgezogen werden, wenig Stellungnahmen eingeholt werden, wenig im Sinne von Abstimmungen passiert und am Ende eines langen Prozesses tatsächlich zu einem guten Ergebnis kommen! Hier war das so, und ich habe den Eindruck, auch wenn ich bedenke, was die beiden Kollegen inhaltlich gesagt haben, dass dieser Erfolg, da doch noch zu so einem Kompromiss zu kommen, die Krankenkassen mit in das Boot zu holen und wirklich hier die Dinge so zu regeln, wie das beschrieben worden ist, auch das Verfahren, nämlich dass man sich die Zeit genommen hat, wirklich miteinander zu reden, die Punkte anzusprechen, auszuräumen und dann – wir haben das in der Innendeputation erlebt – zurückzustellen und später erneut aufzurufen, sich wirklich sehr bewährt haben und am Ende alle davon profitiert haben.

Wir haben ja, in der Begründung, die das Ressort vorgelegt hat, können Sie das nachlesen, noch ein paar Einwände einzelner Hilfsorganisationen. Ich glaube aber, dass die Punkte, die dort genannt sind, nicht so dramatisch sind und im Grunde genommen auch in der Begründung dann durch die Stellungnahme des Hauses abgearbeitet werden, so dass man damit gut leben kann.

Lassen Sie mich vielleicht zwei oder drei Punkte nennen, die meines Erachtens inhaltlich von besonderer Bedeutung sind! Meine beiden Vorredner haben das aber auch schon angesprochen. Man hat im Grunde genommen, und die Gefahr bestand ja durchaus, das hat Herr Kleen auch gerade gesagt, die einheitliche Organisation von Rettungsdienst und Krankentransport gewahrt. Man hat hier also das, was eigentlich lange unmöglich schien, nämlich die Privaten einerseits zuzulassen, ohne das Bewährte gleich mit dem großen Besen aus dem Haus zu kehren, doch geschafft, und zwar ohne so einen faulen Kompromiss, mit dem man jedem alles verspricht, sondern mit einer wirklich sehr guten Regelung, dieses Problem zu lösen.

Ich glaube auch, lassen Sie mich das als Zweites noch ansprechen, die Tatsache, dass es am Ende doch gelungen ist, weiterhin bei einer Bedarfspla-

(C)

(D)

(A) nung für den Rettungsdienst und den Krankentransport zu bleiben, ist ein sehr bedeutender Punkt. Das heißt ja auf gut Deutsch für die, die nicht so damit befasst sind, dass man nicht überall Rettungswachen baut und in den Rettungswachen nicht beliebig viele Fahrzeuge hat, sondern sehr wohl für Bremen und Bremerhaven plant, wie viele Rettungswachen man haben möchte, wie viele man für den Bedarf braucht, und auch die Anzahl der Fahrzeuge, die jeweils für die speziellen Einsatzgebiete gebraucht werden, dort plant.

Ich glaube, dass dies sehr notwendig ist, Herr Kleen hat das Szenario so ein bisschen beschrieben, wenn ein Unfall ist, und da stehen fünf Wagen vor der Tür. Ich glaube aber auch, ähnlich wie wir heute in der Diskussion über die privaten Sicherheitsdienste gesprochen haben, dass wir Gesundheit und Rettung aus Notlagen nicht zum Gegenstand einer wirtschaftlichen Konkurrenz vor Ort machen sollten. Das verbietet sich, glaube ich, von selbst. Auch da gibt es genügend Felder, auf denen sich der Unternehmer betätigen kann. Hier muss es nicht sein. Beim Krankentransport haben wir es einfach nur deswegen zugelassen, weil da eine Notsituation oder die dringende, eilige Rettung nicht so im Vordergrund steht, sondern im Grunde genommen auch der private Unternehmer diese Leistung erbringen kann.

(B) Herr Herderhorst hatte auch die Frage der Brandverhütungsschauen angesprochen. Das klingt erst einmal so ganz pauschal, aber im Einzelfall ist es ja doch durchaus eine ganz brisante Frage, weil sie mit Kosten verbunden ist, und insofern finde ich die Lösung, zunächst einmal die Ermächtigung für die Rechtsverordnung zurückzustellen und diese Zeit auch noch abzuwarten, sehr gut. In der Stadt Bremen kenne ich zumindest einige Fälle, in denen diese Frage durchaus die Existenz oder Nichtexistenz von bestimmten Einrichtungen bedeuten könnte, einfach weil die Kosten da aus dem Ruder laufen.

Kurz gesagt und zusammengefasst: Wir stimmen dem Gesetz zu, danken dem Ressort, dass es sich die Zeit genommen hat, das mit allen beteiligten Institutionen so sorgfältig abzuklären, haben das Gefühl, dass jetzt wirklich auch alle in einem Boot sitzen und wir mit diesem Gesetzentwurf gut fahren. – Vielen Dank!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts des breiten Konsenses, der sich hier abzeichnet, und angesichts des Lobes, das das Haus auch in seiner ganzen Breite hier zum Ausdruck gebracht hat, kann ich zweierlei anmerken: Erstens möchte ich mich

ganz herzlich dafür bedanken, dass auch der Mitarbeiter, der das in der Tat hier weitgehend mit viel Akribie bewegt hat, mit sehr viel Engagement und Langmut bewegt hat, hier benannt worden ist, und zweitens möchte ich mich auch dafür bedanken, dass sich hier in diesem Hause in diesem so wichtigen Bereich ein so breiter Konsens abzeichnet.

Der Entwurf vereint und vereinheitlicht die bisherigen Bestimmungen des Bremischen Brandschutzgesetzes, des Bremischen Rettungsdienstgesetzes und des Bremischen Katastrophenschutzgesetzes in einem integrierten Hilfeleistungsgesetz. Insofern ist das vorliegende Gesetz in der Tat ein Novum, vielleicht sogar ein Beispiel in der ganzen Republik. In allen Aufgabenbereichen war und bleibt die Feuerwehr, und hier wegen ihrer ständigen Einsatzbereitschaft insbesondere die Berufsfeuerwehr, der wichtigste Garant für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in den Stadtgemeinden.

In allen drei Bereichen sind aufgrund langjähriger Bemühungen um größtmögliche Mitteleffektivität des Bundes im Zivilschutz, des Landes und der Stadtgemeinden bei den Feuerwehren und der Krankenversicherung im Rettungsdienst frühere Rationalisierungsreserven so weit erschlossen, dass nur eine Verzahnung der bestehenden und kaum vermehrbaren Ressourcen die wichtige Aufgabenwahrnehmung auf diesem Gebiet der Gefahrenabwehr gewährleistet und die Entwicklungsfähigkeit für die Zukunft zum Wohle der Menschen sicherstellt. Dazu gehört auch, dass die Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätigen, die hier zu Recht genannt worden sind, und die Hilfsorganisationen einen Anspruch auf klare rechtliche Grundlagen und Strukturen, Perspektiven und so weiter haben, die wir mit diesem Gesetz schaffen.

Ein wesentliches Ziel des Gesetzes ist es deshalb, ein funktionierendes integriertes Hilfeleistungsgesetz, das Brandschutz, technische Hilfeleistung, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und so weiter zusammenfasst, hier gemeinsam zu verabschieden. Aufgrund des Kostendrucks, aber auch aufgrund der inhaltlichen Notwendigkeit ergeben sich Notwendigkeiten, die hier benannt worden sind.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann es mir hier an dieser Stelle ersparen, dass ich auf die inhaltlichen Einzelheiten dieses Gesetzentwurfes weiter eingehe. Lassen Sie mich abschließend vielleicht einen Aspekt aufgreifen! Polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr sind wesentliche Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge, die für die Lebensqualität in einem Gemeinwesen nicht unwesentlich sind. Das Gefühl und das Wissen der Menschen, vor Gefahren geschützt zu werden, bei Eintreten der Gefahr aber gut, schnell und wirkungsvoll Hilfe zu erhalten, ist längst einer von den viel zitierten weichen Standortfaktoren geworden. Inso-

(C)

(D)

(A) fern ist das Konzept des Gesetzentwurfs, der hier vorliegt, auch ein Beitrag für ein zukunftsfähiges und zukunftsorientiertes Bremen, das den hier lebenden Menschen einen unmittelbaren Nutzen bringt.

Aber nicht nur nach innen wirken die hier in Rede stehenden Entwürfe. Zukunftsorientierung heißt in diesem Zusammenhang auch, dass wir im Verhältnis zu den anderen Bundesländern etwas bisher Einmaliges geschaffen haben, das ganz sicher überregionale Beachtung finden wird. Bremen ist hier mit der Bündelung der Gefahrenabwehrkräfte unter einheitlicher Führung der Berufsfeuerwehr zu dem künftig übergreifenden Einsatz von Kapazitäten in allen Gefahrenstufen eine Vorreiterrolle gelungen. Damit kann künftig besser Gefahren begegnet werden. Wir können ihnen strukturierter und schlagkräftiger begegnen, und das ist außerordentlich wichtig.

Besonders aber freut mich, und dafür danke ich meinerseits auch allen Beteiligten aus Politik, Hilfsorganisationen, Krankenkassen und Verwaltung, dass es gelungen ist, für die Novellierung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes den notwendigen und hier zum Ausdruck kommenden breiten Konsens zu or-

ganisieren. Ich darf Sie deshalb um die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf bitten!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Hilfeleistungsgesetz, Drucksache 15/1141, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit haben wir unser heutiges Pensum erledigt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg!

(Schluss der Sitzung 17.55 Uhr)

(B)

(D)